

**Kommunale
Präventionsketten**
Nordrhein-Westfalen

P³DUisburg

BERICHT ZUR LAGE VON FAMILIEN MIT KINDERN IN MARXLOH

2018



Mit finanzieller Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen

| BertelsmannStiftung

DÜSBURG
am Rhein

Die Landesregierung
Nordrhein-Westfalen



IMPRESSUM

© Stadt Duisburg, 2018

Herausgeber:

Stadt Duisburg, Der Oberbürgermeister
Burgplatz 19
47051 Duisburg

Steuerungsgruppe der Stadt Duisburg für das Modellvorhaben „Kommunale Präventionsketten NRW“

P³DUisburg

Verantwortlich:

Dietmar Strüh (Stadt Duisburg, Jugendamt)
Klaus Peter Müller (Stadt Duisburg, Dezernat für Familie, Bildung und Kultur, Arbeit und Soziales, Büro Bildungsregion)

Konzeption und Redaktion:

Timo Heyn, Meike Heckenroth, Arthur Rachowka (empirica ag, Büro Bonn/Berlin)
Dr. Stefan Böckler (Stadt Duisburg, Stabsstelle für Wahlen, Europaangelegenheiten und Informationslogistik)
Dr. Michael Böckler (N.U.R.E.C. Institute e. V.)

Gestaltung:

Patrick Bolk (N.U.R.E.C. Institute e.V.)

Titelfoto:

EG DU - Entwicklungsgesellschaft Duisburg mbH

Ansprechpartner & Kontakt

Koordinator Kommunale Präventionsketten NRW
Dietmar Strüh
Stadt Duisburg, Jugendamt
Telefon: +49(0)203 283-7530
E-Mail: d.strueh@stadt-duisburg.de

Bibliografische Information

Kommunale Präventionsketten Nordrhein-Westfalen - Bericht zur Lage von Familien mit Kindern in Marxloh

ISBN 978-3-89279-153-9

BERICHT ZUR LAGE VON FAMILIEN MIT KINDERN IN MARXLOH

VORWORT

Seit dem Jahr 2012, in dem die Stadt Duisburg eine von 18 Modellkommunen im von der damaligen Landesregierung ausgerufenen Modellvorhaben „Kein Kind zurücklassen – Kommunen in NRW beugen vor“ wurde, ist sehr viel geschehen. Die Stadt Duisburg, bis dahin eine Kommune mit zurückgehender Einwohnerzahl, hat nun fast 500.000 Einwohner, die Landesregierung wird mittlerweile von einer anderen Parteienkoalition geführt und das frühere Landesprogramm „KeKiz“ heißt nun *Kommunale Präventionsketten Nordrhein-Westfalen*.

Was sich nicht verändert hat, ist das gemeinsame Ziel aller Verantwortlichen in Stadt und Land, nämlich Rahmenbedingungen für ein gelingendes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen zu schaffen. Dieser Präventionsansatz soll in Duisburg entlang altersorientierter Module in den einzelnen Sozialräumen aufgebaut und verankert werden. Aus diesem Grund freue ich mich, dass wir mit dem hier vorgelegten Bericht einen weiteren Sozialraum unserer Stadt auf seine Angebote für Familien und Kinder hin betrachten und wichtige Ergebnisse präsentieren können.

Nach dem wir im Jahr 2015 mit dem Bericht zur Lage von Familien mit Kleinkindern in Hochfeld eine erste sozialräumliche Betrachtung in einem Duisburger Stadtteil vorgenommen haben, wurde aufgrund dieses Berichts und den anknüpfenden Gesprächen mit den Fachleuten vor Ort damit begonnen, festgestellte Versorgungslücken zu schließen. So konnten dank der Frühen Hilfen des Jugendamtes Angebote nach Hochfeld gebracht werden, die bis dato nur in der Innenstadt erreichbar waren.

Auch der hier vorgelegte Bericht zur Lage der Familien in Marxloh folgt somit der Logik unseres Duisburger Ansatzes, dezentral durch Daten und Fakten die Situation der Kinder und ihrer Familien zu betrachten, um daran anschließend etwaige Versorgungsdefizite beseitigen zu können.

Mit Marxloh wurde ein Sozialraum ausgewählt, der exemplarisch dafür steht, warum sich Duisburg in den letzten Jahren zu einer jüngeren und einwohnerstärkeren Stadt gewandelt hat. Die Zuwanderung von Familien mit Kindern aus Krisenregionen, aber insbesondere die Zuwanderung von Familien aus Südosteuropa, macht Duisburg, macht Marxloh jünger. Gleichzeitig stellt sie aber auch alle Akteure, die mit Kindern und Familien in Marxloh arbeiten, vor bisher kaum gekannte, gewaltige Herausforderungen.



Deshalb möchte ich die Gelegenheit nutzen, Allen zu danken, die in Marxloh daran mitwirken, den dort lebenden Kindern ein gelingendes Aufwachsen zu ermöglichen.

Selbstverständlich gilt mein Dank auch denen, die als Interviewpartner oder Mitglied der kommunalen Steuerungsgruppe „Kommunale Präventionsketten“ maßgeblichen Anteil daran haben, dass dieser Bericht einen Blick auf die heutige Situation der Familien in Marxloh erlaubt, ebenso den Verantwortlichen des Landesprogramms „NRW hält zusammen“, mit deren finanzieller Unterstützung die Realisierung dieses Berichts möglich wurde.

Ich hoffe, mit dieser Veröffentlichung und den anschließenden Diskussionen positive Impulse im Interesse der Kinder und Familien in Marxloh und unserer gesamten Stadt anstoßen zu können.

A handwritten signature in blue ink, consisting of stylized, cursive letters that appear to read 'TK' followed by a long, sweeping horizontal line.

Thomas Krützberg

Beigeordneter für Familie, Bildung und Kultur, Arbeit und Soziales

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort.....	4
1. Zusammenfassende Einführung	8
2. Entwicklungshintergrund und Ausgangssituation in Marxloh.....	13
2.1 Großer Kinderreichtum in Marxloh	13
2.2 Veränderungen durch Wanderungen.....	14
2.3 Kinderreichtum durch Wanderung erfordert Umgang mit der Herkunft.....	15
2.4 Mehr Familien und wachsende Unterstützungsbedarfe	19
2.5 Räumliche Verteilung und wachsende Konzentration von Bedarfslagen	21
2.6 Kinder in Familien in extremer Armut.....	22
2.7 Auffälligkeiten bei der Entwicklung in den Schuleingangsuntersuchungen	24
2.8 Hoher Anstieg der Seiteneinsteiger	28
2.9 Unzureichende Betreuungs- und Bildungssituation in Marxloh	30
2.10 Hohe Fluktuation mit rückläufiger Wohndauer in Marxloh	33
2.11 Geringe Erwerbsbeteiligung und politische Teilhabe	35
3. Zielgruppen und Familientypen in Bezug auf Vulnerabilität und Unterstützungsbedarfe	37
4. Querschnittsaufgabe „Vermeidung prekärer Lebenssituationen“ für Familien in extremer Armut	40
4.1 Hintergrund.....	40
4.2 Gesundheitsversorgung	40
4.3 Wohnsituation	46
4.4 Grundversorgung Lebensmittel.....	50

5. Lebensphasen, Präventionsziele und Handlungsbedarfe52

5.1 „Vorschwangerschaft“52

5.2 Schwangerschaft53

5.3 Geburt und Mutterschutz..... 57

5.4 Erstes Lebensjahr 60

5.5 Entwicklungsphase U364

5.6 Entwicklungsphase Ü3 bis Grundschulübergang..... 71

5.7 Grundschule 74

6. Fazit89

ANHANG

Kinder in Marxloh – Berichte, Dokumente und wissenschaftliche Befunde ...94

Leitfaden Expertengespräche106

Teilnehmer Expertengespräche Duisburg-Marxloh 110

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis..... 111

1. ZUSAMMENFASSENDE EINFÜHRUNG

KINDERREICHTUM BISHER EINE LAST

Mit dem in den vergangenen Jahren stark gewachsenen Kinderreichtum verfügt Marxloh über eine bemerkenswerte Ausnahmestellung entgegen einem langfristigen gesellschaftlichen Alterungstrend. Der Kinderreichtum in Marxloh wird stadtgesellschaftlich bisher jedoch nicht als Zukunftsinvestition diskutiert. Unter den bestehenden Rahmenbedingungen stellt der Kinderreichtum eine kommunale Last dar, die kaum zu bewältigen scheint. Die auch für Außenstehende spürbare Last dieser nicht bewältigten Aufgaben wie mangelnde Unterstützungs-, Betreuungs- oder Bildungskapazitäten oder ein ungelöster Umgang mit extremer Armut lässt die Vielzahl der Aktivitäten und das bestehende große Engagement vieler Akteure in Marxloh erblassen.

Aus der Perspektive der Prävention und damit der langfristigen Investition in Zukunftschancen von Kindern geht es nicht darum, Probleme und Herausforderungen klein zu reden oder ein verklärtes Idealbild zu zeichnen. Es geht im Gegenteil genau darum, diese Probleme, insbesondere auch die bislang nicht gelösten Herausforderungen aus der Perspektive der Praktiker vor Ort zu benennen und die Weiterentwicklung bestehender Ansätze sowie Möglichkeiten für neue Herangehensweisen zu diskutieren.

DREI ZENTRALE AUFGABEN: WOHNVERHÄLT- NISSE, GESUND- HEIT UND GRUND- VERSORGUNG AN BETREUUNG UND BILDUNG

Der Maßstab für das Erreichen einer Situation, die Kindern in Marxloh ausreichend Zukunftschancen ermöglicht, entspricht im Wesentlichen der bundesweiten Normalität für das Aufwachsen von Kindern. Aus heutiger Sicht geht es in Marxloh grob skizziert darum, Kinderrechte wie sie in der Kinderrechtskonvention verankert sind, in der Praxis zu erreichen, u.a. auch das Recht gesund zu leben, zu lernen oder auch das Recht auf Fürsorge und Förderung. Drei Aufgabenbereiche bilden hierbei Schwerpunkte. Dazu gehören Lösungen, damit Kinder nicht in unzumutbaren Wohnverhältnissen aufwachsen. Ebenso gehören dazu Lösungen zur Gewährleistung medizinischer Prävention für Kinder und schwangere Frauen sowie die Grundversorgung in Betreuung und Grundschule. Diese grundlegenden Voraussetzungen sind für viele Kinder in Marxloh bisher nicht einlösbar. Die neue Dimension der Armut aber auch fehlende Mittel und Kapazitäten, damit umzugehen, werden zunehmend zu einer Gewohnheit. Akteure sprechen von einer erschreckenden neuen Normalität in Marxloh.

Aus diesem Grund ist gerade Marxloh im Rahmen der Kommunalen Prävention in Duisburg ausgewählt worden. Es geht nicht darum, Marx-

loh gegenüber anderen Stadtteilen auszuspielen, sondern es geht darum, in Marxloh aufzuzeigen, wie ein positives Verständnis im Umgang mit dem Kinderreichtum schrittweise in der Praxis entwickelt werden kann und wie schwierige Rahmenbedingungen dabei bewältigt werden, auch als Beispiel für andere Stadtteile und Quartiere.

Der Bericht ist daher in erster Linie an Personen adressiert, die auf kommunaler Ebene, auf Landesebene aber auch auf Bundesebene die Rahmenbedingungen verantworten, die heute zu einer Situation wie in Marxloh führen, dass Kinderreichtum nicht als Chance verstanden werden kann, sondern eine nicht bewältigte Last darstellt. Die bestehenden Rahmenbedingungen sind selbstverständlich komplex und verbieten eine einzelne Zuordnung. Deutlich wird jedoch, dass diese Aufgabe im gegenwärtig praktizierten Verständnis der Aufgabenteilungen und der Verantwortung von Ressourcen kaum zufriedenstellend lösbar sein wird. Daher adressiert der Bericht bewusst politisch verantwortliche Personen, Rahmenbedingungen zu verändern. Die kommunale Ebene alleine kann nicht die Aufgaben lösen, sondern ist auf weitere Unterstützung angewiesen, wenn das hier skizzierte Verständnis von Prävention nicht als Luxus freiwilliger kommunaler Leistungen verstanden werden soll.

**AUFGABEN NICHT
ALLEINE AUF KOM-
MUNALER EBENE
LÖSBAR**

Zum Grundverständnis der Ausgangslage Kommunalen Prävention in Marxloh: Die Zuwanderung als Motor der veränderten Aufgaben wird aus Sicht der Kommunalen Prävention nicht in Frage gestellt. Es geht nicht darum, den Kinderreichtum, der aus der Zuwanderung resultiert, zu verringern und letztlich Zuwanderung nach Marxloh zu verhindern, um damit die heute als Last empfundenen Aufgaben künftig zu vermeiden. Im Gegenteil, es geht der Kommunalen Prävention darum, diesen Kinderreichtum anzunehmen und positiv zu gestalten. Dabei ist allen Beteiligten sehr bewusst, dass dieses Gestalten nur mit mehr Investitionen in Zukunftschancen für Kinder erfolgen kann, wenn es über den gegenwärtigen Status einer prekären Mangelverwaltung herauskommen soll.

**SPEZIFISCHER
KINDERREICHTUM
ERFORDERT IN-
VESTITIONEN**

Der spezifische Kinderreichtum in Marxloh erfordert nicht nur einen entsprechenden Kapazitätsausbau für Kinder, wie z. B. neue Kitas, sondern auch differenzierte und individuelle Herangehensweisen zur Integration von Kindern und der Einbettung ihrer Eltern, vornehmlich der Mütter in die Einrichtungen und Angebote. Dafür muss in Marxloh mehr geleistet werden als im Durchschnitt anderer Stadtteile. In Marxloh wird auch von einer wachsenden Polarisierung zwischen Alteinge-

sessenen und Neuzuwanderern berichtet. Unter Mangelsituationen spitzen sich Konflikte leichter zu, so dass die Umsetzung Kommunalen Prävention auch Polarisierungskräften entgegenwirkt.

ERWARTUNGSHALTUNG AN WEICHENSTELLUNG VON „OBEN“

Investitionen in Zukunftschancen sind angesichts der heutigen Ausgangssituation und der kommunalen Handlungsmöglichkeiten ein ambitioniertes Ziel für die Kommunale Prävention. Ein „weiter so wie bisher“ ohne erkennbare Weichenstellungen „von oben“ wäre jedoch ein deutlicher Dämpfer für das bisher geleistete Engagement und die vielen Einzelschritte vor Ort. Es würde den Skeptikern, die es vor Ort auch gibt, Recht geben in ihren Befürchtungen, dass Kinderreichtum in Marxloh von verantwortlichen Stellen gar nicht als Investitionschance gesehen wird und die Gründe dürften Sorgen vor vermutlich unausweichlichen Verteilungsdebatten oder Debatten um Sogwirkungen sozialer Sicherungssysteme sein, denen man sonst leichter aus dem Wege gehen kann. Kinderreichtum in Marxloh als Zukunftschance muss daher auch politisch vertreten werden.

AKTEURE VOR ORT ALS TRAGENDE KRÄFTE

Die gegenwärtige Ausgangssituation in Marxloh ist durch Veränderungen geprägt. Die hohe Fluktuation sorgt dafür, dass Akteure vor Ort häufig auf veränderte Situationen und neue Kinder und Familien eingehen müssen. Eine veränderte Zusammensetzung der Familien führt zu einer Zunahme der Muttersprachen und Ausdifferenzierung familiärer Bedingungen der Kinder. Es sind andere als bislang übliche Unterstützungen im Prozess des Aufwachsens, insbesondere der frühen Entwicklung erforderlich. Hinzu kommt, dass es in vielen Gruppen und Klassen kaum oder auch keine Vorbilder mehr gibt, die die deutsche Sprache beherrschen, das System verstehen und die „ihren Weg machen“. Die „tragenden Kräfte“ gehen zunehmend von Akteuren wie Pädagogen, Lehrern, Beratern oder Paten aus. Die Aufgaben in den Einrichtungen erfordern überdurchschnittlich mehr Zeit für individuelle Betreuungen, zugehende Elternarbeit und gemeinsame Weiterentwicklung in den Teams.

Besonders bemängelt wird vor Ort, dass bisher keine stringente und strukturierte Gesamtlösung für die Entwicklungsaufgaben in Marxloh besteht. Häufiger wird berichtet, dass jeder versucht nach bestem Wissen und Gewissen die eigenen Aufgaben zu erledigen. Unter den Rahmenbedingungen geht dieses Erledigen in den massiven Problemlagen „unter“ oder stößt an Grenzen, die in Einzelansätzen nicht überwindbar sind. Berichtet wird auch, dass es in Marxloh angesichts der Herausforderungen keine Trägerkonkurrenz gibt, da Träger gegenseitig auf-

einander angewiesen sind. Es gibt zwar eine intensive Vernetzung der Akteure vor Ort, die jedoch in erster Linie durch den gegenseitigen Informationsaustausch charakterisiert ist. Eine gemeinsame und koordinierte Entwicklung sowie gemeinsam verfolgte Zielsetzungen bestehen nicht, so dass bisher nicht von Kooperationsnetzwerken gesprochen wird. Das Fehlen eines Gesamtkonzeptes für die Entwicklungsaufgaben in Marxloh wird auch deswegen als ärgerlich bezeichnet, weil bereits häufig darüber diskutiert und darauf hingewiesen wurde.

Aus Sicht der Akteure erfordert ein solches Gesamtkonzept eine kommunale von der Stadtspitze hierzu eingesetzte Koordinationsstelle, die diese Aufgaben nicht nur nebenbei erledigt. Unter einem Gesamtkonzept wird keine Projektstruktur mit kurzer Befristung und unklarer Perspektive verstanden. Ein Gesamtkonzept muss längerfristig ausgerichtet sein, um adäquat die vielfältigen Ansätze der langfristigen Vertrauens- und Aufklärungsarbeit zu gestalten und koordinieren. Die Akteure vor Ort betonen, dass geeignete zugehende Vorgehensweisen entgegen bestehenden Vorurteilen letztlich erfolgreich sind und die meisten Familien sehr wohl bereit sind Beratungen anzunehmen. Geeignete Vorgehensweisen bilden den Engpass.

**GESAMTKONZEPT
MIT KOORDINATION
ERFORDERLICH**

Die nachfolgenden Berichtsbausteine gliedern sich in einen quantitativ ausgerichteten thematisch aufbereiteten Teil und in einen qualitativ ausgerichteten nach biografischen Phasen aufbereiteten Teil.

- » Kapitel 2 mit einem themenübergreifenden Überblick auf Basis statistischer Auswertungen
- » Kapitel 3 mit einer Zusammenführung statistischer und qualitativer Beobachtungen von Familientypen
- » Kapitel 4 mit einer querschnittsorientierten qualitativen Auswertung zu den Rahmenbedingungen und resultierenden Handlungsanforderungen im Umgang mit Kindern und Familien in extremer Armut (die Basis bilden die Erfahrungen der lokalen Experten)
- » Kapitel 5 mit qualitativen Auswertungen zu den Rahmenbedingungen und resultierenden Handlungsanforderungen nach unterschiedlichen biografischen Phasen bzw. Präventionsphasen (die Basis bilden die Erfahrungen der lokalen Experten)
- » Kapitel 6 mit einem Fazit

- » Im Anhang eine Literaturstudie zur Dokumentationslage von Berichten, Dokumenten und wissenschaftlichen Befunden zu Kindern in Marxloh.

Die vorliegende Studie ist in Zusammenarbeit mit den Fachbereichen entstanden, die die statistischen Grundlagen zur Verfügung gestellt haben und die Auswertungen auf Plausibilität überprüft haben. Die qualitativen Grundlagen der Befunde und Handlungsanforderungen basieren auf den Erfahrungen von Praktikern aus Marxloh, die im Rahmen der Studie für Interviews zur Verfügung standen. Die Initiierung und Konzeption der Studie sowie die kritische Sichtung der Ergebnisse sind durch den fachübergreifenden Steuerungskreis der Kommunalen Prävention erfolgt.

2. ENTWICKLUNGSHINTERGRUND UND AUSGANGSSITUATION IN MARXLOH

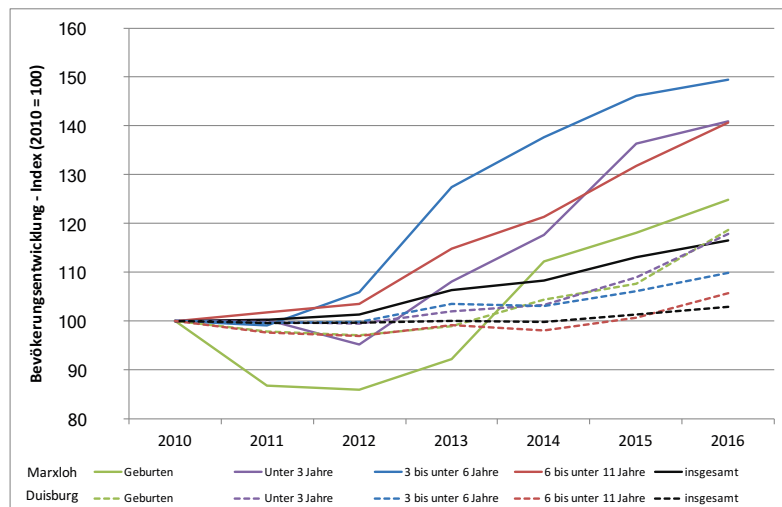
2.1 GROSSER KINDERREICHTUM IN MARXLOH

Marxloh mit rund 4 % der Gesamtbevölkerung Duisburgs hat in den vergangenen Jahren eine bemerkenswerte Ausnahmestellung bei der Bevölkerungsentwicklung. Entgegen dem langfristigen Trend einer zunehmenden Alterung entwickelt sich Marxloh gegensätzlich mit einem stark wachsenden Anteil an Kindern. Die Entwicklung der Bevölkerung in Marxloh unterscheidet sich deutlich gegenüber der gesamtstädtischen Entwicklung.

Während die Gesamtbevölkerung in Duisburg seit 2010 um etwa 3 % angestiegen ist, stieg sie im gleichen Zeitraum in Marxloh um rund 17 %. Die Unterschiede sind bei den Altersgruppen der Kinder bis unter 11 Jahren noch stärker. Die größte Dynamik zeigt sich bei der Altersgruppe der Kinder zwischen 3 und 6 Jahren. Die Zahl der Kinder in dieser Altersgruppe ist in Marxloh seit 2010 etwa um 50 % gestiegen, während sie im gesamtstädtischen Durchschnitt im gleichen Zeitraum nur um rund 10 % gewachsen ist (vgl. Abbildung 1). Die rund 3.300 Kinder unter 11 Jahren in Marxloh machen 6,4 % aller Kinder der Altersgruppe in Duisburg aus.

**ANSTIEG 3- BIS
6-JÄHRIGER UM
RUND 50%**

Abbildung 1: Bevölkerungsentwicklung nach ausgewählten Altersgruppen in Duisburg und Marxloh, 2010-2016, Index (2010 = 100)



Quelle: Stabsstelle für Wahlen, Europaangelegenheiten und Informationslogistik der Stadt Duisburg, jeweils zum 31.12.

2.2 VERÄNDERUNGEN DURCH WANDERUNGEN

AKTEURE VOR ORT ALS TRAGENDE KRÄFTE

Diese starke Veränderung ist bekanntermaßen das Ergebnis einer großen Wanderungsdynamik in Marxloh. Die Wanderung ist nicht nur Ausdruck von Zuzug und Einwohnergewinnen, sondern viel stärker noch Ausdruck von großen Bewegungen nach Marxloh aber ebenso auch großen Bewegungen aus Marxloh heraus. Die Gesamtfluktuation im Jahr 2016 war mit rund 50 % etwa doppelt so groß wie im gesamtstädtischen Durchschnitt mit etwa 24 %. Maßgeblich für die hohe Dynamik sind die Zu- und Fortzüge über die Stadtgrenze. Seit 2010 sind die Zu- und Fortzüge über die Stadtgrenze stark angestiegen und resultieren in einem hohen, positiven Außensaldo. Gleichzeitig haben sich die Binnenzuzüge im gleichen Zeitraum nur marginal verändert, wohingegen die Binnenfortzüge zugenommen haben, so dass der Binnensaldo weiterhin negativ ist (vgl. Tabelle 1). Der hohe positive Außenwanderungssaldo und der negative Binnenwanderungssaldo charakterisieren sowohl die Ankunfts- und Durchgangsfunktion des Ortsteiles als auch die Veränderung der Bevölkerungszusammensetzung mit einem Rückgang „Alteingesessener“ und der Zunahme „Neubürger“. Die sehr starke Fluktuation zeigt zugleich, dass ein Teil der Bewohner nur für kurze Zeit in Marxloh wohnen.

Tabelle 1: Räumliche Bevölkerungsbewegung in Duisburg und Marxloh, 2010 - 2016

Gebiet	Jahr	Zuzüge (außerhalb Duisburg)	Fortzüge (außerhalb Duisburg)	Außensaldo	Binnenzuzüge (andere Stadtteile)	Binnenfortzüge (andere Stadtteile)	Gesamtsaldo	Binnenumsätze (innerhalb Stadtteil)	Einwohner	Außenfluktuation (außerhalb Duisburg)	Binnenfluktuation (innerhalb Duisburg)	Gesamtfluktuation (Außen- und Binnenfluktuation)
Marxloh	2016	4.667	3.578	1.089	793	1.252	630	1.111	20.422	40,4%	10,0%	50,4%
	2015	3.660	2.582	1.078	696	1.270	504	1.303	19.818	31,5%	9,9%	41,4%
	2014	3.376	2.792	584	975	1.216	343	1.301	18.985	32,5%	11,5%	44,0%
	2013	2.237	1.514	723	959	1.193	489	1.273	18.643	20,1%	11,5%	31,7%
	2012	1.532	1.247	285	772	1.121	- 64	1.216	17.767	15,6%	10,7%	26,3%
	2011	1.375	1.044	331	866	1.140	57	1.135	17.585	13,8%	11,4%	25,2%
	2010	1.257	1.180	77	828	857	48	1.123	17.522	13,9%	9,6%	23,5%
Duisburg	2016	40.590	31.274	9.316	24.077	24.077	9.316	13.563	502.634	14,3%	9,6%	23,9%
	2015	38.874	33.232	5.642	24.288	24.288	5.642	15.890	494.445	14,6%	9,8%	24,4%
	2014	29.819	28.961	858	23.907	23.907	858	15.709	487.839	12,0%	9,8%	21,9%
	2013	23.970	22.594	1.376	24.075	24.075	1.376	16.149	488.472	9,5%	9,9%	19,4%
	2012	22.587	21.307	1.280	24.125	24.125	1.280	16.091	486.752	9,0%	9,9%	18,9%
	2011	20.906	20.156	750	24.166	24.166	750	16.933	486.838	8,4%	9,9%	18,4%
	2010	20.177	20.898	- 721	23.894	23.894	- 721	17.405	488.218	8,4%	9,8%	18,2%

Quelle: Stabsstelle für Wahlen, Europaangelegenheiten und Informationslogistik der Stadt Duisburg, jeweils zum 31.12.

2.3 KINDERREICHTUM DURCH WANDERUNG ERFORDERT UMGANG MIT DER HERKUNFT

Die Bevölkerungszusammensetzung im Hinblick auf die Herkunft weist in Marxloh starke Unterschiede zum Duisburger Durchschnitt auf. Die Unterschiede haben sich durch Wanderungsdynamik der vergangenen Jahre erheblich vergrößert. Fast drei Viertel der Einwohner in Marxloh haben gegenwärtig einen Migrationshintergrund und gut die Hälfte der Einwohner sind Ausländer. Der Anteil der Einwohner mit Migrationshintergrund, sowie der Anteil ausländischer Einwohner ist seit 2010 in Marxloh erheblich stärker angestiegen als in Duisburg insgesamt (vgl. Tabelle 2).

**UNTERSCHIEDE
VON MARXLOH ZU
DUISBURG VER-
GRÖßERT**

Tabelle 2: Bevölkerungszusammensetzung in Duisburg und Marxloh, 2010-2016

Gebiet	Jahr	Einwohner insgesamt	ausländische Einwohner	Anteil ausländischer EW	Einwohner mit Migrations- hintergrund	Anteil EW mit Migrations- hintergrund
Marxloh	2016	20.422	10.784	52,8%	14.857	72,7%
	2015	19.818	9.847	49,7%	13.859	69,9%
	2014	18.985	8.540	45,0%	12.667	66,7%
	2013	18.643	7.821	42,0%	11.954	64,1%
	2012	17.767	6.682	37,6%	10.826	60,9%
	2011	17.585	6.438	36,6%	10.416	59,2%
	2010	17.522	6.262	35,7%	10.150	57,9%
Duisburg	2016	502.634	104.414	20,8%	196.245	39,0%
	2015	494.445	93.711	19,0%	188.266	38,1%
	2014	487.839	84.142	17,2%	177.649	36,4%
	2013	488.472	82.311	16,9%	173.055	35,4%
	2012	486.752	77.482	15,9%	166.017	34,1%
	2011	486.838	75.608	15,5%	162.220	33,3%
	2010	488.218	74.689	15,3%	159.534	32,7%

Quelle: Stabsstelle für Wahlen, Europaangelegenheiten und Informationslogistik der Stadt Duisburg, jeweils zum 31.12.

Wie die Bevölkerungszusammensetzung insgesamt, zeigt auch die Zusammensetzung der Kinder nach Herkunft bis unter 11 Jahren starke Unterschiede zwischen Marxloh und Duisburg. Besonders deutlich ist der Anstieg des Anteils der ausländischen Kinder an allen Kindern (in den entsprechenden Altersgruppen) im gesamtstädtischen Vergleich. Unabhängig von der betrachteten Altersgruppe sind die Anteile seit 2010 von rund 13 % bis 14 % auf über 50 % in 2016 angestiegen. Jedes zweite Kind in Marxloh hat keine deutsche Staatsangehörigkeit. Im gesamtstädtischen Durchschnitt trifft dies in 2016 jedoch nur auf ungefähr jedes fünfte Kind zu. Auch der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund ist seit 2010 in allen betrachteten Altersgruppen angestiegen und liegt in 2016 auf einem Niveau von rund 90 % (vgl. Tabelle 3).

**NEUN VON ZEHN
KINDERN MIT
MIGRATIONSHIN-
TERGRUND**

Tabelle 3: Zusammensetzung der Kinder bis unter 11 Jahren in Duisburg und Marxloh, 2010 -2016

Gebiet	Jahr	Kinder unter 3 Jahren	Kinder 3 bis unter 6 Jahren	Kinder 6 bis unter 11 Jahren	Ausländische Kinder unter 3 Jahren	Ausländische Kinder 3 bis unter 6 Jahren	Ausländische Kinder 6 bis unter 11 Jahren
Marxloh	2016	888	870	1.504	517	508	818
	2015	859	851	1.409	481	452	705
	2014	742	801	1.298	341	342	518
	2013	681	742	1.227	259	261	412
	2012	600	616	1.108	143	126	224
	2011	632	577	1.089	139	97	180
	2010	630	582	1.069	90	78	139
Duisburg	2016	14.355	13.648	23.201	3.085	2.911	4.691
	2015	13.273	13.169	22.083	2.290	2.211	3.541
	2014	12.585	12.802	21.514	1.636	1.707	2.640
	2013	12.413	12.862	21.743	1.578	1.606	2.588
	2012	12.118	12.407	21.277	1.063	1.038	1.914
	2011	12.163	12.377	21.452	949	919	1.753
	2010	12.177	12.417	21.940	850	840	1.764

Gebiet	Anteil ausländische Kinder unter 3 Jahren	Anteil ausländische Kinder 3 bis unter 6 Jahren	Anteil ausländische Kinder 6 bis unter 11 Jahren	Kinder mit Migrationshintergrund unter 3 Jahren	Kinder mit Migrationshintergrund 3 bis unter 6 Jahren	Kinder mit Migrationshintergrund 6 bis unter 11 Jahren	Anteil Kinder mit MH unter 3 Jahren	Anteil Kinder mit MH 3 bis unter 6 Jahren	Anteil Kinder mit MH 6 bis unter 11 Jahren
Marxloh	58,2%	58,4%	54,4%	816	765	1.327	91,9%	87,9%	88,2%
	56,0%	53,1%	50,0%	756	731	1.188	88,0%	85,9%	84,3%
	46,0%	42,7%	39,9%	612	659	1.068	82,5%	82,3%	82,3%
	38,0%	35,2%	33,6%	547	584	991	80,3%	78,7%	80,8%
	23,8%	20,5%	20,2%	466	458	857	77,7%	74,4%	77,3%
	22,0%	16,8%	16,5%	483	416	828	76,4%	72,1%	76,0%
	14,3%	13,4%	13,0%	451	420	811	71,6%	72,2%	75,9%
Duisburg	21,5%	21,3%	20,2%	9.610	8.849	14.882	66,9%	64,8%	64,1%
	17,3%	16,8%	16,0%	8.582	8.330	13.848	64,7%	63,3%	62,7%
	13,0%	13,3%	12,3%	7.623	7.899	13.046	60,6%	61,7%	60,6%
	12,7%	12,5%	11,9%	7.521	7.808	13.060	60,6%	60,7%	60,1%
	8,8%	8,4%	9,0%	7.111	7.267	12.289	58,7%	58,6%	57,8%
	7,8%	7,4%	8,2%	7.140	7.247	12.141	58,7%	58,6%	56,6%
	7,0%	6,8%	8,0%	7.032	7.276	12.093	57,7%	58,6%	55,1%

Quelle: Stabsstelle für Wahlen, Europaangelegenheiten und Informationslogistik der Stadt Duisburg, jeweils zum 31.12.

Etwa 70 % der ausländischen Kinder (bzw. rund 40 % der Kinder insgesamt) unter 6 Jahren bzw. unter 15 Jahren in Marxloh stammt 2016 aus Bulgarien oder Rumänien. Damit liegt der Anteil deutlich über dem gesamtstädtischen Durchschnitt von rund 40 % (bzw. rund 9 % der Kinder insgesamt). Durch die Zuwanderung von Geflüchteten ist der Anteil im Jahr 2016 gegenüber 2015 in Marxloh sowie in Duisburg leicht abgesunken. Dennoch zeigt sich eine sehr starke Zunahme im zeitlichen Verlauf seit 2010.

Eine aktuell zu beobachtende Entwicklung ist, dass sich der Zuzug rumänischer Personen von dem Zuzug bulgarischer Personen nach Marxloh entkoppelt hat. Während die Zahl der bulgarischen Familien auch

Tabelle 4: Zusammensetzung der ausländischen Kinder in Marxloh und Duisburg, 2010 - 2016

Gebiet	Jahr	Kinder unter 6 Jahren	Ausländische Kinder unter 6 Jahren	EU-Neubürger unter 6 Jahren (Bulgarien und Rumänien)	Anteil Kinder EU-Neubürger U6 an allen Kindern U6	Anteil Kinder EU-Neubürger U6 an allen ausländischen Kindern U6	Kinder unter 15 Jahren	Ausländische Kinder unter 15 Jahren	EU-Neubürger unter 15 Jahren (Bulgarien und Rumänien)	Anteil Kinder EU-Neubürger U15 an allen Kindern U15	Anteil Kinder EU-Neubürger U15 an allen ausländischen Kindern U15
Marxloh	2016	1.758	1.025	708	40,3%	69,1%	4.454	2.400	1.652	37,1%	68,8%
	2015	1.710	933	699	40,9%	74,9%	4.290	2.126	1.555	36,2%	73,1%
	2014	1.543	683	525	34,0%	76,9%	3.898	1.561	1.168	30,0%	74,8%
	2013	1.423	520	388	27,3%	74,6%	3.693	1.283	897	24,3%	69,9%
	2012	1.216	269	157	12,9%	58,4%	3.304	828	374	11,3%	45,2%
	2011	1.209	236	128	10,6%	54,2%	3.251	788	263	8,1%	33,4%
	2010	1.212	168	71	5,9%	42,3%	3.222	729	140	4,3%	19,2%
Duisburg	2016	28.003	5.996	2.381	8,5%	39,7%	69.975	13.870	5.511	7,9%	39,7%
	2015	26.442	4.501	2.036	7,7%	45,2%	67.142	10.740	4.608	6,9%	42,9%
	2014	25.387	3.343	1.581	6,2%	47,3%	65.226	8.056	3.491	5,4%	43,3%
	2013	25.275	3.184	1.682	6,7%	52,8%	65.724	8.390	3.676	5,6%	43,8%
	2012	24.525	2.101	755	3,1%	35,9%	64.429	6.955	1.675	2,6%	24,1%
	2011	24.540	1.868	549	2,2%	29,4%	65.053	7.274	1.170	1,8%	16,1%
	2010	24.594	1.690	369	1,5%	21,8%	66.016	7.954	802	1,2%	10,1%

Quelle: Stabsstelle für Wahlen, Europaangelegenheiten und Informationslogistik der Stadt Duisburg, jeweils zum 31.12.

jüngst bis 2017 in Marxloh weiter gewachsen ist, ist seit 2016 bei rumänischen Familien eine rückläufige Entwicklung zu beobachten. Diese rückläufige Entwicklung in Marxloh erfolgt zunächst entgegen dem gesamtstädtischen Trend der Zuwanderung rumänischer Familien. 2017 ergibt sich zudem für Marxloh erstmals ein negativer Wanderungssaldo bei rumänischen Personen.

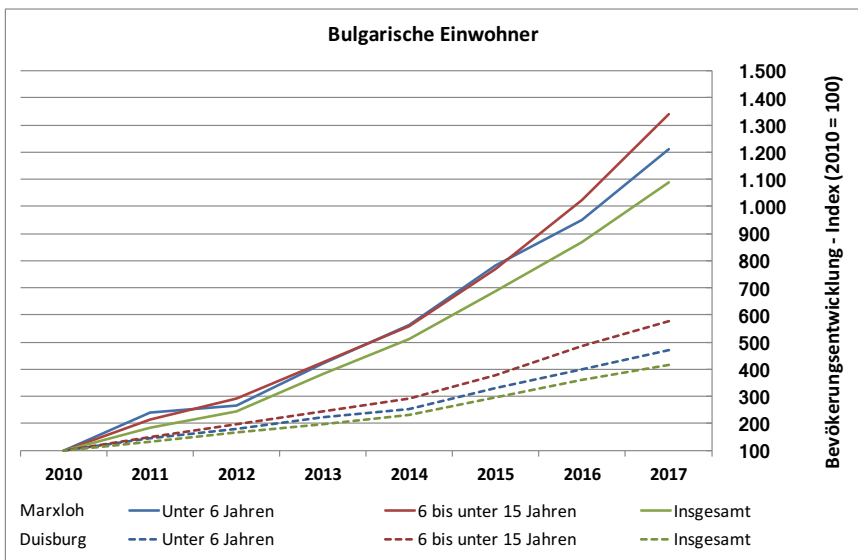
**ZUZUG RUMÄNISCHER PERSO-
NEN VOM ZUZUG
BULGARISCHER
PERSONEN ENT-
KOPPELT**

2016 erfolgten noch mehr Zuzüge als in den Jahren zuvor, jedoch gab es einen stärkeren Anstieg der Wegzüge. 2017 haben sich die Zuzüge nach Marxloh um zwei Drittel verringert, während sich die Wegzüge weiterhin auf einem hohen Niveau bewegen (Hinweis auf die übliche Fluktuation), was zu der rückläufigen Entwicklung führt (vgl. Tabelle 5). Über Hintergründe und Ursachen des Einbruchs bei den Zuzügen kann aus Sicht der Experten nur spekuliert werden. Unklar ist, ob informell organisierte Zuzugswege nun verstärkt in andere Stadtteile führen, da Problemimmobilien in Marxloh in den vergangenen Jahren durch die Task Force ordnungsrechtlich stärker sanktioniert und geschlossen werden. Da die Zuzüge 2017 aus Rumänien auch gesamtstädtisch stark zurückgegangen sind (um mehr als ein Drittel) stehen ggf. großräumige Veränderungen von Wanderungsbewegungen hinter der Entwicklung.

Tabelle 5: Zu und Fortzüge der bulgarischen und rumänischen Einwohner in Duisburg und Marxloh, 2010 - 2016

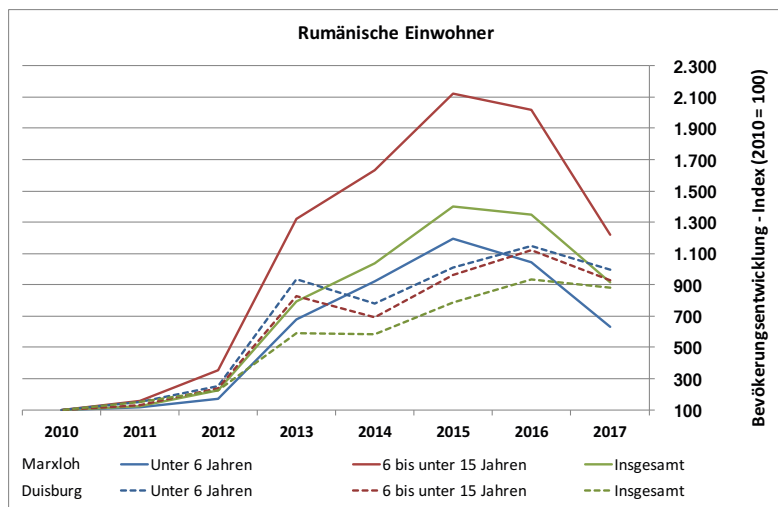
Gebiet	Jahr	Rumänen			Bulgaren		
		Zuzüge	Fortzüge	Saldo	Zuzüge	Fortzüge	Saldo
Marxloh	2017	611	1.179	- 568	1.238	677	561
	2016	1.934	1.794	140	1.147	649	498
	2015	1.309	939	370	1.035	491	544
	2014	1.561	1.380	181	858	448	410
	2013	868	378	490	521	285	236
	2012	239	168	71	404	227	177
	2011	145	113	32	355	106	249
	2010	124	71	53	222	106	116
Duisburg	2017	3.959	4.782	- 823	3.129	2.010	1.119
	2016	6.763	5.159	1.604	3.408	1.990	1.418
	2015	5.742	4.305	1.437	3.165	1.655	1.510
	2014	6.077	6.341	- 264	2.498	1.806	692
	2013	4.672	2.088	2.584	1.701	1.520	181
	2012	1.729	1.170	559	2.064	1.413	651
	2011	970	590	380	1.739	1.013	726
	2010	604	303	301	1.957	1.281	676

Quelle: Stabsstelle für Wahlen, Europaangelegenheiten und Informationslogistik der Stadt Duisburg, jeweils zum 31.12

Abbildung 2: Bevölkerungsentwicklung der bulgarischen Einwohner nach Altersgruppen in Duisburg und Marxloh, Index (2010 = 100)

Quelle: Stabsstelle für Wahlen, Europaangelegenheiten und Informationslogistik der Stadt Duisburg, jeweils zum 31.12

Abbildung 3: Bevölkerungsentwicklung der rumänischen Einwohner nach Altersgruppen in Duisburg und Marxloh, Index (2010 = 100)



Quelle: Stabsstelle für Wahlen, Europaangelegenheiten und Informationslogistik der Stadt Duisburg, jeweils zum 31.12.

2.4 MEHR FAMILIEN UND WACHSENDE UNTERSTÜTZUNGS-BEDARFE

Die Zahl der Haushalte mit Kindern war von 2010 bis 2015 in Duisburg rückläufig. Erst im Jahr 2016 ist die Zahl der Familienhaushalte wieder leicht über das Niveau von 2010 gestiegen. In Marxloh hingegen steigt die Zahl der Haushalte mit Kindern im gesamten Zeitverlauf kontinuierlich an und lag im Jahr 2016 bei rund 2.500 Haushalten mit Kindern. Ein Fünftel der Familienhaushalte in Marxloh sind bulgarischer Herkunft und ein Zehntel rumänischer Herkunft.

Marxloh war bereits 2010 im gesamtstädtischen Vergleich ein Familienstadtteil mit rund einem Viertel Familien an allen Haushalten, während im städtischen Durchschnitt nur jeder fünfte Haushalt ein Familienhaushalt ist. Diese Stellung hat sich seither noch ausgebaut, so dass 2016 fast jeder dritte Haushalt in Marxloh ein Familienhaushalt ist, während der Anteil im städtischen Durchschnitt konstant geblieben ist.

FAST JEDER DRITTE HAUSHALT EIN FAMILIENHAUSHALT

Der Anteil der alleinerziehenden Haushalte liegt in Marxloh mit 22,4 % leicht unter dem städtischen Durchschnitt von 24,5 %. Im Zeitverlauf bleibt der Anteil in Duisburg konstant und sinkt in Marxloh seit 2014 deutlich (vgl. Tabelle 6).

Tabelle 6: Familienhaushalte in Marxloh und Duisburg, 2010 - 2016

Gebiet	Jahr	Haushalte insgesamt	Haushalte mit Kindern	Anteil HH mit Kindern an allen HH	Allein-erziehende Haushalte	Anteil AE-HH an allen HH mit Kindern	HH mit Kindern U15 im SGBII-Bezug	Anteil HH mit SGBII-Bezug an allen HH mit Kindern
Marxloh	2016	8.674	2.524	29,1%	565	22,4%	1.086	43,0%
	2015	8.482	2.398	28,3%	577	24,1%	950	39,6%
	2014	8.303	2.223	26,8%	583	26,2%	568	25,6%
	2013	8.341	2.161	25,9%	525	24,3%	498	23,0%
	2012	8.178	2.046	25,0%	523	25,6%	733	35,8%
	2011	8.064	2.007	24,9%	523	26,1%	729	36,3%
	2010	7.989	2.024	25,3%	519	25,6%	777	38,4%
Duisburg	2016	249.611	49.285	19,7%	12.088	24,5%	12.174	24,7%
	2015	247.123	48.233	19,5%	11.934	24,7%	12.296	25,5%
	2014	248.078	47.701	19,2%	11.910	25,0%	6.782	14,2%
	2013	247.634	48.057	19,4%	11.901	24,8%	6.425	13,4%
	2012	246.381	47.952	19,5%	11.845	24,7%	10.488	21,9%
	2011	244.461	48.270	19,7%	11.631	24,1%	10.681	22,1%
	2010	243.571	49.015	20,1%	11.790	24,1%	11.278	23,0%

Quelle: Stabsstelle für Wahlen, Europaangelegenheiten und Informationslogistik der Stadt Duisburg, Haushaltsgenerierung, jeweils zum 31.12.

Tabelle 7: Kinder in Bedarfsgemeinschaften in Marxloh und Duisburg, 2010 - 2016

Gebiet	Jahr	Kinder unter 3 Jahren	Kinder in Bedarfsgemeinschaften unter 3 Jahren	Anteil Kinder in BGs U3 an allen Kindern U3	Kinder unter 6 Jahren	Kinder in Bedarfsgemeinschaften unter 6 Jahren	Anteil Kinder in BGs U6 an allen Kindern U6	Kinder unter 15 Jahren	Kinder in Bedarfsgemeinschaften unter 15 Jahren	Anteil Kinder in BGs U15 an allen Kindern U15
Marxloh	2016	888	469	52,8%	1.758	907	51,6%	4.454	2.230	50,1%
	2015	859	391	45,5%	1.710	798	46,7%	4.290	1.971	45,9%
	2014	742	330	44,5%	1.543	696	45,1%	3.898	1.703	43,7%
	2013	681	299	43,9%	1.423	593	41,7%	3.693	1.456	39,4%
	2012	600	290	48,3%	1.216	571	47,0%	3.304	1.440	43,6%
	2011	632	312	49,4%	1.209	572	47,3%	3.251	1.396	42,9%
	2010	630	323	51,3%	1.212	617	50,9%	3.222	1.475	45,8%
Duisburg	2016	14.355	4.753	33,1%	28.003	9397	33,6%	69.975	22.177	31,7%
	2015	13.273	4.112	31,0%	26.442	8370	31,7%	67.142	20.170	30,0%
	2014	12.585	3.847	30,6%	25.387	7885	31,1%	65.226	18.894	29,0%
	2013	12.413	3.762	30,3%	25.275	7570	30,0%	65.724	17.903	27,2%
	2012	12.118	3.809	31,4%	24.525	7573	30,9%	64.429	17.764	27,6%
	2011	12.163	3.969	32,6%	24.540	7732	31,5%	65.053	18.095	27,8%
	2010	12.177	4.312	35,4%	24.594	8293	33,7%	66.016	19.108	28,9%

Quelle: Stabsstelle für Wahlen, Europaangelegenheiten und Informationslogistik der Stadt Duisburg, Bundesagentur für Arbeit

Etwa jeder vierte Haushalt mit Kindern unter 15 Jahren ist 2016 in Duisburg im SGB II-Bezug. Der Anteil schwankt enorm und lag zwischenzeitlich 2013 und 2014 unter 15 % und ist gegenwärtig wieder über das Ausgangsniveau 2010 gestiegen. In Marxloh sind in 2016 43 % der Familien im SGB II-Bezug. Auch hier gab es zwischenzeitlich einen Rückgang auf unter 25 % und einen deutlichen Wiederanstieg über das Ausgangsniveau von 2010 hinaus.

**HOHER ANTEIL AN
BEDARFSGEMEIN-
SCHAFTEN DES
SGB II**

Mehr als die Hälfte aller Kinder, bei den jüngsten Kindern bis 3 Jahre mit etwas höherem Anteil, leben in Marxloh in Bedarfsgemeinschaften. Im gesamtstädtischen Durchschnitt sind es rund ein Drittel der Kinder.

2.5 RÄUMLICHE VERTEILUNG UND WACHSENDE KONZENTRATION VON BEDARFSLAGEN

Ein vergleichender statistischer Überblick zur räumlichen Verteilung von Familien insgesamt sowie Familien als Bedarfsgemeinschaften zeigt die räumlichen Unterschiede im Stadtgebiet. Als vergleichende Messmethode über die Verteilung der Familienhaushalte im Stadtgebiet wird ein Segregationsindex herangezogen. Der Segregationsindex ist ein Maß der Ungleichverteilung einer bestimmten Gruppe zur Gesamtgruppe in ausgewählten Raumeinheiten, hier auf Ebene von Ortsteilen. Der Segregationsindex der Familienhaushalte gegenüber allen Haushalten lag in 2013 bei 0,1. In 2016 lag der Segregationsindex der Familienhaushalte mit 0,11 leicht über dem Vergleichswert aus 2013.

**WACHSENDE
SOZIALE FAMILI-
ENSEGREGATION
IN DUISBURG**

Innerhalb der Familienhaushalte in Duisburg kommt es hingegen zu einer deutlichen räumlichen Ungleichverteilung. Räumlich ungleich verteilt sind Familienhaushalte im SGB II-Bezug gemessen an allen Familienhaushalten. Im Jahr 2010 lag der Segregationsindex bei 0,24. In 2013 lag der Vergleichswert zudem bereits bei 0,25 und ist bis 2016 auf 0,27 angestiegen. Als gesamtstädtischer statistischer Wert ist eine solche starke Entwicklung in nur wenigen Jahren sehr auffällig. In nur kurzer Zeit hat die Ungleichverteilung der Familienhaushalte im SGB II-Bezug sehr stark zugenommen. Entwicklungen wie in Marxloh verdeutlichen,

Tabelle 8: Segregationsindex der Familienhaushalte in Duisburg, 2010, 2013, 2016

Gebiet	Jahr	Segregationsindex	
		Haushalte mit Kindern	Bedarfsgemeinschaften mit Kindern unter 15 Jahren
Duisburg	2016	0,11	0,27
	2013	0,10	0,25
	2010	0,10	0,24

Quelle: Stabsstelle für Wahlen, Europaangelegenheiten und Informationslogistik der Stadt Duisburg, Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnung

woran dies liegt und wie ungleich die Folgen für die wenigen Stadtteile sind, in denen die Bedarfslagen nun wachsen und stärker konzentrieren. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der gemessene SGB II-Bezug noch durch die Fälle von Familien in extremer Armut überlagert wird, die sich räumlich noch stärker in wenigen Ortsteilen wie Marxloh oder Hochfeld konzentrieren.

2.6 KINDER IN FAMILIEN IN EXTREMER ARMUT

EXTREME ARMUT VON FAMILIEN AUSSERHALB DER STATISTISCHEN BEOBACHTUNG

Während der SGB II-Bezug im Rahmen von kommunalen Präventionsstrategien als zentraler Armutsindikator beobachtet wird, ist die Ausgangssituation in Marxloh weitaus herausfordernder. Hier ist ein höherer Anteil Kinder im SGB II-Bezug im Gegensatz zur üblichen Beobachtung ein erster Erfolgsfaktor für Präventionsansätze. Das bezieht sich selbstverständlich nicht auf eine zunehmende Erwerbslosigkeit von Eltern, die zuvor ihr Familieneinkommen durch Erwerbseinkommen erzielen. Es bezieht sich auf die innerhalb der EU zugewanderten Familien aus Bulgarien und Rumänien mit Aufenthaltsberechtigung und Wohnsitz in Marxloh, die jedoch weder über Erwerbseinkommen oberhalb der Bemessungsgrenzen der Transferleistungen verfügen, noch einen Anspruch auf Leistungen des SGB II haben. Für diese Familien in extremer Armut stellt das Kindergeld nach Aussagen von Akteuren vor Ort oft die wichtigste Einkommensquelle dar. Ohne den Leistungsanspruch auf SGB II entfallen für Familien weitere Ansprüche etwa auf Kosten der Unterkunft oder die gesetzliche Krankenversicherung. Daher wirkt die Lebenssituation in extremer Armut in mehrfacher Hinsicht besonders negativ auf die Entwicklungsmöglichkeiten der Kinder sowie der Familien. Hier treffen die Akteure vor Ort in den vergangenen Jahren auf existenzielle Problemlagen, die es in der Form über Jahrzehnte nicht mehr gegeben hat.

Allerdings kann die genaue Zahl der Kinder bzw. Familien in extremer Armut nicht benannt werden, da es hierzu bislang keine Erfassungsmethode gibt. Die amtliche Statistik ist hierfür gewissermaßen blind. Es handelt sich um solche Ausnahmesituationen, die es im System nicht geben dürfte. Diese Rahmenbedingungen und Lebenssituationen werden von der geltenden Gesetzeslage nicht erfasst und schlichtweg verdrängt. Die Kommune ist damit überfordert, da Hilfsmöglichkeiten durch das Rechtssystem verhindert werden.

Solange es sich nicht um seltene Ausnahmefälle handelt, wäre künftig eine eigene Erfassung für diese Personengruppe erforderlich. Um

jedoch mit Blick auf die resultierenden Herausforderungen eine Größenordnung an Kindern zu benennen, erfolgt an dieser Stelle eine Schätzung hierzu, ausgehend von den statistisch verfügbaren Informationen zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung sowie dem SGB II-Leistungsbezug rumänischer und bulgarischer Personen.

Zur Einschätzung der Kinder in extremer Armut in Marxloh wurden von allen bulgarischen und rumänischen Kindern unter 15 Jahren zunächst die Kinder im SGB II-Leistungsbezug abgezogen. Von der Restgruppe (Kinder nicht im SGB II-Bezug) wurde zusätzlich (über die SVP-Beschäftigten-Quote bulgarischer und rumänischer Personen) ein Teil abgezogen, deren Eltern anzunehmend einer SVP-Beschäftigung nachgehen.

Ausgehend von dieser groben Plausibilitätsrechnung bleibt eine Restgruppe bulgarischer und rumänischer Personen, die ihr Einkommen über eine nicht erfasste Selbstständigkeit oder nicht erfasste prekäre Beschäftigung erzielen oder auch ohne Erwerbseinkommen bleiben. Nach den Erfahrungen der Akteure vor Ort lebt diese Gruppe von Familien in Marxloh weitestgehend komplett in extremer Armut.

Auf Marxloh berechnet liegt die Zahl der Kinder unter 15 Jahren in extremer Armut im Jahr 2016 etwa zwischen 820 bis etwa 940 Kindern. Die Spanne ergibt sich aus der Unsicherheit, da unbekannt ist, ob Eltern genauso häufig SVP-Beschäftigte sind wie Personen in Haushalten ohne Kinder. Nach Herkunft unterscheiden sich Zahlen und Anteile der Kinder in extremer Armut stark. Bei den bulgarischen Kindern ist von etwa 270 bis 310 Kindern auszugehen, während bei den rumänischen Kindern von etwa 550 bis 630 Kindern auszugehen ist.

KINDER IN EXTREMER ARMUT

Der Unterschied ergibt sich im Wesentlichen aus einer höheren Quote bulgarischer Kinder in SGB II-Bedarfsgemeinschaften in Marxloh mit rund 61 % gegenüber rumänischen Kindern mit rund 26 %. Die SVP-Beschäftigungsquoten erwerbsfähiger Personen weisen ebenfalls Unterschiede auf. Die SVP-Beschäftigtenquote der Bulgaren liegt 2016 in Marxloh mit 22,7 % doppelt so hoch wie die der rumänischen Einwohner (11 %). Positiv ist, dass gesamtstädtisch sowohl die Beschäftigungsquoten stark gestiegen sind (von 15 % auf 23 % bei Rumänen und von 8 % auf 25 % bei Bulgaren zwischen 2010 und 2016) als auch der SGB II-Bezug von Kindern sich erhöht hat (von 15 % auf 26 % bei Rumänen und von 41 % auf 61 % bei Bulgaren zwischen 2014 und 2016). Dadurch hat sich nach Schätzung auch die Zahl der Kinder in extremer Armut in den vergangenen Jahren reduziert.

2.7 AUFFÄLLIGKEITEN BEI DER ENTWICKLUNG IN DEN SCHULEINGANGSUNTERSUCHUNGEN

HOHER MIGRANTENANTEIL UND NIEDRIGER BILDUNGSSTATUS

In Marxloh wurden in den vergangenen Jahren jährlich etwa 200 Kinder über die Schuleingangsuntersuchung erfasst (in Duisburg insgesamt sind es jährlich etwa 4.300 Kinder). Gemäß den schulärztlichen Untersuchungen nach dem „Bielefelder Modell“ erfolgt die Erfassung des Migrationshintergrunds mit der Frage, welche Sprache mit dem Kind in den ersten vier Lebensjahren überwiegend gesprochen wurde. Ist dies eine andere Sprache als „Deutsch“ liegt ein Migrationshintergrund vor. In der Zeitspanne seit 2010 ist die Zahl der Kinder mit deutscher Erstsprache absolut sowie prozentual gesunken, während die Anzahl und der Anteil der Kinder mit einer anderen Erstsprache gestiegen ist. Gegenwärtig wachsen knapp 80 % der Marxloher Kinder mit nicht deutscher Erstsprache in der Familie auf. In Duisburg insgesamt liegt der Anteil der Kinder mit deutscher bzw. mit anderer Erstsprache in 2016 jeweils bei etwa 50 %. Die Eltern der untersuchten Kinder in Marxloh haben zu fast der Hälfte einen niedrigen Bildungsstand (im Vergleich zur Gesamtstadt knapp über einem Viertel). Entsprechend geringer sind in Marxloh die Anteile der Eltern mit mittlerem (rund 40 %) sowie hohem Bildungsstand (rund 13 %).

STEIGENDER ANTEIL VON KINDERN MIT SPRACH- UND SPRECHSTÖRUNGEN

Die Entwicklung der Kinder, betrachtet nach deren Erstsprache, steht jedoch nicht in einem Zusammenhang mit den untersuchten Sprach- und Sprechstörungen. Bei den Sprach- und Sprechstörungen geht es um Entwicklungsstörungen der Sprache oder einzelner Bausteine der Sprache (untersucht werden nicht die Deutschkenntnisse). Der Anteil an Kindern in Marxloh mit Sprach- und Sprechstörungen schwankt jährlich etwa zwischen einem Viertel und einem Drittel und entspricht damit weitgehend dem gesamtstädtischen Niveau (vgl. Tabelle 14). Bei rückläufiger Zahl an Marxloher Kindern mit Deutsch als Erstsprache, steigt deren Anteil bei Sprachstörungen im Zeitverlauf auf etwa die Hälfte an.

Die Zahl der Kinder in Marxloh mit anderer Erstsprache ist insgesamt auf rund drei Viertel gestiegen, wobei der Anteil dieser Kinder mit einer Sprach- und Sprechstörung gegenwärtig bei rund einem Viertel liegt und damit anteilig deutlich niedriger als der Vergleichswert der Kinder mit deutscher Erstsprache ist. Bei Betrachtung der absoluten Zahlen sind es etwa doppelt so viele Kinder mit anderer Erstsprache als mit Erstsprache Deutsch, die eine auffällige Sprach- und Sprechstörung haben.

Tabelle 9: Schuleingangsuntersuchung – Untersuchte Kinder nach Erstsprache in Marxloh, 2010 - 2016

Gebiet	Jahr	Untersuchte Kinder	Erstsprache Deutsch	Andere Erstsprache	Fehlende Werte
Marxloh	2016	230	47	179	4
	2015	225	60	157	8
	2014	197	67	120	10
	2013	192	71	112	9
	2012	205	72	125	8
	2011	204	52	142	10
	2010	213	68	136	9
Duisburg	2016	4.303	2.125	2.051	127
	2015	4.214	2.161	1.937	116
	2014	4.281	2.332	1.804	145
	2013	4.021	2.162	1.717	142
	2012	3.962	1.996	1.811	155
	2011	4.194	2.152	1.903	139
	2010	4.315	2.216	1.828	271

Gebiet	Jahr	Untersuchte Kinder	Erstsprache Deutsch	Andere Erstsprache	Fehlende Werte
Marxloh	2016	100%	20,4%	77,8%	1,7%
	2015	100%	26,7%	69,8%	3,6%
	2014	100%	34,0%	60,9%	5,1%
	2013	100%	37,0%	58,3%	4,7%
	2012	100%	35,1%	61,0%	3,9%
	2011	100%	25,5%	69,6%	4,9%
	2010	100%	31,9%	63,8%	4,2%
Duisburg	2016	100%	49,4%	47,7%	3,0%
	2015	100%	51,3%	46,0%	2,8%
	2014	100%	54,5%	42,1%	3,4%
	2013	100%	53,8%	42,7%	3,5%
	2012	100%	50,4%	45,7%	3,9%
	2011	100%	51,3%	45,4%	3,3%
	2010	100%	51,4%	42,4%	6,3%

Quelle: Schuleingangsuntersuchung, Gesundheitsamt Stadt Duisburg

Bei der Zahngesundheit haben jährlich etwa 15 % bis 20 % der Kinder überweisungsrelevante Befunde. Damit liegt Marxloh in allen Jahren über den gesamtstädtischen Auffälligkeiten bei der Zahngesundheit. In Duisburg schwankt der Anteil der behandlungsrelevanten Befunde zwischen 8 % und 13 % (vgl. Tabelle 14). Zwischen den Marxloher Kindern, differenziert nach Erstsprache, gibt es bei jährlichen Schwankungen in den letzten Jahren prozentual nur geringe Unterschiede. Allerdings

GERINGE UNTERSCHIEDE BEI DER ZAHNGESUNDHEIT

Tabelle 10: Schuleingangsuntersuchung – Sprach- und Sprechstörung nach Erstsprache in Marxloh, 2010 - 2016

Gebiet	Jahr	Sprach- und Sprechstörung (In Behandlung/ Arztüberweisung)			
		Kinder insgesamt	Erstsprache Deutsch	Andere Erstsprache	Fehlende Werte
Marxloh	2016	64	21	43	0
	2015	72	32	40	0
	2014	43	21	20	2
	2013	42	19	22	1
	2012	60	24	34	2
	2011	52	23	27	2
	2010	47	20	24	3

Gebiet	Jahr	Sprach- und Sprechstörung (In Behandlung/ Arztüberweisung)			
		Kinder insgesamt	Erstsprache Deutsch	Andere Erstsprache	Fehlende Werte
Marxloh	2016	28%	45%	24%	0%
	2015	32%	53%	25%	0%
	2014	22%	31%	17%	20%
	2013	22%	27%	20%	11%
	2012	29%	33%	27%	25%
	2011	25%	44%	19%	20%
	2010	22%	29%	18%	33%

Quelle: Schuleingangsuntersuchung, Gesundheitsamt Stadt Duisburg

Tabelle 11: Schuleingangsuntersuchung – Zahngesundheit nach Erstsprache in Marxloh, 2010 - 2016

Gebiet	Jahr	Zahngesundheit (In Behandlung/ Arztüberweisung)			
		Kinder insgesamt	Erstsprache Deutsch	Andere Erstsprache	Fehlende Werte
Marxloh	2016	40	7	33	0
	2015	35	9	26	0
	2014	32	11	21	0
	2013	32	12	19	1
	2012	26	10	14	2
	2011	40	6	33	1
	2010	31	12	19	0

Gebiet	Jahr	Zahngesundheit (In Behandlung/ Arztüberweisung)			
		Kinder insgesamt	Erstsprache Deutsch	Andere Erstsprache	Fehlende Werte
Marxloh	2016	17%	15%	18%	0%
	2015	16%	15%	17%	0%
	2014	16%	16%	18%	0%
	2013	17%	17%	17%	11%
	2012	13%	14%	11%	25%
	2011	20%	12%	23%	10%
	2010	15%	18%	14%	0%

Quelle: Schuleingangsuntersuchung, Gesundheitsamt Stadt Duisburg

Tabelle 12: Schuleingangsuntersuchung – Übergewicht nach Erstsprache in Marxloh, 2010 – 2016

Gebiet	Jahr	Übergewicht (übergewichtig und adipös)			
		Kinder insgesamt	Erstsprache Deutsch	Andere Erstsprache	Fehlende Werte
Marxloh	2016	27	7	19	1
	2015	29	6	23	0
	2014	39	19	18	2
	2013	43	19	24	0
	2012	36	9	25	2
	2011	36	7	29	0
	2010	34	9	24	1

Gebiet	Jahr	Übergewicht (übergewichtig und adipös)			
		Kinder insgesamt	Erstsprache Deutsch	Andere Erstsprache	Fehlende Werte
Marxloh	2016	12%	15%	11%	25%
	2015	13%	10%	15%	0%
	2014	20%	28%	15%	20%
	2013	22%	27%	21%	0%
	2012	18%	13%	20%	25%
	2011	18%	13%	20%	0%
	2010	16%	13%	18%	11%

Quelle: Schuleingangsuntersuchung, Gesundheitsamt Stadt Duisburg

überwiegt, absolut betrachtet, in allen Jahren die Zahl der Kinder mit anderer Erstsprache mit überweisungsrelevanten Befunden.

Jährlich haben, bei aktuell rückläufiger Tendenz, zwischen etwa 10 % und 20 % der untersuchten Marxloher Kinder Übergewicht. Das gesamtstädtische Niveau der Kinder mit Übergewicht liegt etwas niedriger bei etwa 14 % bis 18 % (vgl. Tabelle 14). Sowohl bei Kindern mit deutscher als auch mit anderer Erstsprache ist die absolute Zahl der übergewichtigen Kinder seit 2010 leicht gesunken. Die absolute Zahl übergewichtiger Kinder bei Kindern mit anderer Erstsprache ist höher als bei Kindern mit deutscher Erstsprache, jedoch anteilig aktuell etwas geringer.

**ÜBERGEWICHT
LEICHT RÜCK-
LÄUFIG**

Die Teilnahmequoten der Früherkennungsuntersuchungen nehmen im Zeitverlauf zu. Damit folgt Marxloh dem gesamtstädtischen Trend der höheren Untersuchungsquoten (vgl. Tabelle 14). In Marxloh unterscheiden sie sich jedoch zwischen den Kindern, differenziert nach der Erstsprache. Kinder mit anderer Erstsprache nehmen nicht so häufig an einer Früherkennungsuntersuchung teil, wie Kinder mit deutscher Erstsprache. Auffällig ist jedoch, dass der Unterschied auch bei den beiden letzten Untersuchungen U 8 und U 9 bestehen bleibt. Auffällig ist zudem die im Zeitverlauf wachsende Spreizung der Teilnahmequoten.

**SPREIZUNG DER
TEILNAHMEQUO-
TEN NACH ERST-
SPRACHE**

Tabelle 13: Schuleingangsuntersuchung – Früherkennungsuntersuchung nach Erstsprache in Marxloh, 2010 - 2016

Gebiet	Jahr	U 3 bis U 6 komplett		U 1 bis U 7 komplett		U8 und U9 komplett	
		Erstsprache Deutsch	Andere Erstsprache	Erstsprache Deutsch	Andere Erstsprache	Erstsprache Deutsch	Andere Erstsprache
Marxloh	2016	93%	72%	89%	69%	84%	70%
	2015	91%	70%	91%	66%	91%	77%
	2014	83%	79%	82%	76%	88%	85%
	2013	80%	84%	77%	81%	94%	88%
	2012	77%	81%	74%	74%	87%	80%
	2011	80%	82%	76%	71%	85%	73%
	2010	85%	83%	80%	71%	67%	65%

Quelle: Schuleingangsuntersuchung, Gesundheitsamt Stadt Duisburg

Tabelle 14: Schuleingangsuntersuchung - ausgewählte Befunde in Duisburg 2010 - 2016

Gebiet	Jahr	Untersuchte Kinder	Sprach- und Sprechstörung (In Behandlung/ Arztüberweisung)	Zahngesundheit (In Behandlung/ Arztüberweisung)	Übergewicht (übergewichtig und adipös)	U3 bis U6 komplett	U1 bis U7 komplett	U8 und U9 komplett
Duisburg	2016	4.303	29%	13%	14%	90%	88%	86%
	2015	4.214	28%	12%	14%	90%	88%	87%
	2014	4.281	24%	13%	17%	88%	86%	88%
	2013	4.021	20%	10%	17%	87%	83%	91%
	2012	3.962	22%	9%	18%	86%	81%	88%
	2011	4.194	22%	12%	17%	88%	82%	78%
	2010	4.315	19%	8%	15%	88%	81%	74%

Quelle: Schuleingangsuntersuchung, Gesundheitsamt Stadt Duisburg

2.8 HOHER ANSTIEG DER SEITENEINSTEIGER

HOHER ANSTIEG DER SEITENEINSTEIGER

Neben der Gruppe der Kinder, die über die Schuleingangsuntersuchung erfasst werden, spielt die Gruppe der Seiteneinsteiger, die während der Schulzeit neu zugewandert sind, in Marxloh eine zunehmende Rolle. Über die schulärztliche Untersuchung der Seiteneinsteiger können diese, nach Altersgruppen und Herkunft unterschieden, beobachtet werden. In der Regel sind Seiteneinsteiger bei der Untersuchung durchschnittlich 11,5 Jahre alt. Die Zahl der Seiteneinsteiger bis 10 Jahre hat in Marxloh von 2010 mit 17 Kindern bis 2016 mit 188 Kindern extrem stark zugenommen und ist fast ebenso hoch wie die Zahl der Kinder bei den Schuleingangsuntersuchungen. Betrachtet man alle Altersgruppen, so ist die Zahl insgesamt in diesem Zeitraum von 45 auf 442 Kindern angestiegen. Nach den Herkunftsländern der Seiteneinsteiger betrachtet, kommen die meisten aus Bulgarien und Rumänien. Seit 2016 hat mit der Fluchtwanderung die Zahl der Kinder aus Syrien stark zugenommen und macht etwa ein Viertel der Seiteneinsteiger aus.

Tabelle 15: Seiteneinsteiger nach Herkunftsländern in Marxloh, 2010 - 2016

Gebiet	Jahr	Seiteneinsteiger - Herkunft					
		Bulgarien	Rumänien	Syrien	Afghanistan	Sonstige	insgesamt
Marxloh	2016	143	86	115	18	80	442
	2015	132	133	27	15	71	378
	2014	62	85	-	-	27	174
	2013	49	35	2	-	11	97
	2012	15	14	-	-	14	43
	2011	34	8	5	-	8	55
	2010	19	9	-	-	17	45

Quelle: Äskulab, Gesundheitsamt Duisburg

Tabelle 16: Seiteneinsteiger nach ausgewählten Befunden in Marxloh, 2010 - 2016

Gebiet	Jahr	Seiteneinsteiger - Befunde			
		Übergewicht/ Adipositas	Zahngesundheit -		
			Karies	Sehen	Hören
Marxloh	2016	71	180	74	14
	2015	67	170	37	14
	2014	24	62	22	7
	2013	16	46	15	2
	2012	9	17	6	1
	2011	11	22	7	1
	2010	13	16	5	1

Quelle: Äskulab, Gesundheitsamt Duisburg

Tabelle 17: Seiteneinsteiger nach ausgewählten Befunden (%) in Marxloh, 2010 - 2016

Gebiet	Jahr	Seiteneinsteiger - Befunde in %			
		Übergewicht/ Adipositas	Zahngesundheit -		
			Karies	Sehen	Hören
Marxloh	2016	16%	41%	17%	3%
	2015	18%	45%	10%	4%
	2014	14%	36%	13%	4%
	2013	16%	47%	15%	2%
	2012	21%	40%	14%	2%
	2011	20%	40%	13%	2%
	2010	29%	36%	11%	2%

Quelle: Äskulab, Gesundheitsamt Duisburg

Bei den Befunden der Seiteneinsteiger zeigt sich keine auffällige Entwicklung beim Übergewicht. Bei der Zahngesundheit sind deutlich stärkere Befunde mit fast bis zur Hälfte der Kinder mit Karies zu beobachten, wobei der Alterseffekt der Seiteneinsteiger nicht herausgerechnet werden kann und somit nur bedingt mit der Schuleingangsuntersuchung vergleichbar ist. Der Handlungsbedarf wird dennoch sichtbar. Die weiteren Befunde zeigen, dass die Auffälligkeiten beim Sehen relativ und absolut stark zugenommen haben.

**AUFFÄLLIGKEITEN
INSBESONDERE
BEI ZAHNGESUND-
HEIT**

2.9 UNZUREICHENDE BETREUUNGS- UND BILDUNGS-SITUATION IN MARXLOH

UNTERDURCH-SCHNITTliche BETREUUNGS-SITUATION

Die Betreuungssituation durch Kindergartenangebote in Marxloh ist bisher noch stark unterdurchschnittlich. Der gestiegene Kinderreichtum konnte bisher nur unzureichend durch Betreuungsangebote bedient werden. Entsprechend rückläufig entwickeln sich die Betreuungsquoten. Zwei neue Kindergärten sind zum Zeitpunkt der Erarbeitung der Studie noch im Bau, um die Engpässe künftig zu verringern.

Die Betreuungsquote im Bereich Ü3 liegt in Marxloh 2016 bei rund 63 %, etwa ein Drittel niedriger als im gesamtstädtischen Durchschnitt von rund 96 %. Im U3-Bereich reicht das Versorgungsangebot einschließlich der Angebote in der Kindertagespflege in Marxloh nur für eine Quote von 18 %. Die gesamtstädtische Vergleichsquote liegt zweieinhalbfach bei rund 44 %.

Da Marxloher Kinder sowohl außerhalb von Marxloh in Einrichtungen betreut werden können, als auch Kinder von außerhalb in Marxloher Einrichtungen betreut werden können, ist die Betreuungsquote nur ein Näherungswert. Im benachbarten Ortsteil Röttgersbach gibt es vergleichsweise hohe Betreuungsquoten bei U3 (64 %) sowie weit über

Tabelle 18: Kindertagesbetreuung in Marxloh und Duisburg, 2010 - 2016

Gebiet	Kinder-gartenjahr	Plätze in Kitas insgesamt	Plätze in Kitas 0 bis unter drei Jahre	Plätze in Kitas drei bis unter sechs Jahre	Plätze in KTP 0 bis unter 3 Jahre*	Ü3-Betreuungs- quote anhand der angebotenen Plätze in Kitas	U3-Betreuungs- quote anhand der angebotenen Plätze in Kitas**	Anteil Kinder, die in der Familie vorrangig eine nicht deutsche Sprache sprechen
Marxloh	2016/17	599	68	531	52	62,4%	18,2%	78,1%
	2015/16	556	78	478	54	59,7%	24,4%	-
	2014/15	502	54	448	33	60,5%	16,3%	-
	2013/14	530	47	483	-	78,4%	8,3%	-
	2012/13	550	47	503	-	87,2%	7,9%	-
	2011/12	548	42	506	-	86,9%	7,9%	-
	2010/11	521	22	499	-	84,1%	7,9%	73,1%
Duisburg	2016/17	14.948	2.270	12.678	1.837	96,27%	43,9%	42,9%
	2015/16	14.610	2.245	12.365	1.752	96,59%	45,4%	-
	2014/15	14.569	2.317	12.252	1.364	96,40%	42,3%	-
	2013/14	13.991	2.037	11.954	-	96,35%	17,8%	-
	2012/13	13.827	1.798	12.029	-	97,19%	15,8%	-
	2011/12	13.695	1.622	12.073	-	97,23%	15,0%	-
	2010/11	13.446	1.132	12.314	-	98,76%	14,7%	42,3%

* Seit dem 01.08.2014 werden die Plätze in Tagespflege erfasst

** Betreuungsquote ab 2014/15 anhand der angebotenen Plätze in Kitas und KTP

Quelle: Stadt Duisburg, Jugendamt, KiBiz-web

Tabelle 19: Inanspruchnahme von Leistungen für Bildung und Teilhabe in Marxloh und Duisburg, 2015 und 2016

Gebiet	Jahr	Anzahl Inanspruchnahme BuT			Kinder in Bedarfsgemeinschaften			Inanspruchnahmequoten		
		Unter 3 Jahren	Unter 6 Jahren	Unter 15 Jahren	Unter 3 Jahren	Unter 6 Jahren	Unter 15 Jahren	Unter 3 Jahren	Unter 6 Jahren	Unter 15 Jahren
Marxloh	2015	2	13	124	391	798	1.971	0,5%	1,6%	6,3%
	2016	4	8	131	469	907	2.230	0,9%	0,9%	5,9%
Duisburg	2015	68	338	1.924	4.112	8.370	20.170	1,7%	4,0%	9,5%
	2016	74	427	2.342	4.753	9.397	22.177	1,6%	4,5%	10,6%

Quelle: Amt für Soziales und Wohnen, Stadt Duisburg

100 % im Ü3-Bereich, was auf den Besuch auswärtiger Kinder aus Marxloh schließen lässt. Nach Angaben des Jugendamtes liegen die tatsächlichen Betreuungsquoten für Kinder aus Marxloh bei 23 % im Ü3-Bereich und 71 % im Ü3-Bereich.

Eine zentrale bundesweite Präventionsleistung stellt das Angebot des Bildungs- und Teilhabepakets dar. Ausgehend von der größten Gruppe der Inanspruchnahmeberechtigten, der Kinder in Bedarfsgemeinschaften (in Marxloh 2016 rund 2.200 Kinder unter 15 Jahren) ist die tatsächliche Inanspruchnahme mit unter 6 % sehr niedrig. In diese geringe Quote ist die große Zahl an Kindern in Marxloh in extremer Armut noch nicht miteingerechnet. Im gesamtstädtischen Vergleich liegt die Quote der Inanspruchnahme in Marxloh trotz der sehr großen Bedarfslagen bei nur etwa der Hälfte der gesamtstädtischen Vergleichsquote.

**BILDUNGS- UND
TEILHABELEIS-
TUNGEN KAUM
GENUTZT**

Gründe und Erklärungen für diese gravierende Fehlallokation eines der möglichen Unterstützungsangebote in Marxloh werden in den Erfahrungen der Akteure vor Ort erläutert.

Sowohl die Gymnasialempfehlungen als auch die tatsächlichen Gymnasialübergänge aus den Grundschulen in Marxloh unterscheiden sich stark vom gesamtstädtischen Durchschnitt. In Marxloh erreichen 13 % der Grundschulabgänger eine Gymnasialempfehlung (40 % eine Hauptschulempfehlung) und 19 % wechseln zum Gymnasium. Im Duisburger Durchschnitt erhalten 30 % der Kinder eine Gymnasialempfehlung (21 % eine Hauptschulempfehlung) und 35 % der Kinder wechseln auf das Gymnasium. Damit unterscheiden sich die Rahmenbedingungen einer erfolgreichen Bildungsqualifizierung in Marxloh deutlich von denen der Duisburger Kinder insgesamt. Zudem haben sich die Rahmenbedingungen im Zeitverlauf verschlechtert. Dies spiegelt sich auch in der im Zeitverlauf seit 2010

**SCHLECHTE
RAHMENBEDIN-
GUNGEN FÜR
SCHULISCHE
QUALIFIZIERUNG**

Tabelle 20: Empfehlungsquote für Übergänge zur Sekundarstufe in Marxloh und Duisburg, Summe Schuljahre 2014 - 2016

Gebiet	Schuljahre	Empfehlungsquote				
		Gymnasium	Realschule bedingt Gymnasium	Empfehlung Realschule	Hauptschule bedingt Realschule	Hauptschule
Marxloh	2014-2016	13%	8%	28%	9%	40%
Duisburg	2014-2016	30%	10%	30%	8%	21%

Quelle: IT.NRW - Aufbereitung und Zuteilung zu den Ortsteilen: Amt für Schulische Bildung Stadt Duisburg

Tabelle 21: Tatsächliche Übergangsquoten zur Sekundarstufe in Marxloh und Duisburg, Summe Schuljahre 2014 - 2016

Gebiet	Schuljahre	Übergangsquote				
		Gymnasium	Gesamt- schule	Realschule	Hauptschule	Sekundar- schule
Marxloh	2014-2016	19%	52%	16%	6%	6%
Duisburg	2014-2016	35%	44%	11%	2%	7%

Quelle: IT.NRW - Aufbereitung und Zuteilung zu den Ortsteilen: Amt für Schulische Bildung Stadt Duisburg

leicht gestiegenen Übergangsquote zur Hauptschule bei gleichzeitig leicht sinkender Übergangsquote zum Gymnasium wider.

UNBESCHULTE KINDER IM SCHUL- ALTER

Zu den gravierenden Problemen in Marxloh zählen die gegenwärtig nicht beschulten Kinder, die es nach den Aussagen der unterstützenden Träger vor Ort auch im Grundschulalter gibt. Eine erfasste Zahl nicht beschulter Kinder aus Marxloh im Grundschulalter liegt nicht vor. Annäherungsweise ermöglicht eine statistisch berechnete Beschulungsquote einen Vergleich der Situation in Marxloh mit der Gesamtstadt. Betrachtet man die Zahl der Schüler in den Grundschulen in Marxloh sowie die Zahl der Kinder in den vier Altersjahren 6 bis 9 Jahre zeigt sich im Zeitverlauf in Marxloh eine Verringerung der Beschulungsquote von rund 98 % in 2010 auf etwa 82 % in 2016. Die gesamtstädtische Vergleichsquote entwickelt sich von über 100 % in 2010 auf etwa 94 %. Die fehlende Differenz gibt im Zeitverlauf einen Hinweis auf die schulischen Engpässe, kann jedoch nicht als Zahl unbeschulter Kinder betrachtet werden.

Analog zur Betreuungssituation gibt es Kinder, die Grundschulen außerhalb von Marxloh besuchen, als auch Kinder die von außerhalb Marxloher Grundschulen besuchen könnten. Um die schulischen Engpässe in Marxloh zu kompensieren, werden Grundschulkinder aus Marxloh mit Bussen in Grundschulen anderer Stadtteile gefahren, um Schulbesuche zu ermöglichen. Genannt werden bei dieser stark schwankenden Zahl etwa 90 Kinder aus Marxloh (rund 8 % der Kinder). Hinzu kommt,

dass in Marxloh mit rd. 30 % überdurchschnittlich viele sechsjährige Kinder (nach dem Einschulungstichtag) noch eine Kindertagesstätte besuchen (gesamstädtisch rd. 10 %). Auch die enorm hohe Fluktuation der EU Zuwanderer erschwert verlässliche statistische Auswertungen. Jedoch wird auch unter Berücksichtigung dieser Sonderfaktoren bei weitem keine 100 %-ige Beschulungsquote herleitbar. Nicht beschulte Kinder im Grundschulalter gehören in Marxloh somit zur aktuellen Lebenssituation vieler Familien.

2.10 HOHE FLUKTUATION MIT RÜCKLÄUFIGER WOHNDAUER IN MARXLOH

2010 betrug der Anteil Erwachsener, die seit mind. 20 Jahren in Marxloh wohnten, noch fast zwei Drittel und entsprach damit fast dem gesamstädtischen Vergleichswert. Diese Gruppe ist in Marxloh rapide auf etwa die Hälfte in 2016 zurückgegangen. Gesamstädtisch geht diese Gruppe nur geringfügig zurück. Dagegen steigt die Gruppe der Einwohner mit einer Bleibedauer von unter 3 Jahren von etwa 12 % auf rund 23 % kontinuierlich stark an. Nach der Wohndauer polarisiert sich die Bewohnerzusammensetzung in Marxloh im Zeitverlauf.

GERINGE WOHNDAUER

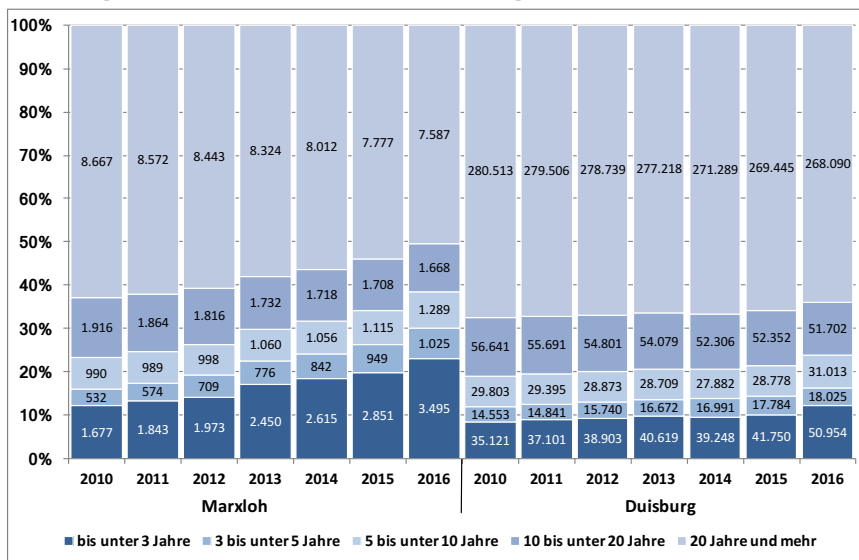
Der hohe Anteil mit geringer Bleibedauer in Marxloh wird besonders durch die Zuwanderung rumänischer und bulgarischer Personen erzeugt. Der Anteil rumänischer Personen mit einer Bleibedauer unter 6 Monate lag zwischenzeitlich bei über 50 % und aktuell bei 25 %. Der Anteil mit einer Bleibedauer von mind. 2 Jahren ist von 11 % auf 28 % gestiegen.

HOHE FLUKTUATION BEI EU II-ZUWANDERERN

Die Fluktuation bei bulgarischen Personen in Marxloh ist weitaus geringer. Bei den Bulgaren leben 45 % in 2016 länger als 2 Jahre in Marxloh. Auch gesamstädtisch unterscheidet sich die Bleibedauer zwischen den Nationalitäten, vor allem aber auch im Vergleich zu Marxloh. Gesamstädtisch gibt es höhere Bleibedauern, was die besonderen Herausforderungen Marxlohs als Übergangsquartier unterstreicht.

Die Wohnungsmarktsituation in Marxloh wird als Auslöser der hohen Zuzugszahlen der Haushalte, die auf preiswerte Wohnangebote angewiesen sind, gesehen. Der formelle Wohnungsmarkt, d.h. die Wohnungsangebote, die öffentlich inseriert bzw. öffentlich zugänglich sind, verdeutlichen das Preisgefälle zur Gesamtstadt. Inserierte Angebote in Marxloh lagen 2012 mit rund 4,30 €/m² noch etwa 15 % unter dem städtischen Durchschnitt. Sowohl die Mieten in Marxloh als auch ge-

PREISWERTES FORMELLES WOHNANGEBOT UND UN DURCHSICHTIGER INFORMELLER MARKT IN MARXLOH

Abbildung 4: Wohndauer in Marxloh und Duisburg, 2010 - 2016

Quelle: Stabsstelle für Wahlen, Europaangelegenheiten und Informationslogistik der Stadt Duisburg.

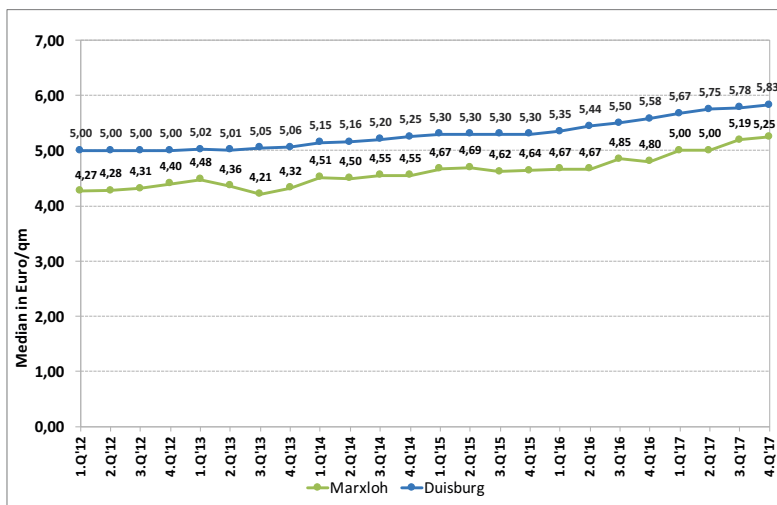
Tabelle 22: Wohndauer der EU II-Zuwanderer in Marxloh und Duisburg in %, 2010 - 2016

Gebiet	Jahr	Rumänen				Bulgaren			
		bis unter 6 Monate	6 bis unter 12 Monate	12 bis unter 24 Monate	24 und mehr Monate	bis unter 6 Monate	6 bis unter 12 Monate	12 bis unter 24 Monate	24 und mehr Monate
Marxloh	2016	25%	19%	29%	28%	18%	13%	24%	45%
	2015	37%	18%	20%	26%	22%	16%	18%	44%
	2014	27%	18%	32%	23%	23%	13%	21%	43%
	2013	54%	18%	18%	10%	19%	17%	24%	40%
	2012	47%	23%	17%	14%	24%	14%	34%	28%
	2011	44%	28%	17%	11%	30%	24%	24%	22%
Duisburg	2016	23%	19%	24%	35%	15%	13%	21%	51%
	2015	29%	20%	21%	30%	18%	14%	17%	51%
	2014	31%	17%	26%	25%	18%	12%	17%	53%
	2013	47%	20%	17%	16%	14%	13%	25%	48%
	2012	29%	25%	21%	24%	20%	15%	26%	39%
	2011	34%	21%	20%	25%	26%	16%	29%	30%

Quelle: Stabsstelle für Wahlen, Europaangelegenheiten und Informationslogistik der Stadt Duisburg

samtstädtisch sind seither gestiegen, in Marxloh von 2012 auf 2017 um rund 23 % im Mittel auf etwa 5,20 €/m². Das Mietgefälle von Marxloh gegenüber der Gesamtstadt ist dabei rückläufig und beträgt noch etwa 10 %. Der Preisvorteil von Marxloh als preiswerter Wohnstandort im städtischen Vergleich hat sich über die vergangenen Jahre somit verringert.

Der informelle Wohnungsmarkt, der gerade die Familien in extremer Armut bedient, da diese auf dem formellen Wohnungsmarkt ohne Er-

Abbildung 5: Entwicklung des Mietniveaus* in Marxloh und Duisburg seit 2012

*Monatliche Nettokaltmiete öffentlich inserierter Mietwohnungsangebote (Median in Euro/qm);

Quelle: empirica-Preisdatenbank (Basis: empirica-systeme.de)

werbsnachweis chancenlos sind, kann nicht mit üblichen Instrumenten beobachtet werden. Eine Einschätzung hierzu ist auf die punktuellen Infos von Akteuren vor Ort, insbesondere von unterstützenden Trägern, angewiesen. Diese berichten zum Teil von extremen Mietforderungen bei gleichzeitig desolaten Wohnstandards und ausnutzenden Praktiken. Ein systematischer Überblick besteht bisher nicht.

2.11 GERINGE ERWERBSBETEILIGUNG UND POLITISCHE TEILHABE

Die Arbeitslosendichte (SGB II und SGB III) der Personen im erwerbsfähigen Alter ist 2016 in Marxloh mit rund 17 % fast doppelt so hoch wie im gesamtstädtischen Durchschnitt. Die Arbeitslosendichte bleibt dabei über die Jahre seit 2010 sowohl gesamtstädtisch als auch in Marxloh auffällig stabil. Bezogen auf die ausländischen Einwohner steigt die Arbeitslosendichte in Marxloh 2016 leicht an auf rund 19 % (gegenüber der Gesamtstadt mit rund 15 %).

HOHE ARBEITSLOSIGKEIT

Der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter in einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung liegt in Marxloh bei einem Drittel, im Vergleich zu Gesamtstadt mit etwa der Hälfte. Auch hier bleiben die Anteile im Zeitverlauf seit 2010 weitgehend konstant bzw. nehmen gesamtstädtisch leicht zu. Bei den ausländischen Personen liegt der An-

Tabelle 23: Wahlbeteiligung zur Bundestagswahl 2017 in Marxloh und Duisburg

Gebiet	Jahr	Einwohner 18 Jahre und älter (31.12.2016)	davon Wahlberechtigte	Anteil Wahlberechtigte an volljähriger Bevölkerung	Wahlbeteiligung (Wahlberechtigte)	Wahlbeteiligung (auf Volljährige insgesamt)
Marxloh*	2017	15.027	5.056	33,6%	37,3%	12,6%
Duisburg*	2017	417.533	328.202	78,6%	52,6%	41,3%

* ohne Briefwahl

Quelle: Stabsstelle für Wahlen, Europaangelegenheiten und Informationslogistik der Stadt Duisburg

Tabelle 24: Wahlbeteiligung zur Oberbürgermeisterwahl 2017 in Marxloh und Duisburg

Gebiet	Jahr	Einwohner 16 Jahre und älter (31.12.2016)	davon Wahlberechtigte	Anteil Wahlberechtigte an Einwohnern 16 Jahre und älter	Wahlbeteiligung (Wahlberechtigte)	Wahlbeteiligung (an Einwohnern 16 Jahre und älter)
Marxloh*	2017	15.665	8.893	56,8%	22,9%	13,0%
Duisburg*	2017	427.804	365.646	85,5%	48,4%	41,4%

* ohne Briefwahl

Quelle: Stabsstelle für Wahlen, Europaangelegenheiten und Informationslogistik der Stadt Duisburg

teil in Marxloh mit leicht rückläufiger Tendenz bei unter einem Viertel, in der Gesamtstadt mit ebenfalls leicht rückläufiger Tendenz bei rund 30 %.

Die Wahlbeteiligung als Ausdruck politischer Teilhabe ist in Marxloh sehr gering. Das liegt einerseits an der fehlenden Wahlberechtigung vieler Volljähriger aber vor allem an der geringen Beteiligung der Wahlberechtigten. Zur vergangenen Bundestagswahl berechtigt war in Marxloh nur ein Drittel der erwachsenen Bevölkerung. Davon haben nur etwa 37 % Gebrauch (und damit deutlich weniger als im gesamtstädtischen Durchschnitt von 52,6 %) gemacht, so dass letztlich nur knapp mehr als jeder Zehnte Erwachsene beteiligt war.

Allerdings führt ein größerer Anteil Wahlberechtigter nicht automatisch zu einer höheren Wahlbeteiligung. Zur Oberbürgermeisterwahl waren einschließlich der EU-Bürger und jüngeren Wähler etwa 57 % der Marxloher berechtigt. Die Wahlbeteiligung der Wahlberechtigten lag mit nur 23 % bei weniger als der Hälfte des gesamtstädtischen Vergleichswerts, so dass im Endeffekt die Wahlbeteiligung gemessen an allen Einwohner der Altersgruppe trotz mehr Wahlberechtigter nicht höher war als im Vergleich zur Bundestagswahl.

3. ZIELGRUPPEN UND FAMILIENTYPEN IN BEZUG AUF VULNERABILITÄT UND UNTERSTÜTZUNGSBEDARFE

In Marxloh lebten 2016 nach Auswertung auf Basis von Meldedaten rd. 2.500 Familienhaushalte mit rd. 4.450 Kindern unter 15 Jahren, darunter mehr als die Hälfte Kinder ohne deutsche Staatsangehörigkeit und fast 90 % mit Migrationshintergrund. Die nachfolgende statistische Gruppierung gibt einen Überblick unterschiedlicher Familientypen.

- » Nach der in Kap 2.6 beschriebenen Herangehensweise leben geschätzt etwa 820 bis etwa 940 Kinder (etwa 18 % bis 21 % der Kinder unter 15 Jahren) in Marxloh in extremer Armut. Die Familien verfügen über kein oder nur geringes Erwerbseinkommen aus prekären Beschäftigungsverhältnissen, haben jedoch keinen Anspruch auf Leistungen des SGB II oder SGB XII. Nach den Erfahrungen vor Ort bestehen für Kinder dieser Gruppe die größten Entwicklungsrisiken durch schlechte Wohnverhältnisse, einen mangelnden Zugang zu Gesundheitsleistungen, die mangelnden Betreuungs- und Bildungsangebote aber auch durch eine geringe Förderung in den Familien. Daraus resultieren für die Familien die größten Unterstützungsbedarfe, die auch aus dem fehlenden Zugang zu den Leistungssystemen verstärkt werden. Gleichzeitig erfordern der Zugang zu den Familien und die Sensibilisierung dieser Familien für präventive Themen bisher einen großen Aufwand, zumal existenzielle Notlagen im Vordergrund stehen.

**ETWA EIN FÜNFTEL
DER KINDER
LEBT IN
EXTREMER ARMUT**

- » 2.230 Kinder unter 15 Jahren leben in Marxloh in Bedarfsgemeinschaften des SGB II. Dies macht fast exakt die Hälfte der Kinder in der Altersgruppe aus. Zusammen mit den Kindern in extremer Armut prägen die Lebenslagen der Kinderarmut mit etwa 71 % den Großteil aller Kinder in Marxloh. Kinder in Marxloh wachsen somit mit dem Verständnis auf, dass Armutslagen eine Normalität darstellen. Unter den Kindern in Bedarfsgemeinschaften machen die Kinder aus Rumänien und Bulgarien etwa ein Drittel aus. Gegenüber den Familien in extremer Armut sind existenzielle Notlagen hier weitgehend gemildert, z. B. durch den Leistungsanspruch, den Anspruch auf Kosten der Unterkunft und den Zugang zur gesetzlichen Krankenkasse. Jedoch wird auch für diese Gruppe von Familien trotz Kostenübernahme des Jobcenters von desolaten Wohnverhältnissen berichtet, ebenso von einer mangelnden Sensibilisierung für Prävention und frühkindliche Bildung.

**DIE HALFTE DER
KINDER LEBT IN
BEDARFGEMEIN-
SCHAFTEN DES
SGB II**

**ANSTIEG DER
KINDER MIT
FLUCHTHINTER-
GRUND**

- » Die Zahl der Kinder unter 15 Jahren, die in Marxloh als Asylfälle erfasst sind, ist seit 2012 (12 Kinder) über 2013 (27 Kinder) und 2014 (57 Kinder) bis auf den Höchststand 2015 (184 Kinder) gestiegen und liegt 2016 bei 148 Kindern und somit bei rd. 3,3 % dieser Altersgruppe in Marxloh. Wie hoch der Anteil der Kinder mit Fluchthintergrund in den Bedarfsgemeinschaften des SGB II ist, kann nicht mehr erfasst werden. Mit zunehmender Zahl der Anerkennungen steigt auch der Anteil der Kinder, deren Familien die Systeme wechseln und nicht mehr über die Statistik des Asylbewerberleistungsgesetzes beobachtet werden. Unter den beobachtbaren Kindern mit Fluchthintergrund stammen jeweils knapp über 20 Kinder aus Afghanistan und Syrien und die übrigen verteilen sich auf zahlreiche andere Nationen. Über die Bleibeperspektiven dieser Kinder bzw. Familien in Marxloh liegen keine differenzierten Informationen vor. Einrichtungen und Angebote vor Ort zielen nun auch auf diese heterogene Gruppe Kinder und Eltern und müssen damit auch mit weiteren Muttersprachen umgehen.

**ETWA 22 % ALLEIN-
ERZIEHENDE**

- » Etwa 22 % der Familienhaushalte in Marxloh sind alleinerziehend. Finanzielle Engpässe und zeitlicher Stress kumulieren hier erfahrungsgemäß besonders stark. In den Gesprächen vor Ort werden Alleinerziehende auch als Zielgruppe beschrieben. Vor den großen Herausforderungen der rumänischen und bulgarischen Familien, die nach den Einschätzungen seltener alleinerziehend sind, treten die spezifischen Anforderungen an diese Familienhaushalte eher in den Hintergrund.

**ETWA EIN VIERTEL
DER MÜTTER BEI
GEBURT HÖCHSTENS
22 JAHRE**

- » Junge Mutterschaften, d.h. bis zu einem Alter der Mütter bei Geburt von 22 Jahren, machen in Marxloh jährlich etwa ein Viertel der Geburten aus. Im gesamtstädtischen Vergleich liegt der Anteil bei nur 12 %. Im Zeitverlauf hat Marxloh hierbei auch eine entgegengesetzte Entwicklung (Anstieg des Anteils junger Mütter) zur Gesamtstadt (Rückgang des Anteils junger Mütter). Unter den jungen Mutterschaften liegt der Anteil der bei Geburt minderjährigen Mütter in Marxloh gegenwärtig fast bei einem Fünftel. Hinzu kommen jedoch die zweiten oder späteren Geburten junger Frauen, die bei ihrem ersten Kind minderjährig waren. Insofern ist die gesamte Gruppe minderjähriger Erstgebärender über mehrere Jahre deutlich größer und in Marxloh in den vergangenen Jahren gewachsen. Der Großteil der minderjährigen Mütter ist nach den Erfahrungen vor Ort rumänischer oder bulgarischer Herkunft.

Tabelle 25: Geburten nach Herkunft und Alter der Mütter in Marxloh und Duisburg, 2010 - 2016

Gebiet	Jahr	Geburten insgesamt	Geburten je 1.000 EW	Herkunft der Mütter		Alter der Mütter		
				Deutsch	Ausländisch	Unter 23 Jahre	23 Jahre und älter	Anteil Mütter unter 23 Jahre
Marxloh	2016	276	13,5	89	187	69	207	25%
	2015	261	13,2	112	149	61	200	23%
	2014	248	13,1	123	125	57	191	23%
	2013	204	11,6	102	102	45	159	22%
	2012	190	10,8	117	73	54	136	28%
	2011	192	10,9	120	72	48	144	25%
	2010	221	12,8	147	74	46	175	21%
Duisburg	2016	4.952	9,9	3.021	1.931	595	4.357	12%
	2015	4.494	9,1	3.256	1.238	524	3.970	12%
	2014	4.355	8,9	3.381	974	528	3.827	12%
	2013	4.132	8,5	3.231	901	550	3.582	13%
	2012	4.052	8,3	3.257	795	583	3.469	14%
	2011	4.084	8,4	3.268	816	624	3.460	15%
	2010	4.172	8,5	3.394	778	650	3.522	16%

Quelle: Stabsstelle für Wahlen, Europaangelegenheiten und Informationslogistik der Stadt Duisburg

Eine kleine und zunehmend kleiner werdende Gruppe in Marxloh sind Familien mit und ohne Migrationshintergrund mit Kindern unter 15 Jahren in stabilen Lebenslagen außerhalb von Transfereinkünften. Je jünger die Kinder sind, desto geringer ist der Anteil dieser Gruppe. Geschätzt dürfte der Anteil bei maximal einem Viertel liegen.

4. QUERSCHNITTSAUFGABE „VERMEIDUNG PREKÄRER LEBENSITUATIONEN“ FÜR FAMILIEN IN EXTREMER ARMUT

Die beiden folgenden Abschnitte zu den Querschnittsaufgaben sowie den lebensphasenbezogenen Ausgangssituationen und Handlungsbedarfen in Marxloh basieren auf Interviews, die mit lokalen Experten vor Ort geführt wurden. Die Erfahrungen und Beschreibungen der lokalen Praktiker wurden entsprechend im Querschnitt in den Analysen sowie den resultierenden Handlungsanforderungen zusammengefasst.

4.1 HINTERGRUND

Die starke Fluktuation mit hoher Zuwanderung und zum Teil hoher Abwanderung führt in Marxloh zu einer landes- wie bundesweiten Ausnahmesituation der Konzentration und kontinuierlichen Neuankunft von bulgarischen und rumänischen Familien. Ein großer Teil der Kinder (etwa 18 % bis 21 % der unter 15-Jährigen in Marxloh) lebt in Familien in extremer Armut, ohne Anspruch auf Transferleistungen des SGB II und daran geknüpften Leistungen wie die Kosten der Unterkunft oder einer gesetzlichen Krankenversicherung. Unklar ist die Einkommenssituation dieser Familien, z. B. durch selbständige Arbeiten in verschiedenen Branchen. Von den Experten wird berichtet, dass für viele Familien das Einkommen aus Kindergeld eine zentrale Einkommensquelle darstellt.

4.2 GESUNDHEITSVERSORGUNG

Der fehlende Krankenversicherungsschutz von Müttern bzw. werdenden Müttern sowie Kindern steht dem Ansatz einer kommunalen Prävention diametral entgegen. Im Rahmen der Expertengespräche konnte keine detaillierte Aufarbeitung der juristischen wie auch administrativen Praxis erfolgen. Jedoch wurde aus Sicht unterschiedlicher Gesprächspartner die gegenwärtige Situation der medizinischen Versorgung von Kindern ohne Krankenversicherung folgendermaßen dargestellt:

Medizinische Versorgung von Kindern

- » Häufig werden Kinder ohne Krankenversicherung in der Kindernotfallambulanz der Helios Klinik behandelt. Die Fallzahlen der behandelten Kinder übersteigen nach Auskunft der Klinik mehrfach die Fallzahl der behandelten Kinder in der Migrantenambulanz.

- » Die behandelten Kinder ohne Krankenversicherung haben im Vergleich sehr schwere Krankheitsbilder („es sind Krankheitsbilder, die man hier sonst nicht mehr sieht“). Die Kinder werden meist erst in einem sehr späten Stadium der Krankheiten in die Notfallambulanz gebracht.
- » Die erforderliche Behandlung ist daher in den meisten Fällen intensiver, bis hin zur stationären Aufnahme.
- » Meist fehlen Impfungen und Vorsorgen bei den behandelten Kindern. Mit entsprechenden Impfungen und Vorsorgen gäbe es gerade bei den Infektionskrankheiten nicht die gravierenden Verläufe.
- » Fehlende Impfungen haben auch 2017 zum Ausbruch der Masernepidemie in Duisburg geführt. Betroffen waren vor allem Kinder und Jugendliche sowie Säuglinge (295 gemeldeten Masernfälle im Mai 2017) aus Rumänien und Bulgarien. Dies war auch Auslöser u.a. für mobile Impfkaktionen und Impfkaktionen an Duisburger Schulen.
- » Auch im Vergleich zu Kindern aus Familien im Asylbewerberleistungsgesetz unterscheiden sich die bulgarischen und rumänischen Kinder deutlich. Mit Ausnahme der Krankheiten, die vor der Einreise nach Deutschland entstanden sind und damit mitgebracht wurden, ist die Situation wesentlich besser. Bei diesen Kindern werden die Krankheiten meist nicht verschleppt.
- » In der Migrantenambulanz (mit eingeschränkten Öffnungszeiten, Sprechstunde 1x wöchentlich für Duisburg insgesamt und sehr hoher Inanspruchnahme) können kostenlos die verpflichtenden Vorsorgeuntersuchungen der Kinder durchgeführt werden. Die nun zentralstädtische Lage erfordert es, dass Eltern mit Kindern aus Marxloh zum Angebot fahren müssen, was für viele Familien auch eine finanzielle Hürde darstellt.
- » Auch unabhängig von der Krankenversicherung gibt es bei Familien oft ein mangelndes medizinisches Vorsorgeverständnis. Z. B. erschließt sich häufig erst nach Klärung und Vermittlung, warum auch für gesunde Kinder ein medizinischer Vorsorgebesuch wichtig ist.

Medizinische Versorgung von (werdenden) Müttern

- » Ein gravierendes Problem ist, dass viele Frauen ohne Krankenversicherung erstmals unter der Geburt einen medizinischen Kontakt

haben. Dies bedeutet, dass diese Frauen im Vorfeld keine Untersuchungen hatten. Unter der Geburt bedeutet auch, dass die Frauen nicht komplett medizinisch untersucht werden, da die Geburt im Vordergrund steht. In der Regel gehen die Frauen anschließend wieder nach Hause, einschließlich der geburtsbezogenen Behandlung, nicht jedoch einschließlich einer kompletten medizinischen Untersuchung. Es wird von einem Extremfall berichtet, der nach der Geburt zum Tode der Mutter geführt hat, da eine Infektionserkrankung unter der Geburt nicht diagnostiziert werden konnte. Der Säugling konnte nach langer intensivmedizinischer Behandlung gerettet werden.

- » Vergleichbare Situationen außerhalb der Gruppe unversicherter Mütter gibt es nicht mehr. Hier greifen die bestehenden Vorsorgeansätze. Gerade die Gruppe nichtversicherter werdender Mütter wird hingegen vorher nicht vorstellig, es erfolgen keine Untersuchungen, Gespräche oder Aufklärungen.
- » Seit der Zunahme der Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien gibt es auch eine starke Zunahme der Fälle minderjähriger Schwangerschaften. Neben den sozialen Aspekten fehlender Reife bestehen hier auch höhere medizinische Risiken, wie z. B. ein höheres Risiko von Frühgeburten.
- » Besorgnis besteht aus Sicht der Geburtsmediziner auch mit Blick auf die Situation in den Familien nach der Geburt, wenn z. B. Wohnverhältnisse ein hygienisches Risiko für Neugeborene darstellen.
- » Ohne dass hierfür bisher ein Erklärungsansatz vorliegt, ist bei Neuzuwanderern nach Einschätzung der Geburtsklinik im Stadtteil eine Häufung angeborener Krankheiten zu beobachten.

Sprachbarrieren

- » Gerade die Klärung akuter medizinischer Behandlungen erfordert unmittelbare Übersetzungen. Im Team der Ärzte und Schwestern des Krankenhauses gibt es z. B. rumänischsprachige Kollegen, die hier in Einzelfällen helfen. Oft erfolgt die Übersetzung durch Personen aus dem Bekanntenkreis der Patienten bzw. Eltern. Geklärt wird derzeit die Anwendbarkeit des Videodolmetschens, mit dem Nachteil, dass dies die Kosten weiter erhöht.
- » Auch die Arbeit und die Einsätze der Familienhebammen und Kinder-

krankenschwestern im Rahmen der Frühen Hilfen erfordern sprachliche Mittler. Hier ist der persönliche Kontakt und Zugang besonders wichtig. Bislang fehlt hier jedoch ein Zugang zu Sprach- und Kulturmittlern, wie er z. B. durch Interkulturelle Berater*innen für den Bereich der Bildung besteht.

Klärung der Krankenversicherung

- » Die ehrenamtlichen Leistungen der Migrantenambulanz sind kostenlos für Menschen ohne Krankenversicherung (Großteil rumänischer und bulgarischer Personen). Einschränkend ist hier die Öffnungszeiten mit einmaliger Sprechstunde in der Woche, langen Wartezeiten und aus Sicht von Familien aus Marxloh mit langem Weg verbunden.
- » Die medizinische Notfallversorgung in der Kinderambulanz der Helios-Klinik erfolgt aus dem Selbstverständnis medizinischer Hilfe auch in den Fällen, in denen die Kosten nicht durch Krankenversicherungen getragen werden. Private Rechnungen an die entsprechenden Familien erfolgen nicht, da dies ergebnislos bleiben würde. Die resultierenden Ausstände der Helios-Klinik für Behandlungen und Medikamente liegen in Millionenhöhe. Hier besteht derzeit eine ungeklärte und langfristig fragile Ausgangssituation. Einerseits führt ein fehlender Versicherungsschutz zu einer fehlenden Prävention mit der Folge einzelner schwerwiegender Erkrankungen, die wiederum eine kostenintensive Notfallmedizin erfordern, die jedoch nicht finanziert ist und notgedrungen von der Klinik getragen wird. Andererseits verhindert dies auch systematische Ansätze in der Klinik, hier Präventionsangebote anzudocken, da diese im Ergebnis zu einer weiteren Kostenbelastung durch höhere Fallzahlen (nicht nur Akutfälle) für die Klinik führt, die nicht finanziert sind.
- » In der Krankenhausverwaltung gibt es eigene Mitarbeiter, die sich mit den behandelten Patienten bzw. Eltern um die Klärung der Krankenversicherung kümmern. In einigen Fällen kann mit Hilfe der Eltern der Krankenversicherungsschutz über die Herkunftsländer erreicht werden, in anderen Fällen nicht. Nach den Erfahrungen der Klinik ist gerade in Notfällen die Bereitschaft der Eltern, an der Klärung des Krankenversicherungsschutzes mitzuwirken, sehr hoch.
- » Die Clearingstelle von AWO-Integration und Gesundheitsamt unterstützt als Beratungsleistung explizit Personen ohne Krankenversicherungsschutz. Die Mitarbeiter verweisen auf das Angebot der

Migrantenambulanz oder unterstützen den Klärungsprozess mit den Herkunftsländern, um einen Krankenversicherungsschutz zu erreichen. Nach Angaben der Clearingstelle kann für etwa die Hälfte der beratenen Personen kein Krankenversicherungsschutz erreicht werden.

- » Die Integrationsberaterinnen des Projektes „Integration und Beratung“ - Beratung und Begleitung von neu zugewanderten Erwachsenen aus Rumänien und Bulgarien unterstützen ebenfalls die Klärung des Krankenversicherungsschutzes von Familien. Hier zeigt die Erfahrung große Unterschiede zwischen den beiden Ländern Bulgarien und Rumänien. Während die Zusammenarbeit mit den konsularischen Behörden für Bulgarien häufig als positiv beschrieben wird, kann dies aus den Erfahrungen zur Klärung von Krankenversicherungen in Rumänien nicht bestätigt werden. Auch im Ergebnis dieser Klärungsprozesse bleiben Fälle ohne Krankenversicherungsschutz.

Aus Expertengesprächen resultierende Empfehlungen

- » Die Situation, dass die Notfallmedizin der Klinik Defizite in der sozialen präventiven Versorgung von Kindern kaschiert, muss beendet werden.
- » Um die erforderlichen Grundlagen für Prävention zu schaffen, müssen Lösungen bzw. Ersatzlösungen für die Fälle von Kindern, Schwangeren und Müttern geschaffen werden, die bisher nicht versicherbar sind. Bei einer in Extremfällen möglichen fehlenden Kooperationsbereitschaft von Eltern zur Klärung von Krankenversicherungsansprüchen ihrer Kinder (Kindeswohlgefährdung) sind auch Wege der Inobhutnahme zur Erreichung der Krankenversicherung zu klären (die nach Auskunft auch bereits praktiziert werden). Bei den meisten Fällen ist von einer Kooperationsbereitschaft auszugehen, die jedoch wie geschildert in vielen Fällen nicht zu einem Versicherungsstatus führt. In diesem Fall müssen Ersatzlösungen wie z. B. ein Notfall- oder Versicherungsfonds für nicht versicherte Kinder und schwangere Frauen eingerichtet werden. Ohne Lösung und damit einer Abwälzung der Probleme zu Lasten der Notfallversorgung, werden daran anknüpfende Präventionsmaßnahmen nicht möglich sein. Die Klärung zur Finanzierung eines solchen Fonds ist eine zentrale Aufgabe (z. B. Präventionsleistungen der Krankenkassen, Landes- oder Bundesmittel, Stiftungsmittel).

- » Zielsetzung ist eine Verlagerung der medizinischen Betreuung von einer dafür nicht vorgesehen Notfallversorgung zu präventiven Angeboten. Gerade das in der Kinderheilkunde inhaltlich stark mit dem Medizinsystem verbundene Sozialsystem sollte auch formal besser verbunden werden. Die fließenden Übergänge und Schnittstellen (z. B. dolmetschen, hoher Aufwand und lange Dauer, um Grundlagen zu klären) sollen besser verknüpft werden. Mittlerangebote sollten auch in ausreichendem Umfang medizinisch nutzbar und verfügbar sein.
- » An die Kinderklinik sollten Beratungsangebote der Träger (Zugang zu Schwangeren über Schwangerschaftsberatung) angedockt werden, um Untersuchung Schwangerer bereits vor der Geburt (Entdeckung von Krankheiten und Verringerung von Geburtsrisiken) zu ermöglichen. Voraussetzung ist die Klärung der Versicherungsfrage, da ansonsten der defizitäre Bereich der Klinik weiter ausgeweitet würde.
- » Weiter gedacht könnte idealerweise auch die Versorgung der Mütter erfolgen, wenn Kinder in die Notfallambulanz kommen (für eine solche „Nebenbei-Prävention“ wäre die Möglichkeit der Ansprache voraussichtlich erfolgversprechend und würde sich auch in der Perspektive rechnen). Dies würde aus Sicht der Interviewpartner ein weitgehend radikales Umdenken im System voraussetzen.
- » Kontakte um Geburt herum funktionieren gut und das sensible Zeitfenster der Geburt bietet große Chancen für Ansprachen. Dies sollte systematischer als bislang mit Angeboten der Frühen Hilfen gekoppelt werden, z. B. dauerhafte Präsenz in Geburtsklinik und Ansprache der Mütter, auch wenn diese bei gesunden Kindern nur kurz in der Klinik sind.
- » In der Folge geht es auch darum, Kontakte zu halten und die Entwicklung weiter im Fokus zu behalten, z. B. durch Nachsorgeangebote, die bislang nur in vereinzelten Projekten umgesetzt werden.
- » Das Kommunale Integrationszentrum Duisburg baut z. Z. einen Pool von Sprach- und Integrationsmittler*innen auf. Der Einsatz dieses Sprachmittlerdienstes ist in den Bereichen Gesundheit, Jugend, formale und non-formale Bildung und Soziales vorgesehen; Bedarfsabfrage und Qualifizierung laufen derzeit. Der Einsatz ist ab September 2018 geplant.

- » Mit der Umsetzung von Gesundheitsmediatoren sollten die präventiven Anforderungen vor Ort besser unterstützt werden. Die konkrete Ausgestaltung von Gesundheitsmediatoren sollte in Abstimmung mit den Anforderungen der Akteure vor Ort entwickelt werden.
- » Beispiele anderer Städte (z. B. Projekte mit Medizinstudenten in Frankfurt) sollten jeweils mit Blick auf die Zielrichtungen in Marxloh auf die Übertragbarkeit ausgewertet werden.

4.3 WOHNSTUATION

Die Wohnraumsituation vieler neu zugewanderter Familien aus Rumänien und Bulgarien bildet eine der zentralen und bislang nicht gelösten Problemsituationen in Marxloh. Aus dem Blickwinkel der kommunalen Prävention geht es dabei um die Wohnverhältnisse von Kindern, die zwangsläufig auch die Beschäftigung mit den Rahmenbedingungen der Mietverhältnisse von Familien erfordern.

Es gibt derzeit keinen Überblick in Marxloh, wie viele Familien in Wohnungen leben, die ein „sicheres“ Aufwachsen von Kindern nicht gewährleisten. Das liegt auch daran, dass es bisher keine Definition darüber gibt, was „sichere Wohnverhältnisse“ sein sollten. Das in solchen Fällen relevante Wohnungsaufsichtsgesetz macht zwar klare Vorgaben zur Ausstattung/ Beschaffenheit/ Mindeststandards von Wohnen und bietet eine Orientierung. Allerdings erfolgt dort kein Bezug auf „sichere Lebensverhältnisse“ für Kinder, die über die formulierten technischen Standards hinausgehen. Zudem gibt es keine Erfassung nach Familien, bei der etwa auch das Alter von Kindern erfasst würde (z. B. auch Säuglinge oder Kleinkinder), als systematische Grundlage.

Aus den Gesprächen lässt sich die Wohnsituation qualitativ wie folgt beschreiben:

- » Familien, die keine Leistungen nach SGB II erhalten, bekommen auch keine Kosten der Unterkunft. Sofern sie keinen Einkommensnachweis erbringen können, ist die Anmietung einer „regulären“ Wohnung (z. B. inserierte Wohnung) in der Regel aufgrund fehlender Mietvertragsfähigkeit nicht möglich. Hier greift daher ein Angebot welches als eher informell oder auch „grauer Markt“ bezeichnet werden könnte. Die Erfahrungen von Beratern zeigen:
- » Die Wohnungen werden informell vermittelt, entweder über Bekann-

te/ Verwandte oder informelle Vermittler. Häufig ist auch zunächst die Wohnung von Verwandten oder Bekannten die erste Meldeadresse.

- » Eigentümer dieser Wohnungen sind Privatpersonen. Unklar ist, wie häufig die Eigentümer selber vermieten oder Zwischenvermieter das Vermietungsgeschäft abwickeln.
- » Mittlerweile bestehen auch in diesem Markt nach Beobachtung der Berater meist Mietverträge. Unklar ist, ob diese dem üblichen Sinn entsprechen (bislang kein systematischer Überblick).
- » Es wird berichtet, dass die Mieten (Quadratmetermieten) oft mehrfach über dem Niveau inserierter Mietwohnungen in Marxloh liegen. Ein systematischer Überblick besteht nicht. Sofern dies konkret nachweisbar wäre und systematisch verfolgt würde, könnten Finanzverwaltung und Zoll eingebunden werden. Nicht selten werden Mieten jedoch bar kassiert und Belege über die Mietzahlungen werden nicht ausgestellt.
- » Die Belegung der Wohnungen ist in der Regel sehr dicht. Eine hohe Kinderzahl und Großelternhaushalte in der gleichen Wohnung sind keine Ausnahmen. Allerdings konnte eine „Überbelegung von Wohnungen“ nach dem Wohnaufsichtsgesetz bislang nicht dokumentiert werden, da diese schwer nachweisbar ist, weil die Personen oft nicht angetroffen werden. Das Gesetz lässt zudem eine „selbst gewählte“ Überbelegung zu.
- » Der Zustand der Wohnungen wird oft als desolat beschrieben, z. B. bestehen Risiken:
 - Zugang zu Strom erfolgt zum Teil über gefährliche „Eigen-“ installationen
 - Risiken entstehen z. B. durch ungesicherte Löcher im Boden oder fehlende Geländer
 - Es kommt zu Sperrungen von Strom oder Wasser, weil Vermietter die Gebühren nicht oder verspätet bezahlen
 - Schlechte Beheizbarkeit bzw. hohe Nebenkosten
 - Nicht abschließbare Haus- und Wohnungstüren sind der Normalfall
 - Fehlende Briefkästen (z. B. keine Erreichbarkeit von Informationen oder behördlichen Unterlagen)

- » Häufiger Ungezieferbefall (hier gab es in der Vergangenheit temporäre Einzelmaßnahmen der Ungezieferbekämpfung – in diesen Fällen wurden die Vermieter per Ordnungsverfügung nach IFSG zur Schädlingsbekämpfung aufgefordert. Monitoring mit Schabenfallen ergab, dass in einer betroffenen Straße von 50 Häusern lediglich 4 Häuser mit Schaben befallen waren.)
- » Es fehlen klare Regeln der Kindeswohlgefährdung, wobei unterstrichen wird, dass bei einem Schädlingsbefall mehrerer Wohnungen eines Hauses ein Schädlingsbekämpfer eingesetzt werden muss. Berichtet wird auch von Fällen, in denen Säuglinge zwischen Kakerlaken auf dem Boden krabbeln.
- » Wohnprobleme sind ein Schwerpunktthema bei den Beratungen von Familien. Allerdings sehen sich die Berater in vielen Fällen nicht in der Lage, weitergehende Hilfestellungen leisten zu können. Eine weitergehende Unterstützung der Durchsetzung von Mieterinteressen übersteigt oft die Handlungsmöglichkeiten der Berater. Auch die Verwaltung kann und darf sich nicht in privates Mietrecht einbringen.
- » Aktuell wird ein Leitfaden übersetzt, der systematisch aufzeigt, auf was geachtet werden muss: z. B. nie bar zahlen, sondern Miete immer überweisen / Strom auf eigenen Namen anmelden/ leeres Konto übernehmen / was ist eine Kautio / abschließbare Haustüren etc.
- » Die Vermittlung von „regulären“ Wohnungen scheitert an fehlenden preiswerten Wohnalternativen sowie an den fehlenden Voraussetzungen (z. B. Einkommensnachweisen, keine Mietvertragsfähigkeit oder auch fehlende Akzeptanz bei seriösen Vermietern).
- » Die problematischen Wohnsituationen werden insbesondere von städtischer Seite durch die neu aufgestellte Taskforce verfolgt, die nun vermehrt aus Brandschutzgründen Häuser schließt. Mit der Schließung wird die Fortführung nicht legaler Vermietungspraktiken verhindert. Betroffenen Haushalten wird bei erfolgten Schließungen eine Übergangslösung zur Vermeidung von Obdachlosigkeit angeboten (z. B. freie Kapazitäten in Flüchtlingsunterkünften). Es wird berichtet, dass hiervon in den meisten Fällen kein Gebrauch gemacht wird, sondern dass Familien privat Übergangslösungen suchen.
- » Mit der Neuausrichtung ist u.a. das Jugendamt nicht mehr Teil der

Taskforce. Akteure berichten, dass sie meist erst bei Schließungen von den Aktivitäten der Taskforce erfahren.

Aus Expertengesprächen resultierende Empfehlungen

- » Als Voraussetzung für die schrittweise Entwicklung von Instrumenten (Wohnprävention ebenso wie gesundheitliche und bildungsbezogene Prävention) sollte ein entsprechender systematischer Überblick zur Wohnsituation von Familien in problematischen Verhältnisse erarbeitet werden. Auch wenn die Problemlagen den lokalen Experten bekannt sind, erfordert ein zielgerichtetes Handeln immer auch eine Priorisierung der Fälle. Die Informationen der verschiedenen Träger, Mittler, Paten, des ASD sowie der Taskforce sollten koordiniert durch einen zentralen Ansprechpartner zusammengetragen und nach Risiken (Wohnverhältnissen) sowie Vulnerabilität (Familiensituation, u.a. Alter der Kinder, Säuglinge und Anzahl der Kinder) handlungsorientiert priorisiert werden. Dies würde fachübergreifend die Grundlage für darauf aufbauende Maßnahmen.
- » Die Berater erhalten gegenwärtig über das Melderegister die Info und Adressen neu zugezogener Familien. Sie versuchen diese dann aufzusuchen sowie über Kontakte auf der Straße anzusprechen. Gegenwärtig kommen die Berater nicht hinterher, alle gemeldeten Adressen aufzusuchen. Hier sollte eine Koordination der unterschiedlichen Träger erfolgen, um frühzeitig aufsuchende Erstkontakte abzustimmen und erforderliche Informationen (Wohn- und Familiensituation) sowie präventionsrelevante individuelle Handlungsbedarfe zu klären.
- » Es sollte eine/einen Definition/Katalog von Mindeststandards für Wohnverhältnisse, in denen Kinder leben, erarbeitet werden, welcher Risiken, Gefahren oder Hygienedefizite aufgreift (gegenüber einer rechtlichen Begründung der Kindeswohlgefährdung weitergefasste präventive Systematik). Als Grundlage für technische Standards kann das Wohnaufsichtsgesetz dienen. Berücksichtigt werden sollten z. B. Zugang zu Wasser, Strom, Heizung, Kochmöglichkeiten, Müllentsorgung, Sicherheitsaspekte durch Installationen, bauliche Mängel, abschließbare Türen und Fenster, Mindestgrößen nach Familiengrößen, Vertragssicherheit etc.
- » Koordination von beratenden, kommunikativen Vorgehensweisen im Vorfeld ordnungsrechtlicher Eingriffe durch die Taskforce. Intensivierung und Systematisierung der bestehenden Beratungsansätze.

ze zur Durchsetzung individueller mietrechtlicher Ansprüche mit rechtlichen Drohkulissen (z. B. Einbeziehung juristischer Berater, der Verbraucherberatung und stärker Zusammenarbeit mit Ordnungsbehörden). Weiterentwicklung der Aufklärungsansätze (z. B. aktuell erarbeiteter Leitfaden), Einsätze von Multiplikatoren.

- » Entwicklung von Ansätzen der Wohnungsvermittlung für Familien in den regulären Wohnungsmarkt. Entwicklung von Prioritäten- und Kriterienlisten sowie Klärung von Unterstützungsmöglichkeiten im Sinne der Wohnkostenübernahme auch bei fehlenden SGB II-Voraussetzungen für Familien mit Kindern in unzumutbaren Wohnverhältnissen. Hierzu sind angesichts der gegenwärtigen rechtlichen Lage neue Finanzierungswege zu entwickeln, die angesichts der Problemkonstellationen nicht kommunal verantwortet werden können und Unterstützungen von Land und Bund erfordern.
- » In Kooperation mit dem Jobcenter systematische Kontrolle und Klärung problematischer Wohn- bzw. Mietverhältnisse, über die von Beratern auch im Bereich der KdU-Leistungen Hinweise vorliegen (z. B. Forderung zusätzlicher Barzahlungen über die mietvertragliche vereinbarten KdU-Mieten hinaus oder fehlende Heizungen etc.). Hierzu können auch Vorgehensweise anderer Städte (z. B. der Stadt Offenbach – Kooperation im Rahmen einer AG Leistungsmissbrauch) herangezogen werden,

4.4 GRUNDVERSORGUNG LEBENSMITTEL

Die Erfahrungen und Beobachtungen der Gesprächspartner zeigen, dass Unternährung und Hunger, anders als noch vor einigen Jahren, nicht mehr zu typischen Auffälligkeiten bei den neu zugewanderten Familien zählen. Hier spielt rein, dass bereits viele Aktivitäten und Maßnahmen erfolgen und extreme Probleme entschärfen. Nach Angaben vor Ort wird z. B. die Tafel nur sehr wenig von neu zugewanderten Familien in Anspruch genommen. Als Ursache wurde genannt, dass Familien selbst mit geringen Finanzmitteln noch ausreichend Lebensmittel kaufen könnten. Unklar ist, ob ein Nachweis (z. B. SGB II-Bezug) für die Tafel erforderlich ist, den Familien in extremer Armut nicht belegen können und daher keinen Anspruch erhalten und aus diesem Grund nicht die Tafel nutzen.

Sofern der Befund stimmt, dass akuter Nahrungsmangel nicht mehr im Vordergrund steht, sind vielmehr Probleme einer Fehlernährung oder

gerade bei Kindern auch einer nicht strukturierten Ernährung (z. B. keine regelmäßigen Mahlzeiten, fehlendes Frühstück, hungrig zur Kindertagesstätte oder Schule kommen) die Hauptthemen. Das Handlungsfeld der Ernährung ist eine wichtige Aufgabe, z. B. durch Angebote in Kitas und Schulen sowie insbesondere in der Elternarbeit. Diese Aufgaben werden nachfolgend im Rahmen der einzelnen Präventionsphasen beschrieben.

5. LEBENSPHASEN, PRÄVENTIONSZIELE UND HANDLUNGSBEDARFE

Im folgenden Kapitel werden anhand verschiedener Lebensphasen bestehende Angebote der Prävention, mögliche Lücken und Problemfelder umrissen. Die Informationen wurden im Rahmen von Expertengesprächen mit Akteuren vor Ort generiert. Gemeinsam wurden Schwierigkeiten erörtert und mögliche Zielsetzungen für unterschiedliche Lebensphasen und Zielgruppen diskutiert. Die Aufbereitung macht deutlich, dass es einerseits viele engagierte Akteure mit professionellen Angeboten in Marxloh gibt, die in einem Informationsnetzwerk im Austausch stehen, andererseits aber auch noch viele Fragen im Umgang mit den schwierigen Rahmenbedingungen offen bleiben und eines Gesamtansatzes bedürfen.

5.1 „VORSCHWANGERSCHAFT“

- » Es gibt Präventionsangebote in den Schulen für unterschiedliche Altersgruppe ab der fünften Klasse. Dabei werden Themen rund um Schwangerschaft und Sexualität ergänzend zum Unterricht vermittelt. Gerade das Thema „ungeplante Schwangerschaften“ wird angesprochen aber auch Themen wie die vorbeugende Diagnostik.
- » Generell sind die Herangehensweisen kreativ. Positive Erfahrungen gibt es in Haupt- und Gesamtschulen mit Projekten mit einem elektronischen Säugling, dem Baby-Simulator. Viele Schüler sind erstaunt, andere begeistert, wichtig ist, dass sich die meist jungen Frauen realistisch mit der Situation auseinandersetzen können.
- » Grundsätzlich ist das Angebot offen für alle Schulformen, wobei sich die Träger nach den Empfehlungen der BZGA richten und Schwerpunkte im Bereich der Hauptschulen und Förderschulen setzen, weil hier ungewollte Schwangerschaften häufiger vorkommen. Generell liegt es immer im Interesse der Schule, ob und welche Zusammenarbeit gewählt wird. Z. B. erfolgt mit der Grillo-Gesamtschule in Marxloh eine Zusammenarbeit.
- » Bei den Neuzuwanderern gibt es beim Thema Schwangerschaft oft noch keinen systematischen Zugang zu jungen Frauen, die nicht über die Schule erreicht werden können. Im Vorfeld der Schwangerschaften wird diese Gruppe kaum erreicht, obwohl Aufklärung gerade für Minderjährige wichtig wäre. Bei einem Teil der südosteuropäischen

Frauen wird zudem die Erfahrung gemacht, dass aus religiösen Gründen Empfängnisverhütung tabuisiert wird.

- » Schwierig ist die Ansprache von Neuzuwanderern. Gerade für diesen Personenkreis wären zielgruppenspezifische Angebote wünschenswert. Dazu braucht es auch Dolmetscherdienste, die insgesamt ein Manko sind. Eine häufige Erfahrung ist zudem, dass die Themen der Sexualität noch stärker mit Scham behaftet sind, als bei anderen Personengruppen. Die Erfahrung zeigt auch, dass Familienangebote weiterer Anbieter (z. B. VHS), nicht angenommen werden, weshalb es konkrete Angebote vor Ort braucht.

Aus Expertengesprächen resultierende Empfehlungen:

- » Die schulischen Präventionsangebote und die der offenen Kinder- und Jugendarbeit sollten beibehalten und gestärkt werden.
- » Es sollte ein aktiver Zugang zu bestehenden Frauengruppen z. B. in der Arche geschaffen werden. Dort können in kleinen Einheiten die Themen der Geburt und Verhütung etc. platziert werden, in Kombination mit einem muttersprachlichen Angebot.
- » Es sollten Angebote wie Erzählcafés in verschiedenen Formaten (auch in Schulen) initiiert werden, als Formate für die Inwertsetzung von Elternkompetenz zu den Themen der Geburt für unterschiedliche Zielgruppen. Damit erfolgt auch die Schaffung von Zugängen und Erreichbarkeiten. (weitere Infos: www.erzaehlcafe.net/erzaehlcafe-aktion/)
- » Die Verfügbarkeit von Verhütungsmitteln ohne Kosten für Frauen in extremer Armut sollte geschaffen werden. Finanzierungswege hierzu sollten entwickelt werden.

5.2 SCHWANGERSCHAFT

- » Seit 2015 gibt es im Petershof eine Gesundheitsversorgung für nicht-versicherte Schwangere, die auch nach dem Umzug der Migrantenambulanz nach wie vor in Marxloh mit wöchentlicher Sprechstunde und Dolmetscherdiensten erfolgt. Neben Informationen zum Gesundheitssystem, Unterstützungssystemen und den Angeboten der Migrantenambulanz erfolgt auch eine geburtshilfliche Anamnese (auch Ausfüllen des Mutterpasses als Voraussetzung für die Beantra-

gung der Gelder aus Bundesstiftung „Mutter-Kind“ bei den Schwangerschaftsberatungen). Beratung erfolgt auch die ganze Schwangerschaft hindurch oder auch nach der Geburt zu Themen wie Stillen oder Verhütung.

- » Die Beratungsbedarfe umfassen meist zunächst Fragen der Existenzsicherung (Geld, Sozialleistungen, finanzielle und materielle Unterstützung). Dies macht es schwierig die Themen um das Wohlergehen des Kindes oder den Umgang in der Schwangerschaft zu platzieren, weil immer andere Themen (Existenzsicherung) bei der Zielgruppe in extremer Armut im Vordergrund stehen.
- » Die Frauen selbst sind auch oft unterversorgt, fehlernährt und haben fast alle einen schlechten Zahnstatus. Auch gibt es viele Frauen die nur in geringem Umfang deutsch sprechen können und einige sind offenkundig nicht alphabetisiert.
- » Problematisch ist eine fehlende Schwangerschaftsvorsorgeuntersuchung bei fehlender Krankenversicherung, was häufig vorkommt. So gibt es auch Fälle, bei denen Frauen nicht mitversichert sind, auch wenn die Partner krankenversichert sind, wenn keine offizielle Ehebescheinigung vorliegt (nur kirchliche Ehe).
- » Bei den Schwangerschaftsberatungen für jüngere Mütter, die beruflich nicht gefestigt sind oder keine Ausbildung haben, sind die Themen rund um die Geburt, die Bildungsarmut und wirtschaftliche Armut. Junge, minderjährige Mütter unter den rumänischen und bulgarischen Familien sind keine Seltenheit und in den Familienkontexten auch keine Besonderheit.
- » Berichtet wird auch von jungen Müttern, für die die Schwangerschaft eine Lebensperspektive bildet, wenn sie in anderen Bereichen „geseheitert“ sind und z. B. keine Ausbildung machen konnten. Hier ist die Abhängigkeit vom Jobcenter eher eine Normalität.
- » Generell besteht gerade bei den jüngeren Müttern ein höheres Risiko für Überforderung aufgrund der Lebenssituation, der ungeklärten Situation oder der Entscheidung in der Partnerschaft, die dann mit der Schwangerschaft einhergeht sowie den Fragen der Einkommenssicherung und der Frage, wo man mit dem Kind wohnen wird.
- » Es gibt eine hohe Inanspruchnahme der Angebote der Schwanger-

schaftsberatungen, die auf den Anreiz der Stiftungsmittel (der Bundesstiftung Mutter und Kind) zurückzuführen ist. I.d.R. erfolgt der Kontakt zwischen der 6. und der 32. Woche.

- » Beratungen sind manchmal einmalig, manchmal erfolgen auch mehrere Beratungen. Zum Teil wird auch versucht, über das Thema der Barauszahlung einen weiteren Folgetermin zu „erzwingen“, um über einen längeren Zeitraum mit der Familie Kontakt zu haben.
- » Die Mittel der Bundesstiftung (für Notlagen) können nur in Anspruch genommen werden, wenn entsprechend ein Einkommensnachweis vorgelegt wird (z. B. Nachweis SGB II/Jobcenter). Es gilt z. B. auch ein Nachweis über den Erhalt des Kindergeldes. Ohne Nachweis, z. B. auch der Eltern der Antragsteller, dass die Familie entsprechend unterstützt wird, dürfen keine Mittel aus der Bundesstiftung vergeben werden.
- » Die Vermittlung in die Beratung erfolgt häufig über Mundpropaganda. Die Beratung und die Bereitstellung der Stiftungsmittel ist eine individuelle Leistung, auf die es keinen Leistungsanspruch gibt.
- » Ein genereller Engpass ist die Versorgung mit Hebammen. Schwangere und Mütter ohne Krankenversicherung fallen dabei sowieso heraus, da aufgrund der Überlastungen und Kapazitätsengpässe keine ehrenamtliche Hebammenarbeit möglich ist.
- » Hier bestehen große Unterstützungsbedarfe. Die Kapazitäten der Familienhebammen, die es seit 2008 gibt, sind sehr eng. Die Anfragen für die Familienhebammen werden z. B. gemeinsam mit den Ärzten oder anderen beratenden Institutionen gestellt. Im Rahmen eines Fall-Clearings entscheiden die Frühen Hilfen darüber, welchen Anträgen entsprochen wird und wer damit die Unterstützung einer Familienhebamme erhält. Aufgrund der Komplexität der Problemlagen (u.a. mit Schnittstellen in Bereiche der Hilfen zur Erziehung sowie den existenziellen Problemlagen) einschließlich der sprachlichen Barrieren ist das bisherige Unterstützungssystem der Frühen Hilfen nicht auf die Anforderungen vieler Mütter in Marxloh ausgelegt. Eine Ausweitung des Systems erfordert damit auch eine ergänzende Neuausrichtung der Unterstützungsangebote, um vor Ort die erforderliche präventive Wirkung erreichen zu können. Sowohl Kapazitäts- als auch Qualitätsanforderungen müssten erfüllt werden.

Aus Expertengesprächen resultierende Empfehlungen:

Unklar ist die generelle Erreichbarkeit aller Zielgruppen von schwangeren Frauen mit den bisher bestehenden Angeboten, bei denen zudem Kapazitätsmängel bestehen. Bei den Beratungsangeboten, die Stiftungsmittel vergeben, besteht eine sehr hohe Erreichbarkeit an Kontakten. Diese hohe Kontaktrate sollte künftig systematischer genutzt werden, um die bestehenden individuellen Problemlagen systematisch zu erfassen und die Unterstützungsleistungen daraufhin auszurichten. Daher sollten diese Informationen (u.a. Alter, familiäre Situation, Sprache, Lebenslage, Einkommen, Wohnsituation, Versicherungsstatus, Gesundheitszustand) von einer Koordinationsstelle gesammelt und entsprechend ausgewertet werden, um Angebote daraufhin auszurichten.

- » Vordringlich ist die Schaffung von Kapazitäten bei Hebammen insbesondere für die Zielgruppen, die gegenwärtig keine Chance auf eine Hebammenversorgung haben. Dies erfordert entsprechend eine ergänzende Neuausrichtung im System der Frühen Hilfen (Kapazitäten und Qualitäten).
- » Mit Blick auf einen generellen Personalengpass in diesem Bereich sind Lösungen durch weitere Anreize erforderlich. Über die Schaffung von Personalressourcen hinausgehend ist somit eine übergeordnete Strategie der Personalakquise erforderlich, mit der entsprechende Anreize geschaffen werden könnten.
- » Übergangsweise sind auch Hilfssysteme wie (finanzierte und fachlich begleitete) ehrenamtliche Unterstützungen erforderlich.
- » Dolmetscher- bzw. Vermittlerangebote zur sprachlichen Unterstützung von aufsuchenden Beratungen sollten geschaffen werden. Das Kommunale Integrationszentrum Duisburg baut z. Z. einen Pool von Sprach- und Integrationsmittler*innen auf. Der Einsatz dieses Sprachmittlerdienstes ist in den Bereichen Gesundheit, Jugend, formale und non-formale Bildung und Soziales vorgesehen.
- » Lösungen für die Inanspruchnahme von medizinischen Regelangeboten und Hebammenleistungen für die Zielgruppe Schwangerer, die gegenwärtig nicht krankenversichert sind, müssen geschaffen werden.
- » Angebote der Schwangerschaftsberatung sollten mit Vorsorge kom-

biniert werden. Z. B. sollten Beratungsangebote im Krankenhaus angedockt werden, um Schwangerschaftsvorsorgeuntersuchung für alle Zielgruppen zu gewährleisten (Voraussetzung ist systematische Klärung der Krankenversicherungsleistung). Damit soll verhindert werden, dass Schwangere erst unter der Geburt erstmals medizinischen Kontakt haben.

- » In einer weiteren Perspektive, nach Lösung grundlegender Problemlagen, kann über die Schaffung von Kursangeboten (Schwangerschaftsvorbereitung) nachgedacht werden. Das ist derzeit keine Fragestellung in der Praxis, da andere Problemlagen drängender sind.

5.3 GEBURT UND MUTTERSCHUTZ

- » Zentraler Anknüpfungspunkt bei der Geburt ist die Geburtsstation der Helios-Klinik, in der der Großteil der Geburten (aus Marxloh) erfolgt.
- » Die Gesundheitsversorgung für nichtversicherte Schwangere im Petershof unterstützt auch nachgeburtlich. Zudem besteht das Angebot der Malteser Migrantenambulanz.
- » Geburten nicht versicherter Mütter funktionieren eher schlecht als recht. Da die Geburt einen medizinischen Notfall darstellt, dürfen Frauen unter Geburt nicht abgewiesen werden. Bei der Versorgung geht es um die nötigen Leistungen und eine meist schnelle Entlassung. Bei nachträglich schlimmen Komplikationen muss das Krankenhaus behandeln. Wenn es sich nicht um einen Notfall handelt, werden sie auch abgewiesen. Dann bleibt nur die Migrantenambulanz mit der wöchentlichen Sprechstunde.
- » Gerade bei den jungen Müttern ist der Schutz vor Ausbeutung ein wichtiges Thema. Zudem gibt es auch sehr frühe Mutterschaften von 14 bis 15-jährige Mädchen. Hier stehen Aufklärung und Beratung auch über die eigenen Rechte im Vordergrund.
- » Bei der Erfassung der jungen Mütter muss berücksichtigt werden, dass Mütter bei den zweiten, dritten oder weiteren Kindern nicht mehr minderjährig sind, jedoch minderjährige Schwangerschaften hinter sich haben.
- » Das Stillen wird von den Müttern begonnen, dann wird jedoch leicht

zugefüttert. Trotz der Argumente in den Sprechstunden wird eine Flasche gegeben und der Stillerfolg ist schnell vorbei. Das Abstillen ist in den prekären finanziellen Lagen mit großen Problemen verknüpft, da bei vielen Familien kein Geld für Milchnahrung vorhanden ist. Ersatzweise wird dann die Milch gestreckt oder z. B. Wasser mit Zucker und Weißbrot verrührt.

- » Mütter aus rumänischen und bulgarischen Familien stellen nur sehr selten Anträge auf Familienhebammen, da sie nicht das klassische Ziel der Familienhebammen sind. Themen der Geburt, Nachsorge und Versorgung der Säuglinge laufen eher nebenbei und werden überlagert von den existenziellen Problemen. Die Frauen selber sehen oft den Bedarf nicht bei sich selbst. Die Erfahrung zeigt, dass Vehemenz nicht zum Ziel führt. Erfolgreich ist eine kontinuierliche Vertrauensbildung, auf der dann mit den weiteren Themen aufgebaut werden kann.
- » Die Arbeit von Familienhebammen ist zudem ohne Dolmetscher nicht möglich, wenn die Mütter nicht deutsch sprechen können. Berichtet wird auch, dass abgesehen von dem generellen Engpass viele Hebammen sich nicht in der Lage sehen, mit dem Klientel rumänischer oder bulgarischer Familien zu arbeiten.
- » Zu den klassischen Problemfällen der Frühen Hilfen zählen Mütter mit Suchtproblemen, Gewalterfahrungen, psychischen Erkrankungen. Diese Problemlagen gefährden die Bindung zum Kind. Hier können Familienhebammen gut ansetzen und unterstützen und haben auch die Möglichkeit, die Mütter, die auf Unterstützungssysteme zurückzugreifen können, zu vermitteln. Bei vielen Neuzuwanderern gibt es diese Möglichkeiten nicht. Hier fehlt die entsprechende Einbettung in die Systeme.
- » Ein wichtiges Thema insbesondere nach den Geburten (wenn es im Vorfeld nicht gelingt die jungen Frauen zu erreichen) ist der Zugang zu Verhütungsmitteln. Es wird von Müttern berichtet, die bereits mehrfache Interruptionen hatten und zudem auch mehrere Kinder geboren haben. Ursachen sind eine mangelnde Aufklärung und ein fehlender Zugang zur Verhütung.

Aus Expertengesprächen resultierende Empfehlungen:

- » Über die Geburtsklinik könnte systematisch zu nahezu 100 % al-

ler gebärenden Mütter aus Marxloh ein Kontakt hergestellt werden, insbesondere zu den Müttern, die ansonsten nicht oder nur unsystematisch über die anderen Angebote im Petershof oder der Migrantenambulanz erreicht werden. Hierzu wäre eine Anlaufstelle erforderlich, die in der Geburtsklinik täglich räumlich verankert wäre. Die Geburt bildet das zentrale Zeitfenster für eine Kontaktaufnahme und sollte entsprechend aufgegriffen werden.

- » Voraussetzung einer solchen Anlaufstelle wäre die Klärung des Versicherungsschutzes (siehe Kap. 4.2). Zudem müssten von dort weitere familiäre Unterstützungsleistungen vermittelt werden können.
- » Die Koordinierungsstelle könnte analog und im Austausch mit der Koordination der Schwangerschaftsberatung (die z. B. auch an dieser Stelle erfolgen könnte) den Überblick zum Umfang und den familiären Anforderungen rund um die Geburt erfassen und Unterstützungsangebote koordinieren. Im Vorfeld würden somit auch Risiken verringert, wie z. B. eine fehlende medizinische Untersuchung von Schwangeren vor der Geburt.
- » Entsprechend den erfassten Kriterien zu Unterstützungsbedarfen sollten die Unterstützungsangebote entsprechend den Risiken aus Sicht der Kinder priorisiert werden (z. B. Hebammen, Sozialberatung, psycholog. Beratung, Haushaltshilfe, etc.). Am Grundsatz der Freiwilligkeit der Unterstützung sollte festgehalten werden, wobei sicherzustellen wäre, dass Entscheidungen gegen die Inanspruchnahme von Unterstützungen bewusst und in Abwägung der Risiken getroffen werden.
- » Auch hier ist der Ausbau der Kapazitäten von Familienhebammen besonders wichtig. Idealerweise auch die Kombination von Familienhebammen mit Sprachmittlern, die auf die Zielgruppe der Neuzuwanderer ausgerichtet ist.
- » Die Verfügbarkeit von Verhütungsmitteln ohne Kosten für Frauen in extremer Armut ist eine drängende Forderung der Praxis (z. B. Kupferspiralen). Bislang erfolgen Lösungen eher „unter der Hand“.
- » Die Gewinnung muttersprachlicher Ehrenamtler (mit Aufwandsentschädigung und Qualifizierung) für Familienbegleitung und ein „Matching“ zu passenden Familien kann eine kurzfristige Überbrückung der gegenwärtigen Engpässe und eine langfristige Ergänzung regulärer Angebote darstellen.

5.4 ERSTES LEBENSJAHR

Mutter-Kind-Kurse

- » In Marxloh gibt es in Kooperation mit Einrichtungen wie Kitas, Grundschulen oder dem Petershof verschiedene Kursangebote von Trägern. Die Angebote umfassen unter anderem das erste Lebensjahr bis zum Kitaeeinstieg. Die Kurse haben in der Regel pädagogische Angebote für die Kinder und die Arbeit mit den Eltern im Fokus. Neben den erzieherischen Themen und Entwicklungsthemen geht es auch um Fragen wie Erstausrüstung für Kinder, Kindergeldbeantragung etc. Oft sind es multiple Problemlagen, die im Kurs nicht abgefangen werden können. Hier wird mit anderen Akteuren kooperiert und weiter vermittelt. Oft sind es auch bürokratische Probleme oder die Kommunikation mit Bildungseinrichtungen. In den Kursen erfolgt auch Aufklärung zum Thema Bewegung, Ernährung, Körperbewusstsein oder Hygiene.
- » Hauptzielgruppe der Kursangebote sind Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien. Etwa zehn Kurse sind zu 100 % von bulgarischen und rumänischen Familien besucht, wobei die Anteile bulgarischer Mütter deutlich überwiegen. Bei rumänischen Familien besteht nach den Praxiserfahrungen ein noch größerer Aufklärungs- und Sensibilisierungsbedarf. Die Kurse erfolgen auch eher separat, wobei die Kursleitungen auch Muttersprachlerinnen sind, womit gute Erfahrungen gemacht werden.
- » Der Zusammenhalt in der Familie ist häufig sehr stark und ebenso die Gewohnheit, dass Kinder in der Familien groß werden. Es bestehen sehr starke Bindungen aber auch Ängste, das Kind alleine in einer Einrichtung zu lassen. Für viele Eltern sind die Eltern-Kind-Kurse eine wichtige Brücke, da sie dabei sein können. In den Kursen werden Konzepte entwickelt. So sind an einem Tag Eltern und Kind gemeinsam vor Ort, am nächsten Tag werden nur die Kinder gebracht oder ein zeitgleicher Sprachkurs findet nebenan statt, um erste sanfte Trennungsversuche zu erreichen.
- » Einige Familien werden auch mit diesen Angeboten nicht erreicht. Die Familien, die erreicht werden und angedockt sind, nutzen viele weitere Angebote.
- » Über die Kurse soll auch die Schnittstelle zwischen Einrichtungen

und Familien verbessert werden, Kontakte vereinfacht und Hürden abgebaut werden. So lernen die Eltern die Einrichtungen besser kennen, auch wenn ihre Kinder noch nicht dort sind. Dadurch werden die Wege in die Bildungseinrichtungen erleichtert.

- » Kurse haben auch oft ein Essensangebot, worüber auch Themen wie gesunde Ernährung vermittelt werden können.
- » Mit den Angeboten werden auch Familien erreicht, die bisher kaum Schnittstellen/ Kontakte zu Bildungseinrichtungen hatten. Die Herangehensweise gleicht die der Streetwork, um Kontakte aufzubauen und zu schauen, was die Familien brauchen bzw. wollen. Die aufsuchende Arbeit erfolgt auf der Straße z. B. an Markttagen unter Einbindung von Muttersprachlern. Wichtig ist, zunächst eine Vertrauensbasis zu schaffen, als Grundlage der weiteren Arbeit. Manchmal sind mehrere Anläufe nötig, manchmal werden die Familien mehrere Wochen besucht, nur um ins Gespräch zu kommen. Auf der Basis werden die Mütter und Kinder später in die Kurse eingeführt oder auch zum Anmeldetag in Kitas begleitet.
- » Die Beständigkeit der Angebote ist wichtig, auch wenn viele Familien nicht immer kommen oder auch mal länger weg sind. Wenn Berührungspunkte vorhanden und Angebote erreichbar sind, wird längerfristig Vertrauen aufgebaut. Die Kurse laufen über vier bis fünf Monate und erst dann entwickeln sich feste Gruppen.
- » Die Kursangebote sind auch offen für Eltern ohne Migrationshintergrund. Allerdings wird bislang keine Mischung erreicht.
- » Ein Hindernis in der Praxis sind fehlende Räumlichkeiten, auch in den Einrichtungen. Trotz der Schaffung von Familienzentren fehlen weitere Räume, die auch für die Kurse genutzt werden könnten. Es wird von gescheiterten Kursen und Projekten berichtet, weil es keine Räumlichkeiten gab. In anderen Stadtteilen wurde z. B. mit Wohnungsbaugesellschaften kooperiert, die Wohnungen für Kurse kostenlos zur Verfügung gestellt haben. Das Hauptziel ist jedoch, in den Bildungseinrichtungen unter zu kommen.

Vorsorgeuntersuchungen

- » Ein häufiges Problem ist die Nichtinanspruchnahme von Vorsorgeuntersuchungen. Hier erfolgt eine Meldung an das Jugendamt, welches

einen Träger einschaltet, der Hausbesuche zur Beratung in diesen Fällen durchführt. In der Regel sagen die Familien, dass sie kein Schreiben erhalten haben (z.T. keine Briefkästen) oder nicht wussten, was es mit diesem Schreiben auf sich hat. Zudem fehlt häufig das Verständnis, warum ein Kind zu einem Arzt gehen sollte, wenn es diesem gut geht. Über die Berater wird vermittelt, warum Kinder zur Vorsorgeuntersuchung gehen müssen und auch die Bereitschaft bzw. das Verständnis der Familien erzeugt. Auch dies erfordert eine Vertrauensbasis zu den Familien, die erst durch mehrmalige Kontakte erreicht werden kann.

- » Generell ist es problematisch für die Familien ohne Dolmetscher zum Arzt zu kommen und sich dort zu verständigen. Die Begleitung durch Träger kann dann nur erfolgen, wenn das Jugendamt hierzu einen Auftrag erteilt, z. B. wenn schwierige medizinische Situationen vorliegen. In der Regel sind die Vorsorgeuntersuchungen, soweit es im Vorfeld den Familien erklärt wurde, auch ohne Dolmetscher möglich. Bei den Kindern ohne Krankenversicherung kann die Vorsorgeuntersuchung bei der Migrantenambulanz erfolgen. Die Mobilität stellt jedoch für einige Familien ein Problem dar.

Kindertagesstätten-Anmeldungen

- » Das neu eingeführte Onlinesystem zur Anmeldung in der Kindertagesstätte ist für viele Eltern herausfordernd. Dafür muss man lesen/schreiben können und über einen Online-Zugang/E-Mail-Adresse verfügen. In der Praxis suchen die Eltern häufig doch die Kitas auf und die Kitaleitungen führen für die Eltern die Anmeldungen durch. Während es durch das neue System in vielen Kitas in Duisburg zu einer Entlastung der Leitungen kommt, da Eltern das System selber nutzen, verändert es an dem Aufwand der Leitungen in Marxloh wenig, da hier ein überdurchschnittlicher Unterstützungsbedarf besteht. Unterstützt werden die Kitaleitungen bei dieser Aufgabe durch Interkulturelle Berater*innen sowie durch die Integrationsberaterinnen aus dem EHAP geförderten Projekt „Integration und Beratung“. Nach Einschätzungen aus der Praxis ist das Unterstützungsangebot noch ausbaubar.

Familienunterstützung durch den ASD

- » Die komplexen Problemlagen vieler Familien in Marxloh stellen den ASD vor große Herausforderungen. Zur Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben wird der ASD intensiv durch Dolmetscher und Kulturmittler

unterstützt (von Seiten des ASD wird von durchweg positiven Erfahrung berichtet). Aufgrund der ausgeprägten Sprachbarriere ist der Einsatz von Dolmetschern bzw. muttersprachlichen Fachkräften im Alltagseinsatz der Mitarbeiter ohne Alternative. Aufgrund der Zielgruppe sind die Angebotsstrukturen des ASD weiterhin und breiter niederschwellig zu platzieren.

- » Generell ist die Vernetzung des ASD mit den Trägern in Marxloh sehr gut. Besonders betont wird die große Motivation aller Akteure im Stadtteil. Auch die Herangehensweise bei Fällen bzw. dem Verdacht auf Kindeswohlgefährdung ist aus Sicht des ASD sehr praktikabel, da kurzfristig im Rahmen eines Kontingents auf muttersprachliche Fachkräfte zurückgegriffen werden kann. Die Hemmschwellen für die Kontaktaufnahme mit dem ASD sind aufgrund der räumlichen Verortung des ASD im Stadtteil niedrig.
- » Eine koordinierende Aufgabe durch den ASD (im Sinne der in Kap. 4 beschriebenen Aufgaben) ist derzeit aus Kapazitätsgründen nicht möglich.

Aus Expertengesprächen resultierende Empfehlungen:

- » Das Kursangebot mit zugehender Ansprache sollte beibehalten und ausgebaut werden.
- » Die Schaffung von Raumangeboten in den Einrichtungen (oder Schaffung von Voraussetzungen für eine bessere Nutzung der bestehenden Räumlichkeiten), alternativ bzw. übergangsweise die Nutzung von Räumlichkeiten im Quartier (z. B. Klärung der Übernahme von Mietkosten in Räumen Externer – unter Berücksichtigung von möglichen Hemmnissen der Zielgruppen) ist eine vordringliche Aufgabe.
- » Die Koordinierung bzw. Erfassung der Erreichbarkeit von Angeboten für das erste Lebensjahr (Zusammenführung der Trägerinformationen sowie des ASD und Auswertung) sollte erfolgen, um Nichterreichbarkeiten und deren Gründe sichtbar zu machen
- » Die Erfassung der Fälle der Nichtinanspruchnahme von Vorsorgeuntersuchungen (wie viele Fälle werden durch aufsuchende Beratung geklärt, bzw. zu einer Teilnahme motiviert, bzw. wann gibt es keine Resonanz?) durch Meldung der Träger an die Koordinationsstelle sollte systematisch erfolgen.

- » Der Ausbau von Patenprojekten mit Frauen aus der Community (insbesondere rumänische und bulgarische Community) zur Kontaktschaffung und Vernetzung sollte erfolgen.

5.5 ENTWICKLUNGSPHASE U3

Aktuell ist in Marxloh die Gruppe der EU-Neuzuwanderer die größte Gruppe der Familien mit Kindern im Kindergarten- und Vorschulalter. Vor diesem Hintergrund spielt das Thema Sprachentwicklung in der Entwicklung der „Unter 3-Jährigen“ eine besonders bedeutende Rolle. Daneben werden vor allem Aspekte wie Ernährung und Teilhabe von den Experten als wichtige Themen beschrieben.

Zugang zu Eltern gestaltet sich aufgrund von Sprachbarrieren schwierig

- » Viele der EU-Neuzuwanderer in Marxloh kommen aus Rumänien oder Bulgarien. Diese Gruppe ist in den vergangenen Jahren deutlich gewachsen und damit auch der Anteil der Kinder unter drei Jahren, die aus Rumänien oder Bulgarien stammende Eltern haben. Obwohl der Zugang zu diesen Familien insgesamt als relativ gut beschrieben wird, stellt die Sprache ein sehr großes Problem dar. Weder sprechen die Familien ausreichend deutsch, um sich über die Betreuungs-, Vorsorge-, Unterstützungsangebote für Kinder gut informieren zu können, noch gibt es genügend Dolmetscher-Angebote, um den großen Bedarf an Unterstützung decken zu können.
- » Diese Erfahrung machen auch die Mitarbeiter des ASD, die im Rahmen der offenen Beratung (aufsuchende Arbeit) den Kontakt zu den Familien suchen. Die Mitarbeiter sind auf muttersprachliche Dolmetscher angewiesen. Über den Träger ZOF (Zukunftsorientierte Förderung), der zwei, zum Teil drei Tage in der Woche zur Verfügung steht, können bereits viele Besuche in Familien abgedeckt werden. Dennoch sind die Kapazitäten aus Sicht von Gesprächspartner vor Ort noch gering bzw. aus Verwaltungssicht ausbaufähig.
- » In den Gesprächen und Beratungen stellt aber nicht nur die Sprache eine Barriere dar, sondern auch unterschiedliche Lebensvorstellungen und -einstellungen. So besteht beispielsweise oft vordergründig Einverständnis der Eltern mit den Kollegen des ASD bei Themen wie Schule, Kindertagesstätte oder auch Kleidung (witterungsgerechte Kleidung der Kinder), allerdings bleibt die Umsetzung des Besprochenen oft aus.

- » Generell entstehen die Kontakte zu den Familien vor allem durch Meldungen, wie zum Beispiel über nicht durchgeführte Vorsorgeuntersuchungen der Kinder, unregelmäßige Schulbesuche etc.. Fälle von Unterversorgung – insbesondere in Bezug auf Ernährung – sind nach Einschätzungen der Experten in Familien der EU-Neuzuwanderer im Vergleich unterdurchschnittlich und die Inobhutnahme von Kindern in Marxloh insgesamt nicht häufiger als in anderen Stadtteilen.

Vorteil des Kitabesuchs liegt für Eltern nicht auf der Hand

- » Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab dem ersten Lebensjahr ist den meisten Neuzuwanderern nicht bekannt. Aber auch wenn die Familien auf diesen Anspruch hingewiesen werden, wird der Nutzen und Sinn darin, das Kind in eine Kindertagesstätte zu schicken, in der Regel nicht gesehen. Dies führt dazu, dass viele Kinder ohne deutsche Sprachkenntnisse und oft auch mit weiteren Defiziten (z. B. Feinmotorik) eingeschult werden.
- » Viele Akteure sind bemüht, die Akzeptanz für Kitas in frühen Jahren, insbesondere bei Familien mit Migrationshintergrund, zu erhöhen. So stärkt der Einsatz der Interkulturellen Berater*innen im gesamten Stadtgebiet wie auch in Marxloh die Erziehungs- und Bildungspartnerschaft zwischen Familie und Kindertageseinrichtung, u. a. durch aufsuchende Elternarbeit, Sprechstunden sowie themenorientierte Elterntreffs.
- » Es ist ein langwieriger Prozess, der vor allem nur durch die Weitergabe von positiven Erfahrungen (überwiegend in der eigenen Community) verbessert werden kann und sich dann langsam „normalisiert“. Die Eltern sehen keinen Grund ihre Kinder „fremd betreuen“ zu lassen. Insbesondere, wenn die Mütter – und oft darüber hinaus noch weitere Verwandte – zu Hause sind.
- » Um diesen Prozess zu beschleunigen, bräuchte es mehr Anreize für die Familien, ihre Kinder in der Kindertagesstätte anzumelden. Ein Anreiz wäre nach Aussage der Akteure vor Ort vermutlich, wenn durch die Kindertagesstätte die Grundversorgung der Kinder gewährleistet wird. Dabei ist die Ernährung ein wesentlicher Aspekt.
- » Die Tagespflege trifft auf noch stärkere Vorbehalte als die Kindertagesstätte, da hier das Kind aus der eigenen Familie in eine andere Familie gegeben würde. Bei den Gesprächspartnern ist kein Fall

bekannt, in dem Kinder der Neuzuwanderer in der Tagespflege sind. Die Integration über eine „öffentliche Einrichtung“ ist vermutlich der „einfachere Weg“.

Die Gruppenzusammensetzungen haben sich geändert

- » Die Erfahrungen einer Kindertagesstätte in Marxloh zeigen deutlich den Wandel in Bezug auf die Bewohnergruppen der letzten Jahre. Noch vor rund sechs Jahren haben Kinder aus türkischen Familien die Kitagruppen dominiert. Berichtet wurde, dass rund 80 % der Kinder einen türkischstämmigen Hintergrund hatten. Seit fünf bis sechs Jahren kommen viele Kinder aus Rumänien, Bulgarien und Ex-Jugoslawien nach Marxloh sowie Kinder mit Fluchterfahrungen. Dadurch wurden die Gruppen heterogener. Diese Mischung wird aktuell als eine Bereicherung gesehen, da die Kinder nun untereinander Deutsch sprechen müssen. Unglücklich ist, dass Vorbilder in der deutschen Sprache fehlen. Insgesamt gibt es nur wenige Kinder, die Deutsch als Muttersprache sprechen. Diese Kinder haben meist die Kitaplätze, die für Kinder mit besonderem Förderbedarf (auch Sprachförderung) vorgehalten werden und kommen aus sozial schwachen und bildungsfernen Familien.

Vertrauen aufbauen – positive Erfahrungen helfen

- » Die Erfahrungen der Kindertagesstätte zeigen, dass viele Eltern zwar möchten, dass es ihren Kindern „mal besser geht“, die Eltern dieses Ziel aber nicht unmittelbar mit dem zukünftigen Bildungsniveau der Kinder in Verbindung bringen. Diese Chancen, die durch Bildung entstehen, und das Verständnis, dass Bildung bereits in der Kindertagesstätte beginnt, müssen in kleinen Schritten vermittelt werden.
- » So berichtete eine Kitaleiterin, dass Kinder aus Rumänien/Bulgarien mittlerweile öfter in den Kindergarten kommen, obwohl die Mütter zu Hause sind oder sie zu Hause behalten wollten. Insbesondere, wenn schon Geschwisterkinder in der Einrichtung sind, wächst das Verständnis, dass die Einrichtung „Kita“ den Kindern gut tut und sie stärkt. Viele Eltern haben selber keine oder keine guten Erfahrungen mit „öffentlichen Einrichtungen“ gemacht und müssen erst Vertrauen aufbauen. Hierzu gehört auch eine intensive Elternarbeit. Um mit den Eltern ins Gespräch zu kommen und über die Arbeit der Kindertagesstätte zu informieren, müssen Dolmetscher z. B. vom kommunalen Integrationszentrum bestellt werden. Die Sprache stellt auch bei der Elternarbeit eine Hürde dar.

- » Manchmal können die türkischen Eltern auch Informationen weitergeben, da viele Menschen aus Bulgarien türkisch sprechen. Wenn es jedoch um Themen geht, bei denen Privatsphäre gewahrt werden soll, dann unterstützt ein professioneller Dolmetscher. Dies passiert unregelmäßig.

Wartelisten bei U3

- » Es gibt lange Wartelisten für Kinder unter drei Jahren. Die Erfahrungen in einer Kindertagesstätte zeigen, dass bereits der Nachzug von Geschwisterkindern in die Einrichtung fast sämtliche Plätze in der Einrichtung füllt. Seit zwei bis drei Jahren ist der Anteil an kinderreichen Familien noch einmal deutlich gestiegen. Insbesondere arabisch-flüchtlingsfamilien haben oft zehn bis zwölf Kinder.
- » Insgesamt besteht der Wunsch nach mehr Kitaplätzen in Marxloh. Viele Einrichtungen sind überbelegt und haben lange Wartelisten. Hinzu kommen viele Familien, die nicht auf den Wartelisten stehen, für deren Kinder ein Kitabesuch aber von großem Vorteil wäre.

Elternarbeit ist mühsam, aber wichtig

- » Die Ausweitung der Kitas zu Familienzentren soll die Elternarbeit erleichtern und niedrigschwellige Angebote für die Eltern schaffen. Eine besuchte Einrichtung ist nun im zweiten Jahr Familienzentrum. Im ersten Jahr konnten türkische Mütter gewonnen werden, die eine große Unterstützung bei der Organisation waren und vieles selbstständig organisiert haben. 50 % der Kinder, die im vergangenen Sommer neu dazu kamen, haben Flüchtlingserfahrung. Dies stellt auch einen Umbruch bei der Elternschaft dar. Die Familien können sich noch nicht so öffnen. Hier bedarf es einer größeren Unterstützung und Betreuung. Es dauert geschätzt fünf bis sechs Jahre, bis diese Mütter „angekommen sind“ und die Elternarbeit eigenständig unterstützen.
- » Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben zudem deutlich gemacht, dass die Elterngruppen - vermutlich auch in Abhängigkeit von der Aufenthaltsdauer in Deutschland - unterschiedliche Mentalitäten haben: türkische Eltern werden als sehr offen, gastfreundlich, zugehend und einnehmend beschrieben. Eltern aus osteuropäischen Ländern wirken skeptischer und müssen für die Arbeit der Kindertagesstätte und mit den Kindern gewonnen werden – hier ist es notwendig langsam Beziehungen aufzubauen und Vertrauen zu entwickeln. Im

Alltag macht sich dies in konkreten Ereignissen deutlich, so gab es z. B. Probleme bei einem Ausflug, dass Kinder nicht alleine teilnehmen durften aufgrund der Sorge, dass die Erzieher nicht richtig aufpassen etc.

- » Allgemein ist es aber schwierig, die Eltern der EU-Neubürger zu gewinnen und Interesse zu wecken. Je länger die Kinder da sind oder wenn Geschwisterkinder in die Einrichtung kommen, geht es einfacher. Bisher wird auch kaum ein integrierender Einfluss von der Gemeinschaft gesehen. Die einzelnen Familien sind noch sehr verankert mit dem Land, aus dem sie kommen.
- » Die Interkulturellen Berater*innen unterstützen das pädagogische Personal. Als Brücke zwischen Elternhaus und Kindertagesstätte verfügen die Berater*innen über mehrsprachige Kompetenzen, haben Kenntnisse verschiedener Kulturen und umfängliche Erfahrungen in kultursensibler Gesprächsführung.

Grundversorgung Ernährung und Gesundheit in der Kindertagesstätte

- » Fast alle Experten sprechen sich für eine kostenlose Grundversorgung für die Kinder in der Kindertagesstätte aus. Es gibt über Stiftungen bereits Angebote, die den Kindern eine Versorgung in der Schule oder Kindertagesstätte ermöglichen. Das Frühstück von „Brotzeit“ an Schulen und Kitas ist eine Lösung. Da bestimmte Voraussetzungen für die Anlieferung und Ausgabe von Brotzeiten erfüllt sein müssen, um das Angebot wahrnehmen zu können, können nicht alle Kitas partizipieren. Aufgrund von Personalengpässen (jemand muss das Essen annehmen und die Organisation übernehmen) und vor allem Raumengpässen (wo kann gefrühstückt werden) kann das Angebot nicht an allen Kindertagesstätten umgesetzt werden.
- » Zweimal im Jahr kommt die Zahnprophylaxe in die Kitas. Einmal kommt die zahnärztliche Untersuchung. Es gibt aber keine medizinische Untersuchung in den Kitas. Diese werden über die Vorsorgeuntersuchungen abgedeckt. Für viele Neuzugewanderte ist das deutsche System „Vorsorgeuntersuchung für Kinder“ – also präventiv zum Arzt zu gehen, neu. Hier bedarf es weiterer Aufklärungsarbeit.

Neue Wege gehen...

- » In Hochfeld wurden mit dem Projekt „Kitaeinstieg“ positive Erfahrungen gemacht. Das Programm beinhaltet, dass Kinder, die keinen Kitaplatz haben, Kita-Einstiegsurse (2x in der Woche) belegen dürfen. D.h. die Kinder besuchen die Einrichtung bereits zwei Mal in der Woche und machen sich mit den Gegebenheiten vor Ort und Kitaangeboten vertraut. Auch die Eltern können sich so langsam an die Institution, Regeln und Ablauf „herantasten“. Die Kinder, die den Kita-Einstiegskurs besuchen, haben Vorteile bei der Platzvergabe. Da die Kinder die Kindertagesstätte bereits kennen, ergeben sich auch für die Kindertagesstätte Synergieeffekte (kürze Eingewöhnungsphase, Routinen sind bekannt und eingespielt, Eltern kennen das Haus etc.). Der Kita-Einstiegskurs ist sehr sinnvoll, ersetzt aber nicht reguläre Kitaplätze.
- » An vier städtischen Kindertageseinrichtungen und einer in freier Trägerschaft finden derzeit (drei) Griffbereit- und (fünf) Rucksack-Kurse statt. Griffbereit ist ein Programm für Eltern mit Kleinkindern bis zu drei Jahren. Das Programm fördert die frühkindliche Entwicklung durch kleinkindgerechte Aktivitäten in Eltern-Kind-Gruppen. Die wöchentlichen Besuche eröffnen den Kindern erste Lebensräume außerhalb der Familie. Zugleich lernen die Eltern die pädagogische Arbeit in Kindertageseinrichtung und -pflege kennen.
- » Das Rucksack-Programm findet ebenfalls an Kindertageseinrichtungen statt. In Müttergruppen erfahren die Eltern, wie sie die Sprachbildung ihrer 4- bis 6 jährigen Kinder zu Hause fördern können. Die Eltern erhalten Anregungen zu Kommunikation und Interaktion, zum Erzählen und Vorlesen sowie zu Bewegung, Ernährung und Gesundheit.

Aus Expertengesprächen resultierende Empfehlungen:

- » Viele Kinder in der Altersgruppe U3 stehen bei Kitas auf Wartelisten und ihnen kann derzeit kein Angebot gemacht werden. Hinzu kommen die Kinder, für die ein Besuch hilfreich wäre, deren Eltern aber noch keinen aktiven Wunsch geäußert haben. Aktuell werden zwei Kindertagesstätten in Marxloh gebaut, die zukünftig die Situation verbessern. Weitere Kapazitätsengpässe müssten dann abgeschätzt werden.

- » Es sollte eine Erfassung/Schätzung aller Kinder U3 geben, die keine Kindertagesstätte besuchen. Für Kleinkinder, die nicht in Kitas sind, sollte es ausreichend alternative Angebote, wie z. B. die Mutter-Kind-Kurse des DRK geben. Ziel muss es sein, dass alle U3 Kinder ein Angebot finden. Es sollten alle Zusatzangebote erfasst sein, so dass eine Verbreitung über Akteure im Stadtteil und durch aufsuchende Kontaktaufnahme systematisch erfolgen kann.
- » Patenprogramme (Gewinnung von Paten, auch aus anderen Stadtteilen, Vermittlungsaufgabe von Familienpatenschaften) sollten entwickelt und weiterentwickelt werden.
- » Viele Kinder sind beim Übergang Kindertagesstätte-Schule noch nicht schulreif. Ein Kitabesuch ab zwei Jahren wäre notwendig, um Kinder, die sprachliche Schwierigkeiten haben und ggf. Defizite bei den weiteren Grundkenntnissen aufweisen, besser vorzubereiten. Es ist wichtig, Eltern noch stärker bei der Entscheidung zu unterstützen, ihre Kinder frühzeitig in Kitas anzumelden. Sobald die Kapazitäten geschaffen sind, sollte dies über die Kontaktpersonen zu den einzelnen Communities geschehen.
- » Die Raumkapazitäten in den Kitas müssen den jeweiligen einrichtungsbezogenen Anforderungen angepasst werden. Grundversorgungsangebote und Angebote kostenfreien Mittagessens sollten den Eltern den Mehrwert einer Unterbringung in Kitas verdeutlichen und sie für diese Angebote interessieren.
- » Die Anforderungen an die Erzieher haben sich verändert. Um auf die Rahmenbedingungen entsprechend reagieren zu können, braucht es gut ausgebildetes Personal (Fortbildung/Weiterqualifizierung). Ein wesentlicher Erfolgsfaktor sind nach den Erfahrungen vor Ort die gemeinsamen Qualifizierungsansätze im Team. Damit die Anforderungen entsprechend den Bedarfen der Teams umgesetzt werden können, sind entsprechende Finanzierungsmöglichkeiten dauerhaft sicherzustellen.
- » Die bestehenden Raumkonzepte sind jeweils einrichtungsbezogen weiterzuentwickeln. Neue Konzepte sehen in der Regel kleinere Gruppengrößen vor. Um die Gruppen zu entzerren, sind mehr Räume notwendig. Es bedarf einer systematischen Aufnahme vorhandener Räumlichkeiten und deren Nutzung sowie eine Bedarfsanalyse zusätzlicher Räume, auch mit Blick auf die Umsetzung der Ansprüche an Familienzentren bzw. Orten der Integration im Quartier.

- » Wunsch der Familienzentren (Kitas) ist es, mehr Kapazitäten für Service einrichten zu können. Für das Bürgertelefon fehlen den Eltern die sprachliche Kompetenz und auch das Vertrauen. In der Einrichtung könnten Beratungen zu Anträgen und die Übersetzung von Papieren angeboten werden. V. a. Rumänen und Bulgaren öffnen sich nur, wenn sie Vertrauen haben, die Personen und die Räumlichkeiten kennen.

5.6 ENTWICKLUNGSPHASE Ü3 BIS GRUNDSCHULÜBERGANG

Viele Familien leben heute in prekären Situationen. Das hat sich geändert gegenüber der Zeit, als in Duisburg-Marxloh vor allem türkischstämmige Migranten wohnten. Heute ziehen vor allem Familien aus Rumänien und Bulgarien nach Marxloh, viele davon leben ausschließlich vom Kindergeld. Die Lebenssituation ist schwierig und die Kinder bekommen früh die Problematik zu Hause und die Überforderung der Eltern mit. Viele der Kinder haben Sorgen, der Umgang damit ist unterschiedlich.

Stärkere individuelle Förderung notwendig

- » Die Zusammensetzung der Kinder in den Kitas hat sich in den letzten fünf bis sechs Jahren sehr verändert. Dominierten ursprünglich türkischstämmige Kinder die Gruppen, sind in den letzten Jahren viele Kinder aus Rumänien, Bulgarien, Ex-Jugoslawien und z.T. aus Flüchtlingsfamilien dazu gekommen. Die Gruppen sind sehr viel heterogener, was als Bereicherung angesehen wird.
- » Es gibt kaum „gefestigte“ deutsche Kinder in den Gruppen. In der Regel sind diese Kinder auf Plätzen mit Förderbedarf, aus sozialschwachen und bildungsfernen Familien, die selbst Sprachförderung benötigen.
- » Der Alltag in der Kindertagesstätte hat sich durch die vielen Kinder mit besonderem (sprach-) Förderbedarf stark gewandelt. Jedes einzelne Kind benötigt viel mehr Aufmerksamkeit. „Wenn ich einem Kind was erkläre und ich sehe, dass ein anderes Kind sich bekleckert, kann ich nicht einfach sagen: lauf mal schnell und wasch Dir die Hände. Das Kind versteht mich ja gar nicht. D.h. ich muss die Erklärung mit dem einen Kind abrechnen, um dem anderen Kind gestikulierend zu erklären, dass es Hände waschen soll, meistens aber muss ich aufspringen, mit in den Waschraum gehen und zeigen, was ich meine.“

- » Auch Gruppenarbeiten sind kaum noch möglich. Viele Kinder können noch keinen Stift halten oder die Schere benutzen. Aufgrund fehlender Sprachkenntnisse sind Erklärungen zeitintensiver geworden, weshalb Kleingruppen sinnvoll sind, um einzelne Kinder richtig anzuleiten.
- » Dass kleine Gruppen gebildet werden müssen zeigt sich schon im Morgenkreis... „früher hat jedes Kind zwei/drei Sätze zur Begrüßung im Morgenkreis gesagt und die Runde war in zehn Minuten zu Ende. Heute fällt es den Kindern so schwer, etwas zu sagen, dass wir für einen Morgenkreis eine Stunde benötigen würden, wenn wir es ernst nehmen würden. Nach ein paar Minuten langweilen sich aber schon die ersten, weil sie gar nicht verstehen, was die anderen versuchen zu sagen und es kommt eine Unruhe auf, die es unmöglich macht, die Kinder länger im Kreis zu halten. Und so gestaltet es sich mit ganz vielen Dingen, über die man früher nicht nachgedacht hat, sondern einfach gemacht hat.“

Räume fehlen für adäquate Betreuung und ergänzende Elternarbeit

- » Von den Gesprächspartnern vor Ort wird von Einrichtungen berichtet, die unter Raummangel leiden. Notwendige Konzepte, mit denen adäquat auf die veränderten Rahmenbedingungen eingegangen werden könnte, zielen auf Gruppenarbeiten in Kleingruppen sowie auf Elternarbeit (parallel zur Kinderbetreuung). Beides kann in den Einrichtungen nach den Aussagen der Gesprächspartner nicht entsprechend geleistet werden.
- » Selbst in den ausgebauten Familienzentren stehen nicht genügend Räume zur Verfügung. Als Familienzentrum sind Räumlichkeiten sowohl für die Kinderbetreuung aber auch für Elternangebote notwendig (z. B. Mutter-Kind-Gruppen, Sprachkurse für Eltern etc.).

Kinder so früh wie möglich unterstützen

- » Durch die angespannte Situation in Bezug auf Kitaplätze bekommen viele Kinder erst mit vier oder fünf Jahren einen Kitaplatz und stehen damit bereits kurz vor der Einschulung. Aus Expertensicht wären die Sprachdefizite vielleicht nachzuholen, würde das Kind mit anderen deutschsprachigen Kindern spielen. Aber in der heterogenen Gruppenzusammensetzung, ist die Lücke so schnell nicht zu schließen.

- » Kinder, die bereits mit zwei Jahren kommen und rund drei Jahre in der Einrichtung bleiben, wachsen wie in einer Zweisprachigkeit auf und können ihr Deutsch viel besser entwickeln, auch wenn sie keine Vorbilder haben.
- » Viele der Kinder, die mit drei, vier oder fünf Jahren in die Kindertagesstätte kommen, bringen wenig Grunderfahrungen in Bezug auf Basteln, Spielen, Esskultur, Hygiene etc. mit. Der Umgang mit Schere, Besteck etc. muss oft erst erlernt werden.
- » Wichtig ist ebenfalls, dass das Erzieherteam gut besetzt ist und Gruppenarbeit in Kleingruppen möglich ist. Dann kann viel aufgefangen werden, auch wenn vom Elternhaus nicht so viel Unterstützung geleistet werden kann.

Anforderungen an die Mitarbeiter steigen

- » Insbesondere bei der heterogenen Zusammensetzung der Gruppen und den vielen individuellen Hintergründen, die die Kinder mitbringen (keine/kaum deutsche Sprachkenntnisse, z.T. Traumatisierung, Vernachlässigung) bedarf es einer intensiveren Betreuung der Kinder. Viele Kinder tragen Sorgen mit sich, die im Alltag sehr belasten. Waren es nach Schätzungen der Experten früher vereinzelte Kinder, sind es inzwischen fast alle. Hierbei ist es wichtig, dass Fachpersonal mit einer pädagogischen Ausbildung die Betreuung übernimmt. Ehrenamtliche wie Vorlesepaten sind eine Ergänzung, stoßen aber aufgrund fehlenden fachlichen Know-hows oft an Grenzen und fühlen sich mit der Arbeit überfordert.
- » Der Austausch zwischen den unterschiedlichen Kitas in Marxloh ist sehr wichtig und findet regelmäßig statt.
- » Der Austausch zwischen Kindergarten und Grundschulen ist sehr wichtig. Rund alle drei Monate gibt es ein Treffen zum Austausch.
- » Die Kooperation zwischen Grundschule und Kindertagesstätte wird in der Regel bereits frühzeitig begonnen. Die Kinder aus der Kindertagesstätte besuchen beispielsweise bereits den Ganzttag in der Grundschule und gewinnen damit einen Einblick in die Einrichtung.

Aus Expertengesprächen resultierende Empfehlungen:

Ergänzend zu den Empfehlungen aus dem Bereich U3 sind hier folgende Punkte wichtig:

- » Auch im Ü3-Bereich bestehen Kapazitätsengpässe. Nach Eröffnung der zwei neu vorgesehenen Kitas ist der Kapazitätsbedarf neu zu überprüfen.
- » Nach Aussagen der Akteure vor Ort besteht aktuell kein akuter Handlungsbedarf bei der Weiterentwicklung der bestehenden Schnittstellen Kita-Grundschule.

5.7 GRUNDSCHULE

Die Situation in den Grundschulen in Duisburg-Marxloh hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund ist weiter gestiegen, aktuell kommen viele Kinder aus Familien der EU-Neuzugewanderten aus Rumänien und Bulgarien, aber auch aus Libyen, Syrien, Bosnien, Algerien etc. Anfang des Jahres 2018 lag der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund in einer der Grundschulen in Marxloh beispielsweise bei 92 %.

Die Mehrheit der Kinder ist nicht schulreif, wenn sie in die erste Klasse kommt (sprachlich, motorisch etc.) oder im laufenden Schuljahr als Quereinsteiger dazu stoßen. Insgesamt bedarf es einer intensiven Auseinandersetzung seitens der Lehrer und Schulleitungen mit den veränderten Herausforderungen. Bestehende Lehrpläne und -konzepte können oft nicht mehr angewendet werden.

Keine einfache Kindheit – Mehrfachbelastungen

- » Viele Kinder leben in prekären Lebenslagen. Insbesondere mit Blick auf die EU-Neuzuwanderer gibt es nach Einschätzungen der Experten nur vereinzelt Familien, die in einer geregelten, strukturierten Situation leben.
- » Durch den Zuzug von Geflüchteten gibt es eine nennenswerte Gruppe von Kindern, die traumatisiert ist. Deutlich wird dies z. B. durch die große Unruhe, die diese Kinder ausstrahlen sowie an der Anspannung, unter der die Kinder stehen. Die Emotionen der Kinder sind unterschiedlich, manche Kinder sind traurig oder in sich gekehrt. Bei

anderen sind Folgen der Traumatisierung spontane Wutausbrüche und Aggressionen, insbesondere bei Jungen. Um diese Gruppe von Kindern wieder zu stärken, wurde in der Schule ein Stärkungsprojekt begonnen.

- » Die wenigen deutschen Kinder im Klassenverbund kommen überwiegend aus problematischen Haushalten. Viele Familien leben im Leistungsbezug und sind in ständiger Sorge über das Morgen.
- » Auch Kinder von Alleinerziehenden bedürfen einer besonderen Beachtung, da sie in der Regel bereits früher selbständig sein müssen und häufiger alleine sind. Oft fallen diese Kinder durch besonderen Bedarf an Aufmerksamkeit und Zuneigung auf. Insgesamt ist die Anzahl von Kindern Alleinerziehender gering, beispielhaft liegt der Anteil an einer Grundschule bei geschätzt unter 5 %.
- » Insgesamt leben sehr viele Haushalte in reduzierten Lebensverhältnissen. Nach Schätzungen einer Grundschule liegt der Anteil der Kinder im SGB II-Bezug bei ungefähr 80 %. Es gibt auch Familien, die nur vom Kindergeld leben, z.T. auch von illegalen Einkünften oder Minijobs. In nur wenigen Familien arbeiten beide Elternteile.
- » Viele Kinder kommen mit Hunger in die Schule. Ein Frühstück zu Hause und eine warme Mahlzeit am Tag ist bei vielen Kindern nicht gegeben. Auch wenn einige Schulen bereits mit Stiftungen (z. B. „Brotzeit“), Unternehmen (z. B. Rewe) oder der Tafel kooperieren, ist eine flächendeckende Versorgung der Kinder nicht gewährleistet.
- » Auch im Nachmittagsbereich (z. B. Hausaufgabenbetreuung/sozialpädagogische Angebote) wird die Erfahrung gemacht, dass Kinder hungrig sind und Angebote wie Obst oder Brot jeweils sehr gut angenommen werden.
- » Neben der Unterversorgung ist die Fehlernährung ein Thema, was zu Entwicklungshemmnissen führen kann. Kinder kommen laut Berichten der Akteure vor Ort oft mit ungesundem Essen, wie Chips oder koffeinhaltigen Getränken zur Schule oder in die Nachmittagsbetreuung.
- » Eine gepflegte Atmosphäre beim Essen und familiäre Tischkultur ist für viele Kinder ebenfalls neu. Das Essen am Tisch mit Messer und Gabel, die Kommunikation und der Austausch dabei – vieles muss erst gelernt werden.

- » Bei manchen Kindern wirkt die Wohnsituation ebenfalls hemmend auf die schulische Entwicklung/den Schulalltag. Es gibt sehr kinderreiche Familien, die in verhältnismäßig kleinen Wohnungen leben. Hier ist es schwierig, eine gesunde „Lernatmosphäre“ zu schaffen. Es gibt zudem Kinder, die in Problemhäusern aufwachsen: Wohnungen ohne abschließbare Türen, Überbelegung von einzelnen Räumen, keine richtigen Schlaf-, Ess- und Aufenthaltsbereiche, extrem unhygienische Verhältnisse, zum Teil verfügen die Wohnungen noch nicht mal über Strom und Wasser.
- » Die Kinder sprechen überwiegend nicht Deutsch. Sie kommen in eine neue Einrichtung, in neue Strukturen und können sich nicht in ihrer Muttersprache verständigen.
- » Viele Eltern sind sehr bildungsfern aufgewachsen, so dass der Bildung und dem Lernen keine oder nicht genug Bedeutung beigemessen wird. Das macht es für die Kinder noch einmal schwieriger, für Hausaufgabenhilfeangebote oder den Ganzttag etc. zu Hause zu werben.
- » Kein Schulplatz! Es gibt in Marxloh Kinder, die nicht zur Schule gehen, weil es keinen Schulplatz für sie gibt. Die Zahl ist im Grundschulbereich nicht ganz so hoch wie bei den weiterführenden Schulen, aber: es gibt Kinder, die keinen Schulplatz haben!

Kinder sind bei Schuleintritt überwiegend nicht schulreif

- » Der Anteil der Kinder, die in Duisburg-Marxloh schulreif eingeschult werden, ist sehr deutlich gesunken. Beispielhaft sind in einer Grundschule von 50 Kindern in den letzten vier Jahren jeweils zwischen 10 bis 13 Kinder schulreif gewesen. Die Ausnahme an den Schulen sind leistungsstarke Kinder, „die ihren Weg gehen“. Es gibt auch keine gefestigten deutschen Kinder mehr, die als Vorbild und als Unterstützung im Klassenverbund helfen können.
- » Beispielhaft gibt es an einer Grundschule bei den Neuzugängen eine Klasse, die vollständig von rumänischen und bulgarischen Kindern besucht wird. In der zweiten Klasse ist die Zusammensetzung deutlich heterogener, aber auch hier hat nur rund die Hälfte der Kinder Vorkenntnisse in der deutschen Sprache.
- » Es wird vermutet, dass viele Kinder ihre eigene Sprache auch nicht ganz korrekt sprechen können. Dies ist jedoch schwer zu überprüfen.

- » In der Schule sollen alle Kinder miteinander Deutsch sprechen. Auch in der Nachmittagsbetreuung wird Wert darauf gelegt, dass die deutsche Sprache der gemeinsame Nenner ist. Nichtsdestotrotz wäre es für die Kinder eine Stärkung, wenn sie ihre Heimatsprache ebenfalls weiterentwickeln könnten – aus Sicht der Lehrer/Erzieher ist Zweisprachigkeit ein Vorteil für die Zukunft.
- » Auch wenn mittlerweile bei vielen Familien das Bewusstsein da ist, dass schulpflichtige Kinder in der Schule sein sollten, ist für viele die Notwendigkeit der Vorbereitungszeit in der Kindertagesstätte, um Deutsch zu lernen und auf die Schule vorbereitet zu werden, noch nicht bewusst. Es wird von aktuellen Erfahrungen berichtet, nach denen rund 60 % der Kinder in einer Eingangsklasse keine Kitaerfahrung haben. Viele dieser Kinder sind bisher sehr anregungsarm aufgewachsen. Sie haben keine Spielerfahrungen (Themen wie „gewinnen“, „verlieren“ oder „das Einhalten von Spielregeln“ sind neu) und wissen mit Puzzle oder Karten nichts anzufangen. Es bestehen auch keine Ideen, was mit Bastelmaterial gemacht werden kann. Viele können nicht mit Stift und Schere umgehen.
- » Darüber hinaus haben einige Kinder keine hygienischen Vorkenntnisse (Hände waschen, Zähne putzen etc.), die saubere Nutzung von Toiletten muss zum Teil erlernt werden sowie das Sitzen und Essen am Tisch.

Die Kinder haben viele Potenziale – diese werden nicht ausgeschöpft – Ganztagsbetreuung für alle...

- » Es gibt sehr lernfähige und motivierte Kinder. Viele Kinder kommen gerne zur Schule. Insbesondere auch, weil sie in der Schule Wärme und Wertschätzung erfahren.
- » Aktuell gibt es einen Engpass an Ganztagsbetreuungsplätzen in den Grundschulen. Es bestehen Wartelisten. Eine Grundschule mit rund 290 Kindern bietet beispielsweise 75 Plätze, auf der Warteliste stehen weitere rd. 30 Kinder. Aus Sicht der Lehrer/Erzieher wäre für die meisten Kinder – fast alle - eine Ganztagsbetreuung sinnvoll.
- » In der Ganztagsbetreuung werden sozialpädagogische Angebote gemacht, die die Kinder stärken und ihnen Struktur geben, die sie zu Hause nicht erfahren. Für viele Eltern ist zudem das regelmäßige

warme Mittagsangebot ein wichtiger Aspekt, dass die Kinder an der Ganztagsbetreuung teilnehmen. Die Ganztagsbetreuung ist ein Ort, in dem die Kinder viel über das Zusammenleben mit unterschiedlichen Nationalitäten erfahren und lernen.

- » In Duisburg gibt es keinen „Förderindex“ für Grundschulen, der es ermöglichen würde, Schulen mit besonderen Bedarfen in ihrem Ganztagsbetrieb noch einmal gesondert zu fördern. Es gibt bisher eine Schulstandortbewertung in Duisburg, anhand von statistischen Indikatoren. Diese Schulstandortbewertung könnte z. B. als Förderindex genutzt bzw. weiterentwickelt werden, um den Ganzttag dort besonders zu fördern, wo es aus präventiver Sicht wie an Marxloher Grundschulen besonders erforderlich ist.
- » Ohne eine solche gesonderte Förderung gibt es auch keine zusätzlichen Mittel im Ganzttag für Fortbildungen und Weiterbildungen.
- » Der Kostenbeitrag für den Ganzttag beläuft sich auf mindestens 15 Euro/Monat (einkommensabhängig, aber es gibt keine komplette Befreiung). Hinzu kommen 20 Euro als Kostenbeitrag für die Verpflegung. Für einige Eltern stellt dies eine finanzielle Hürde dar, dennoch ist die Nachfrage nach Plätzen viel größer, als aktuell abgedeckt werden kann. Als Grund für die Beschränkung werden sowohl räumliche Engpässe in den Einrichtungen aber auch die finanziellen Engpässe der Stadt Duisburg (Eigenanteil der Stadt) angegeben.
- » Bei der Auswahl der Kinder werden zunächst Kinder von Alleinerziehenden und an zweiter Stelle von Eltern, die beide berufstätig sind, gewählt. Im Anschluss werden bereits soziale Aspekte berücksichtigt.
- » Duisburg ist laut Experten zudem eine der wenigen Städte in NRW, die an die Träger des Ganztages nur den Mindestbeitrag zahlt: zwei Drittel werden vom Land übernommen, ein Drittel von der Kommune. Es gibt keinen zusätzlichen Eigenanteil aus dem städtischen Haushalt für den Ganzttag (so wie in anderen Kommunen üblich) – das ist bei der prekären Situation vor Ort eine große Herausforderung für den Träger, der dennoch hohe Qualität abliefern möchte und soll.
- » Problematisch stellt sich für viele Familien die Teilnahme der Kinder an Nachmittags-AGs dar. Wenn Eltern die Kinder nachmittags erneut zu einem Angebot bringen müssen, stellt das oft eine Hürde dar. Ein

Vorschlag war, Bringdienste für solche Angebote zu organisieren, um mehr Kindern den Zugang zu ermöglichen.

- » Die Beobachtungen zeigen, dass rumänische Zuwanderer, aber auch Libanesen ihre Kinder sehr früh alleine in die Schule schicken. Von den Kindern wird frühzeitig eine gewisse Selbständigkeit erwartet, die Kinder werden versorgt, aber nicht emotional geborgen aufgezogen. Unter den türkische Kindern und Familien gibt es in Duisburg-Marxloh eine sehr stabile Gruppe, die allerdings immer kleiner wird. Durch den starken Zuzug von Rumänen und Bulgaren ist die türkische Community deutlich kleiner geworden.

Elternarbeit gestaltet sich sehr schwierig

- » Es gestaltet sich sehr schwierig mit den Eltern der EU-Neuzuwanderer zu kommunizieren und Verabredungen zu treffen. Sie stellen im Schulalltag keinen verlässlichen Partner für die Kinder und Lehrer dar. Oft rührt diese Skepsis gegenüber der Schule (oder auch anderen Einrichtungen) aus Unkenntnis oder eigenen negativen Erfahrungen. Viele Eltern sind Analphabeten oder haben keinen Schulabschluss und können den Stellenwert der Bildung in Deutschland nicht einordnen.
- » Anders stellt sich die Situation bei Flüchtlingsfamilien dar. Insbesondere in Bezug auf die Eltern und die Elternarbeit sind hier verlässliche Verabredungen zu treffen. Sie sind nach Einschätzung der Experten bildungsorientiert und mit der Institution Schule und bestehenden Strukturen vertraut.
- » Eltern sind oft mit der eigenen Lebenssituation überfordert. Es fehlen Sprachkenntnisse, oft sind die Fluchterfahrungen nicht verarbeitet und Sorgen über die Frage, wie es weitergeht, wirken beklemmend. Lehrer erleben in persönlichen Gesprächen wie z. B. Elterngesprächen emotionale Ausbrüche, die die Verzweiflung und Sorgen zum Ausdruck bringen.
- » Eine Überforderung der Eltern wird beispielsweise auch bei jungen Müttern konstatiert, die selber noch nicht gefestigt im Leben stehen und keine Unterstützungssysteme (z. B. Familie) haben, auf die bei Bedarf zurückgegriffen werden kann.
- » Die Begleitung der Eltern in Marxloh ist sehr zeit- und ressourcen-

intensiv. Ein Schreiben, selbst, wenn es übersetzt ist, bringt oft wenig bis gar nichts. Vielmehr geht es darum, die Eltern immer wieder persönlich anzusprechen, Anlässe zu schaffen, dass die Eltern in die Schule kommen, in den Schulalltag der Kinder eingebunden werden (z. B. gemeinsames Essen, gemeinsamer Ausflug, Informationen oder Weiterbildungsangebote) und wenn nötig auch Dolmetscher für wichtige Themen und Fakten zur Seite zu haben.

- » Immer wieder bleiben Kinder vom Unterricht fern. Beispielhaft hat eine Schule berichtet, dass ca. 10-15 Bußgeldverfahren wegen „Schule schwänzen“ im Jahr eingeleitet werden. In der Regel zahlen die Eltern das Bußgeld jedoch nicht. Hier ist Vorsicht geboten, „Wenn da keiner hinterher ist, dass die bezahlt werden, dann nimmt die Schule irgendwann keiner mehr ernst.“
- » Elterncafés gelten als niedrigschwellige Plattform, die mittlerweile relativ gut angenommen werden. Auch bulgarische Eltern kommen zunehmend dazu. Sinnvoll wäre ein muttersprachliches-Angebot im Elterncafé, damit Kommunikation und Austausch stattfinden können.
- » Eltern müssen auch in institutionellen Angelegenheiten, zum Beispiel bei der Einschulung ihrer Kinder, unterstützt werden. Als neu zugewanderte Kinder und Jugendliche ohne ausreichende Deutschkenntnisse müssen die einzelnen Stationen im Anmeldeprozess durchlaufen werden, die nach Auskunft der Interviewpartner auch Hemmungen verursachen. Nach der Anmeldung beim Bürgerservice/Ausländeramt erfolgt zunächst die Erstberatung im Kommunalen Integrationszentrum und anschließend die verpflichtende Schuleingangsuntersuchung im Gesundheitsamt. Danach erhalten die Eltern eine schriftliche Mitteilung, an welcher Schule sie ihr Kind anmelden können. Um diesen Prozess für die Zielgruppe transparent zu machen, stellt das Amt für Schulische Bildung in Kooperation mit der Schulaufsicht, dem Kommunalen Integrationszentrum und mit Unterstützung von Duisburger Lehrer*innen des herkunftssprachlichen Unterrichts Audiodateien und Texte in den gängigsten Sprachen zur Verfügung. Darüber hinaus können sich die Eltern bei speziellen Fragen rund um den Einschulungsprozess auch direkt an das Amt für Schulische Bildung (u.a. Clearingstelle) oder das KI wenden.

Teilhabe ist oft nicht möglich...

- » Aufgrund der familiären Situation erhalten viele Kinder einen Bildungs- und Teilhabe-Zuschuss (BuT). Es zeigt sich jedoch, dass in Marxloh deutlich weniger BuT-Anträge gestellt werden als dies möglich wäre. Der Antrag wird nur gewährt, wenn die Eltern einen SGB II-Bezug nachweisen können. Die Gewährung der Gelder ist zeitlich begrenzt. Das Procedere ist für viele Eltern schwierig und kann nur über die Träger organisiert werden. Nicht selten schaffen es die Eltern nicht, die notwendigen Papiere zusammen zu stellen und melden ihre Kinder von den Angeboten lieber wieder ab. Teilweise müssen Eltern auch in Vorkasse gehen, weil die Bearbeitung der Anträge aktuell sehr lange dauert. Auch aus diesem Grund springen viele Eltern wieder ab und die Kinder dürfen die geplanten Angebote nicht wahrnehmen – selbst wenn sie grundsätzlich einen Anspruch hätten. Dies geht soweit, dass Eltern ihre Kinder beispielsweise wieder vom Mittagessen abmelden. Ebenfalls schwierig stellt sich die zeitliche Begrenzung der Leistungsbescheide dar, die nicht an Schulhalbjahre bzw. Kursangebote gebunden sind. Nur durch das Lückenschließen durch Sponsoren, kann für die Kinder dann Kontinuität gewahrt werden.

Methodisch-didaktische Konzepte an den Schulen sind nicht immer passgenau

- » Die bestehenden methodisch-didaktischen Konzepte passen oft nicht mehr auf die Situationen an den Grundschulen und damit einhergehenden Anforderungen. Nach Aussagen von Lehrern vergeht das erste Halbjahr der ersten Klasse vor allem damit, den Kindern das beizubringen, was sie in der Vergangenheit mehrheitlich aus der Kindertagesstätte an Vorwissen mitgebracht haben. Die Sprachbarrieren hemmen die Vermittlung von Strukturen, Regeln und Werten dabei zusätzlich.
- » Um Sprachbarrieren abzubauen wurde in Duisburg das Projekt der interkulturellen Beraterinnen (IKB) initiiert. Insgesamt 20 Honorarkräfte unterstützen den Austausch zwischen Institutionen, Akteuren und den Familien ihrer Community. Die Arbeit der interkulturellen Beraterinnen ist für die Schulen sehr wichtig, da sie nicht nur die Sprache sondern auch die Mentalität der Menschen verstehen und das Leben und die Kultur der Deutschen zurück transportieren können. Teilweise sind die Berater auch in den Schulen verortet. Negativ wirkt sich aus, dass die Berater Honorarverträge erhalten und dadurch eine hohe Fluktuation besteht.

- » Die Kinder starten mit sehr unterschiedlichen Voraussetzungen, so dass kein einheitlicher Klassenunterricht oder einheitliche Hausaufgaben gegeben werden können. Die Betreuung der Kinder ist sehr individuell geworden und Kleinigkeiten des Einzelnen müssen als Erfolgserlebnis gewertet werden.
- » Manche Schulen gehen dahin, den Kindern keine Hausaufgaben mehr aufzugeben, da Kinder, die zu Hause keine Unterstützung erhalten, dann zusätzlich benachteiligt sind. Ein anderer Ansatz ist, in der ersten oder fünften/sechsten Stunde „Lernzeit“ für alle Kinder der Klasse anzubieten. Dies hat den Vorteil, dass die Kinder ihre Hausaufgaben innerhalb der Schulzeit machen können, professionelle Unterstützung bekommen und im Anschluss die „freie“ Zeit besser genießen können.
- » Die Schulleitungen und Lehrer benötigen viel mehr Zeit für Teamarbeit und die Vernetzung mit weiteren Akteuren (viele davon aus dem Quartier), um beispielsweise Zusatzangebote für die Schule zu generieren (z. B. mit Stiftungen für die Unterstützung von Mittagessen, mit Trägern für die Betreuung der Kinder oder besonderer Kindergruppen, mit Fachpersonal für die gesundheitliche Entwicklung der Kinder u.v.m.). Diese Arbeit wird aktuell „on top“ geleistet und ist abhängig von dem großen Engagement der Lehrer, Leitungen und Akteure vor Ort.
- » Die Fluktuationsrate in den Klassen liegt bei 10-20 % im Jahr. Quereinsteiger bringen in der Regel die gleichen Probleme mit wie Neueinsteiger.

Schule und ihre Ausstattung ist z.T. nicht auf die Veränderungen eingestellt

- » Es gibt unbesetzte Lehrerstellen an den Grundschulen in Duisburg-Marxloh.
- » Die Bildungsinfrastruktur befindet sich aktuell in einer Grauzone, u.a. auch, was die Leistungsbewertung betrifft. So bekommen die Kinder bei den Übergangszeugnissen 4*. Das Sternchen wird dann unter dem Zeugnis wie folgt erklärt: „Es wurde der individuelle Lernfortschritt bewertet“. Eine Bewertung im Vergleich zu anderen Grundschulen ist nicht möglich.

- » Die Grundschulen arbeiten mit den weiterführenden Schulen zusammen. Es gibt jedoch noch kein Konzept, wie die Bemühungen der Grundschule in die weiterführenden Schulen fortgesetzt werden bzw. die Konzepte aufeinander abgestimmt werden.

Fehlende Raumangebote als hemmender Faktor

- » Die Interviewpartner bemängeln die knappen Raumkapazitäten in den Einrichtungen vor Ort. Die schwierigen Ausgangsbedingungen, mit denen die Kinder starten, erfordern eine intensivere Betreuung in kleinen Gruppen – möglichst in ruhigem (Lern-)umfeld. Dies gilt sowohl für die schulischen Einrichtungen als auch Angebote in der Nachmittagsbetreuung.
- » Aktuell kann in einer Grundschule kein Frühstück angeboten werden, obwohl ein Stiftungsangebot („Brotzeit“) dieses finanzieren würde. Die Umsetzung scheitert an fehlenden Räumlichkeiten.
- » Ebenso wird berichtet, dass Räume für den offenen Ganzttag fehlen. Die Anzahl der Plätze ist begrenzt.
- » Auch das neue Projekt „Begleiteter Schulanfang“ konnte aufgrund von Platzmangel nicht in allen Grundschulen umgesetzt werden.

Sehr engagierte Akteure – aber kein Gesamtkonzept für Marxloh

- » In Marxloh gibt es eine Vielzahl von Institutionen und Einrichtungen, die unter schwierigen Ausgangsbedingungen ihre Arbeit leisten. Die Akteure, die im Rahmen der Untersuchung als Gesprächspartner zur Verfügung standen, berichteten alle sehr engagiert von ihrer Arbeit. Es werden permanent Lösungen und Brücken im Alltag gesucht, um mit den schwierigen Rahmenbedingungen zu arbeiten und den Kindern die bestmögliche Unterstützung und Ausbildung zu geben. Dennoch fehlt es an einem Gesamtkonzept, das sich mit der Thematik „Zuwanderung in Marxloh“ umfassend auseinandersetzt. Benötigt wird eine politisch gewollte gemeinsame Strategie, die die ineinandergreifenden Ansätze nutzt und fördert. Dieses fehlende Gesamtgerüst führt zu individuellen Lösungen und Kraftakten an jeder einzelnen Institution.
- » Ein konzeptioneller Ansatz, der aufgrund eines Brandbriefes der Schulen an die Schulaufsicht entstanden ist, zeigt einen systema-

tischeren Lösungsansatz auf: Das erweiterte Schulmodell (ESM) ist ein pädagogisches Konzept, welches die Schulaufsicht mit dem Schulträger zusammen erarbeitet hat, unter der Voraussetzung, dass nicht mehr finanzielle Ressourcen und Lehrerstellen zur Verfügung stehen. Ein Baustein des erweiterten Schulmodells ist der „begleitete Schulanfang“. In Marxloh haben viele Kinder keinen Kindergartenplatz und kommen somit ohne Vorbildung in die Schule. Mit dem begleiteten Schulanfang können diese Kinder bereits in dem Jahr des Schuleintritts ab Januar/Februar an zwei Vormittagen in die Schule kommen. Im Rahmen einer vorschulischen Erziehung lernen sie den Tagesablauf in der Schule, sie lernen die Räume kennen und sind bei Schulstart gefestigter. Zusätzlich wird ein ergänzendes Angebot für die Eltern gemacht (in einer Grundschule hat sich beispielsweise eine Müttergruppe mit acht Müttern gebildet, die den Prozess parallel mit Weiterbildungen z. B. zur Ernährung, zu Schulfragen etc. begleitet hat. Ab Einschulung bis zu den Herbstferien werden die beiden Kollegen, die die Einführung begleiten, zusätzlich die neuen Schulkinder begleiten. An dem „begleitenden Schulanfang“ sollen alle Kinder teilnehmen, die nach Delphi V Sprachförderstest auf Sprachförderung getestet wurden und keinen Kindergartenplatz haben. Für diese Kinder ist die Kommune ohnehin verpflichtet, ein Angebot zu schaffen. In Marxloh gibt es an zwei Grundschulen eine Gruppe mit einer Gruppestärke zwischen zehn und zwölf Kindern. An einer dritten Grundschule hat der begleitete Schulanfang aufgrund von fehlenden Raumkapazitäten nicht funktioniert.

- » Die Schulen haben Schulsozialarbeiter. Unter anderem gibt es hier eine Kooperation mit der Haniel-Stiftung, insbesondere für Kinder, die nicht regelmäßig zur Schule gehen.
- » Die Initiative „Tausche Bildung für Wohnen“ betreut aktuell rd. 85 Kinder (60 % Grundschulalter und 40 % ältere Kinder) mit fünf Bildungspaten im Bundesfreiwilligendienst und einem Teilzeitpaten. Ein Teil der Kinder ist „unbeschult“. Diese Kinder kommen in den Vormittagsstunden. Nachmittags kommen Kinder, die ebenfalls in Kleingruppen mit vier bis fünf Kindern von einem Paten begleitet werden. Das Lernangebot besteht in der Regel zwei Mal wöchentlich und beinhaltet nicht nur Hausaufgabenhilfe sondern auch die Aneignung von sozialen Kompetenzen, Persönlichkeitsstärkung etc. Es gibt auch Spielzeiten, Bastelzeiten, kreatives Schreiben, Geschichten erzählen und vieles mehr. Tausche Bildung für Wohnen unterstützt vor allem auch das Ferienprogramm in Marxloh. Die Angebote können über das

BuT finanziert werden. Vor diesem Hintergrund kommen zu dem Angebot auch fast ausschließlich Kinder, die über BuT abrechnen können.

- » Die Soziale Dienste gGmbH des Vereins Runder Tisch Marxloh e.V. betreut aktuell rd. 170 Familien in Duisburg, davon kommen mehr als 50 % aus Marxloh. Das Angebot reicht von sozialpädagogischer Familienhilfe über das Jugendamt, Integrationshilfen, Einzelbetreuung, häusliche Eingliederungshilfe etc. Viele Angebote, die sich an Kinder ab sechs Jahren richten, sind über das Bildungs- und Teilhabepaket finanzierbar. Hierzu zählen Gitarrenschule, Schrottorchester, Trommeln, Freizeitaktivitäten, Nordlichter, Freestyle-Tanz etc. Die Angebote kosten zwischen 5 und 10 Euro/Monat (mit BuT-Unterstützung). Insgesamt kommen rund 150 bis 200 Kinder in der Woche in den Nachmittagsbereich. 30-40 Kinder nutzen Bildung- und Teilhabe, knapp 20 Kindern werden die Beiträge gespendet. Auch hier können viele Kinder nicht partizipieren, weil die Eltern die Unterlagen für die Anträge auf BuT nicht zusammenbringen. Die Kinder nehmen mehrere Male an den Angeboten teil und sobald sie gebeten werden, die Unterlagen mitzubringen, erscheinen sie nicht wieder. Für die Kinder ist dies extrem schade.
- » Ein weiteres, etabliertes Angebote ist das Projekt der interkulturellen Beraterinnen (IKB). Von den Akteuren im Stadtteil wird die Arbeit der Beraterinnen (v.a. Elternarbeit, Unterstützung an Kitas und Schulen) sehr geschätzt. Da die zur Verfügung gestellten kommunalen (Sprach-) Fördermittel vom Umfang her für eine begrenzte Anzahl von Interkulturellen Berater*innen reichen, können die Anfragen aus Kindertageseinrichtungen, Schulen und Fachdiensten nicht umfänglich bedient werden. Die anhaltend hohen Zahlen von Neuzuwanderern aus unterschiedlichen Herkunftsregionen führen auch weiterhin zu einem erhöhten Beratungs- und Unterstützungsbedarf des Personals in Bildungseinrichtungen. Für eine auch zukünftig nachhaltig wirkende diversitätsbewusste Bildungsarbeit im interkulturellen Kontext braucht die Kommune Duisburg der Kontinuität und Planungssicherheit wegen fest angestellte Interkulturelle Berater*innen.
- » Es gibt ein Kursangebote für arabische Flüchtlingseltern von einem Verein.
- » Es gibt einen Stärkungskurs für traumatisierte Kinder in der Schule.

- » Es sollen auch noch Kursangebote für die wenigen Leistungsstärkeren angeboten werden.
- » Landesprogramm „Alle Kinder essen mit“ – hier kann Geld für Kinder beantragt werden, die keine Transferleistungen (und damit auch BuT-Gelder) erhalten, aber dennoch unter der Armutsgränze leben (z. B. nur vom Kindergeld). Es muss ein Einkommensnachweis erbracht werden und – wie beim BuT-Geld – ein Eigenanteil geleistet werden.
- » In Deutschland gibt es im Gegensatz zu Bulgarien/ Rumänien kaum kostenlose Musikangebote. Viele Kinder haben keine Möglichkeit an Nachmittagsangeboten teilzunehmen, weil die finanzielle Situation der Familien dies nicht ermöglicht.
- » In Absprache mit Wohlfahrtsverbänden wird z. Z. ein Willkommensangebot für neu zugewanderte Kinder und Jugendliche, die auf eine Schulplatzzuweisung warten, geplant. Das außerschulische Programm will durch gemeinsame Aktivitäten Sprachfreude aufbauen, Modelle zum Sprachlernen anbieten und Projekte zur Werterziehung initiieren. Zugleich sollen die Kinder und Jugendlichen erste Kenntnisse zum Schulwesen erlangen.

Aus Expertengesprächen resultierende Empfehlungen:

- » Erforderlich ist ein flächendeckendes Angebot an Kitaplätzen für Kinder ab zwei Jahren als Vorbereitung für die Schulzeit.
- » Erforderlich ist eine flächendeckende, systematische Beratung der Eltern für einen Kitaeinstieg ab zwei Jahren, um die Kinder mit Sprachschwierigkeiten frühzeitig in Einrichtungen zu fördern.
- » Es sollte eine systematische Erfassung und Klärung der Fälle geben, in denen Kinder im Grundschulalter keinen Schulplatz haben.
- » Über die Schuleingangsuntersuchungen werden alle Kinder identifiziert, die nicht in die Kindertagesstätte gehen. Der begleitete Schulanfang sollte solange verstetigt werden, wie es Kapazitäts- und Zugangsgengpässe in den Regeleinrichtungen in Marxloh gibt.
- » Es sollten neue Schulkonzepte erarbeitet werden. In bestehende Klassen sollten flächendeckend Zusatzkräfte aus dem Elementarbereich

reich zur Unterstützung eingesetzt werden. Dem Differenzierungsbedarf muss personell und baulich besser Rechnung getragen werden.

- » Es werden Raumkonzepte für die bestehenden Grundschulen erarbeitet, die sich an den aktuellen Herausforderungen und notwendigen Rahmenbedingungen orientieren (z. B. vergrößertes Raumangebot für Gruppenarbeit, Essbereiche, Elternarbeit). Raumangebote sind zu erweitern bzw. den flexiblen Anforderungen anzupassen.
- » Es sollten flächendeckende Lösungen für die Ganztagsbetreuung entwickelt werden, um die gegenwärtige Engpasssituation zu entschärfen.
- » Es sollten Voraussetzungen geschaffen werden, dass alle Grundschulen die kostenfreien Frühstücksangebote umsetzen können und kostenfreie Mittagsangebote eingerichtet werden können.
- » Es sollte sichergestellt werden, dass die Möglichkeit des Bildungs- und Teilhabe-Paketes auch in Anspruch genommen wird. Hierfür sind praktikablere Ansätze zu erarbeiten. Der beispielhafte Umgang mit BuT-Geldern aus anderen Städten wird auf Übertragbarkeit geprüft: YouCardHamm (www.hamm.de/YouCardHamm) einfache und praktische Lösung der Stadt Hamm, um die bewilligten Leistungen in Anspruch nehmen zu können. Die bewilligten Leistungen werden direkt an den Leistungsanbieter ausgezahlt; Beispiel Lübecker Bildungsfonds.
- » Um allen Kindern die Teilnahme an Nachmittagsangeboten zu ermöglichen (solange es kein flächendeckendes Ganztagsangebot in den Schulen gibt), sollten Lösungen in Bezug auf Mittagsbetreuung und Bringdienste entwickelt werden (z. B. Paten, Lotsen etc.).
- » Bereits etablierte professionelle Angebote im Stadtteil, wie beispielsweise die Unterstützung der Elternarbeit sowie in Kitas und Schulen durch die interkulturellen Beraterinnen (IKB) sollten verstetigt werden, um hohe Fluktuationen bei den Honorarkräften und damit in der Arbeit zu vermeiden.
- » Engpässe bei der Elternarbeit sollten durch den Einsatz von Mittlern, Paten und Lotsen verringert werden.
- » Niedrigschwellige Sprachangebote für die Eltern in der Schule binden die Eltern an die Institution.

- » Der Zugang zur schulpsychologischen Beratung sollte verbessert werden (Kapazitätsengpässe beheben).
- » Die Schulpflicht sollte konsequent verfolgt werden. Dabei hat die persönliche Ansprache zum Beispiel auch durch Berater einen hohen Stellenwert. Hier sollten neue angepasste Formen entwickelt und Anreize für Eltern geschaffen werden (z. B. Grundversorgung der Kinder).
- » Es besteht Aufklärungsbedarf über Nachmittags-Angebote (Vereine, Musikschulen) sowie darüber, welche finanziellen Unterstützungsmöglichkeiten es gibt.

6. FAZIT

Wenn Prävention ernst genommen werden soll, bedarf es in Duisburg-Marxloh bei den aktuellen Rahmenbedingungen und Entwicklungen vor Ort eines „großen Wurfes“. Es haben sich Zustände „etabliert“, die dem Anspruch an ein gesundes Aufwachsen von Kindern mit Chancengerechtigkeit in Punkto Bildung nicht gerecht werden können. Aktuell gibt es viele Ansätze und engagierte Akteure im Stadtteil, die den Herausforderungen vor allem mit Einzelansätzen begegnen. Es bedarf aber mehr als dem, es bedarf einer stringenten und strukturierten Gesamtlösung für die Entwicklungsaufgaben. Diese Gesamtlösung in Form eines Gesamtkonzeptes der Kommunalen Prävention für Marxloh muss von der Politik gewollt sein und mit entsprechenden Ressourcen und Kompetenzen für die Umsetzung und Koordination ausgestattet sein. Aus Sicht der Akteure erfordern die Entwicklungen in Marxloh ein Gesamtkonzept sowie eine kommunale Koordinierungsstelle zur Umsetzung, deren Arbeit langfristig auf den Stadtteil ausgerichtet ist.

Bereits in der Einleitung wurden drei große Aufgabenschwerpunkte gekennzeichnet, die sich in den Gesprächen mit den Experten als besonders relevant herauskristallisiert haben. Dabei geht es um die Themen Gesundheit/Ernährung, Bildung und Wohnen. Da der Anteil der Kinder und Familien mit Migrationshintergrund in Marxloh dominiert (v.a. EU-Neuzuwanderung) steht diese Gruppe aktuell beim Thema Prävention im Fokus.

Die gesundheitliche Unterstützung von Kindern ohne Versicherungsschutz beschränkt sich gegenwärtig auf eine notfallmedizinische Betreuung in Akutsituationen. Auch hier sind Lösungsansätze gefordert, die es Kindern ermöglichen, regelmedizinische und gesundheitliche Angebote zu nutzen. Die Aufgabe der Erreichung eines Versicherungsschutzes, ggf. auch alternativ finanziert, ist eine zentrale Voraussetzung für den weiteren Aufbau von Präventionsmaßnahmen u.a. in und mit der Klinik.

In Bezug auf das Thema Gesundheit und Ernährung müssen Lösungen gefunden werden, die bereits bei den Schwangeren ansetzen. Es ist notwendig, die Möglichkeit der Inanspruchnahme von medizinischen Regelangeboten und Hebammenleistungen für die Zielgruppe der Schwangeren, die gegenwärtig nicht krankenversichert sind, zu schaffen. Darüber hinaus muss ein Weg gefunden werden, zum Beispiel über

eine kontinuierlich besetzte Anlaufstelle in der Geburtsklinik systematisch den Kontakt zu allen gebärenden Müttern aus Marxloh herzustellen und zu halten. Insbesondere zu den Müttern, die ansonsten nicht oder nur unsystematisch über die anderen Angebote im Petershof oder der Migrantenambulanz erreicht werden. Dieser systematische Zugang zu einem Zeitpunkt, zu dem Frauen und Familien sehr zugänglich für Unterstützung und Beratungen sind, würde für viele weitere Präventionsmaßnahmen insbesondere in der Nachsorge der Frauen, Vorsorge der Kinder und Beratung der Familien eine Grundlage darstellen. Umgekehrt sollte der Kontakt zu schwangeren Frauen über die Beratungsangebote genutzt werden, um sicherzustellen, dass Mütter nicht erst unter der Geburt eine medizinische Betreuung erhalten.

Entsprechend den erfassten Kriterien zu Unterstützungsbedarfen sollten die Unterstützungsangebote aus Sicht der Kinder priorisiert werden (z. B. Hebammen, Sozialberatung, psycholog. Beratung, Haushaltshilfe, etc.). Am Grundsatz der Freiwilligkeit der Unterstützung sollte festgehalten werden, wobei sicherzustellen wäre, dass Entscheidungen gegen die Inanspruchnahme von Unterstützungen bewusst und in Abwägung der Risiken getroffen würden. Auch an diese Beratungsstelle könnte die Information über Verhütungsmittel (und Abgabe an Frauen in extremer Armut) angebunden werden, damit eine Familienplanung in der Hand der Familien liegt.

Ein weiteres wichtiges Präventionsangebot, dass bereits zum Zeitpunkt der Geburt und damit an die Beratungsstelle im Krankenhaus gebunden werden kann, ist die Information über weiterführende/begleitende Angebote für das erste Lebensjahr (Zusammenführung der Trägerinformationen sowie des ASD und Nachhalten der Informationen/Auswertung von Nicht-Inanspruchnahme und weiterführende Beratung). Hierzu zählt auch die systematische Erfassung der kinderärztlichen Vorsorge.

Ein weiteres wesentliches Thema ist die Ernährung. Neben den Beratungsangeboten die bereits existieren und im Rahmen der Elternarbeit ausgebaut werden können, muss es Ziel sein, dass alle Kitas kostenfreie Frühstücks- und Mittagsangebote zur Verfügung stellen können. Diese Grundversorgung ist für die Entwicklung der Kinder essentiell. Zudem kann die kostenfreie Grundversorgung für viele Eltern einen Anreiz darstellen, ihre Kinder (frühzeitig/überhaupt) in der Kindertagesstätte anzumelden. Um dieses Angebot zu schaffen, müssen die aktuellen Hürden überwunden werden. Hierzu gehört nicht nur die Organisation

des Essens in der Kindertagesstätte (Personal, Platzangebot, Zusammenarbeit mit Stiftungen zur Finanzierung) sondern auch eine Lösung, wie Eltern ohne formale Hürden von Beiträgen befreit werden können.

Die Kinder frühzeitig in die Kitas zu bekommen, wäre eine der wirkungsvollsten Maßnahmen, da mit ihr verbunden viele andere Themen positiv beeinflusst werden können. Hierbei geht es nicht nur um die Grundversorgung sondern insbesondere auch um das Öffnen von Bildungschancen, Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, Demokratisierung und Integration. Aktuell ist die überwiegende Zahl der Schulkinder in der ersten Klasse nicht schulreif. Dies erfordert in den bestehenden Strukturen neue pädagogische Konzepte und neue Raumkonzepte.

Ein Kitabesuch ab zwei Jahren wäre notwendig, um Kinder, die sprachliche Schwierigkeiten haben und ggf. Defizite bei den Grundkenntnissen zur Schulreife, entsprechend vorzubereiten. Deshalb muss es Ziel sein, für alle Kinder ab zwei Jahren einen Kitaplatz vorzuhalten. Es ist wichtig, Eltern noch stärker bei der Entscheidung zu unterstützen, ihre Kinder frühzeitig in Kitas anzumelden. Dies muss über die Kontaktpersonen zu den einzelnen Communities geschehen. Hier sollte ein systematisches Vorgehen erprobt werden (u.a. Anlaufstelle Geburtsklinik).

Über die Schuleingangsuntersuchungen werden parallel alle Kinder identifiziert, die nicht in die Kindertagesstätte gehen. Kitaplätze oder Schulvorbereitungskurse werden allen Kindern als Vorbereitung für die Schule angeboten. Die Intensität der Vorbereitung wird in Abhängigkeit von den Grundvoraussetzungen (Sprache, Feinmotorik etc.) individuell bestimmt. Ziel muss es sein, dass alle Kinder mit Beginn der ersten Klasse Schulreife erlangt haben.

Gleichzeitig ist die weitere Unterstützung der Kitas als Familienzentren, die diese Funktion auch mit den Ansprüchen ausfüllen können, aber auch der Schulen als Orte der Integration sehr sinnvoll. Diese Institutionen müssen ihre Rolle als Dreh- und Angelpunkte im Quartier für Kinder- und Elternarbeit inklusive Beratungen und Angebote weiter ausbauen. Sie stellen elementare Knotenpunkte in einem kooperierenden Netzwerk dar. Der Investitionspakt „Soziale Integration im Quartier“ ermöglicht aktuell die Qualifizierung der sozialen Infrastruktur in benachteiligten Quartieren. Vor diesem Hintergrund wäre ein Überprüfen der Raumangebote und des Einsatzes eines Integrationsmanagers für alle Kitas und Schulen in Marxloh gegebenenfalls gewinnbringend.

Zur Stärkung der Kinder und im Sinne der Prävention ist eine weitere Notwendigkeit der Ausbau des Ganztagesangebotes. Was bedarf es, um allen Kindern ein Ganztagsangebot anbieten zu können? Lösungsansätze in Bezug auf Finanzierung, Organisation und Umsetzung müssen erarbeitet und umgesetzt werden. Von den Experten wird die Ganztagsbetreuung der Kinder in Kindertagesstätte und Schule als elementares Erfolgselement in der Prävention (Ernährung/Gesundheit, Bildung, Integration, Stärkung der Persönlichkeit etc.) gesehen.

Neben den Themen Gesundheit/Ernährung und Bildung sollte ebenfalls das Thema der problematischen Wohnsituationen in die Gesamtstrategie eingehen. Im Sinne der Prävention muss das Ziel verfolgt werden, dass kein Kind, keine schwangere Frau in desolaten Wohnverhältnissen mit Risiken leben. Hierzu bedarf es einer Definition, was „sichere Wohnverhältnisse“ bedeutet, auch unabhängig von rechtlichen Einstufungen der Kindeswohlgefährdung. Es müssen systematisch über Träger, Berater, Mittler und Dolmetscher etc. in der koordinierenden Stelle alle Familien erfasst werden, die in problematischen Wohnsituationen leben. Beratende, kommunikative Vorgehensweisen sowie eine stärkere juristische Unterstützung in Abstimmung mit den Ordnungsbehörden sollten weiterentwickelt werden. Ebenfalls notwendig ist die Entwicklung von Ansätzen der Wohnungsvermittlung für Familien in den regulären Wohnungsmarkt sowie die Klärung von Unterstützungsleistungen. Diese Vorgehensweisen stellen nicht die Erfordernis von Sanktionen gegenüber Eigentümern mit kriminellen und gefährdenden Vermietungspraktiken in Frage, setzen jedoch den Fokus auf die zu unterstützenden Familien als Nutzer, die bislang von diesen Wohnangeboten abhängig sind.

Die verschiedenen Präventionsschritte entlang biografischer Phasen oder auch thematischer Aufgaben erfordern auch ausreichende unterstützende Instrumente. Dazu zählt die Entwicklung praktikabler formaler Voraussetzungen, damit Leistungsangebote wie das Bildungs- und Teilhabepaket vor Ort nicht ins Leere laufen. Dazu zählen die erfolgreich agierenden Sprachmittler bzw. interkulturellen Berater, die weitaus häufiger und auch in Bereichen eingesetzt werden könnten, die sie bisher nicht bedienen können. Dazu zählen auch unterstützende Aktivitäten durch Patenmodelle, die entwickelt vor allem aber auch begleitet werden müssen. Zu den unterstützenden Instrumenten gehört ganz zentral die Behebung akuter Rummängel an den Einrichtungen. Dazu wären auch Personalstrategien zu zählen, die Hilfen im Umgang mit den Schwierigkeiten der Personalakquise ermöglichen, sofern ent-

sprechende Personalressourcen geschaffen werden. Letztlich bildet auch ein kommunaler Think tank (wie z. B. die Steuerungsrunde mit Unterstützung aus Stiftungen) einen wichtigen unterstützenden Baustein, der sich die Aufgabe stellt, Finanzierungsmöglichkeiten für die unterschiedlichen Bausteinen einer Kommunalen Präventionsstrategie in Marxloh auszuloten.

Aktuell ist in Marxloh eine Vielzahl von sehr engagierten Akteuren aktiv. Es werden Einzellösungen für permanent „aufpoppende“ akute Problemfelder entwickelt, jede einzelne Einrichtung versucht im Alltag mit den Herausforderungen bestmöglich umzugehen und das Wohl der Kinder und Familien in den Mittelpunkt zu stellen.

Es fehlt jedoch an einem ganzheitlichen Ansatz einer Präventionsstrategie, die deutlich macht, wo die Reise hingeht und welches Glied in der Kette darin welche Funktion übernimmt. Nur eine gemeinsame Strategie, bei der die Verantwortlichkeiten auf viele Schultern geladen werden, gleichzeitig aber deutlich wird, wer für welches Thema die Verantwortung innehat und Ansprechpartner ist, kann zu einer langfristig erfolgreichen Strategie führen. Dazu bedarf es mehr als „nur“ des Einsatzes der vielen extrem engagierten Akteure vor Ort. Dazu bedarf es einer politischen Aussage, wo Marxloh in zehn Jahren stehen soll mit den entsprechenden Unterstützungsleistungen und einer Koordinierungsstelle, die die Fäden in allen Themenfeldern zusammenführt. Es ist notwendig, im Rahmen der Kommunalen Prävention eine zentrale Schnittstelle zu verankern, die als Knotenpunkt für Bündelung, Vernetzung, Organisation und des Nachhaltens wirkt.

ANHANG

KINDER IN MARXLOH – BERICHTE, DOKUMENTE UND WISSENSCHAFTLICHE BEFUNDE

Gegenstand dieser `Literaturstudie´ ist die Dokumentationslage in Bezug auf die Zielgruppe der 0-10jährigen in Marxloh; eigentlich umfasst diese Gruppe (zumindest) 2 Zielgruppen, weil Probleme und der Umgang mit denselben zwischen Kindergarten- und Schulkindern stark differieren. Da die Bedeutung des vor- und unmittelbar nachgeburtlichen Bereichs angesichts der Zuwanderungsprozesse in Marxloh erheblich zunimmt, handelt es sich eigentlich sogar um 3 Zielgruppen – inklusive Schwangeren und Neugeborenen.

Förderprogramme und –maßnahmen stehen dabei im Mittelpunkt, Forschungsarbeiten und Wirkungsanalysen sind aber auch einschlägig, insbesondere wenn sie sozialräumliche Statistiken als Grundlage der Programme, Maßnahmen und Projekte liefern.

Die Förderung von Kindern, insbesondere deren Frühförderung, ist immer an die Eltern und deren Arbeits- und Lebenswelt gebunden, selbst da, wo sie direkt die individuelle Förderung oder den Schutz des Kindes als Ziel hat, bspw. bei der Sprachförderung im Kindergarten oder dem Impfschutz im Kleinkindalter. Häufig spielen aber eher indirekt wirkende Maßnahmen eine Rolle: die arbeitsmarktpolitische Förderung von Alleinerziehenden und die Bereitstellung niedrigschwelliger Beratungsangebote für unterschiedlichste Problembereiche (wie etwa Wohnen, Schulden etc.); selbst bauliche Wohnumfeldverbesserungen können hier als Beispiele dienen. Deshalb kommt die Zielgruppe der 0-10-jährigen in einer Vielzahl von Dokumenten explizit nicht vor, obwohl sie implizit mit `betroffen´ ist.

Darüber hinaus sind Kinder als Zielgruppe `Handlungsfeld´ für viele kommunale Regeldienste (Jugendamt, Kommunales Integrationszentrum/KI, Gesundheitsamt, Amt für schulische Bildung etc.). Auch da wird diese Zielgruppe selten (öffentlich) sichtbar, meist erst, wenn eine programmatische Einbindung in ein übergreifendes Handlungsfeld erfolgt, wie etwa bei den kommunalen Integrationskonferenzen (2005/2006), den Bildungsberichten der Stadt (2011) oder auch den städtischen Bildungskonferenzen (ab 2014). Das gilt auch für das (Stadtteil-) Projekt Marxloh (ab 1994), dessen Konzepte und Berichte aber nur noch in Archiven zu finden sind.

Vor diesem Hintergrund dürfte deutlich sein, warum die Dichte von Literatur und Dokumenten nicht nur im Zusammenhang einer Zunahme der Probleme – bspw. seit der Zuwanderung aus Südosteuropa – wächst, sondern auch mit der Zunah-

me eines eher programmatischen, des Öfteren wissenschaftlich fundierten Umgangs mit denselben. Hier soll trotzdem (zumindest) der Versuch gemacht werden, das `Feld` zeitlich weiter (bis in die 1980er Jahre) und thematisch breiter zu dokumentieren, wenn Marxloh mit im Focus stand.

1. Die Förderprogramme in NRW, von denen auch Stadtteile wie Marxloh seit 1968 (Ruhrprogramm) über die diversen Zukunftsinitiativen bis hin zur IBA-Emscherpark (1989-99) profitiert haben, sind recht gut dokumentiert. Die hier angesprochene Zielgruppe sowie die in diesem Zusammenhang entscheidenden Fragen von frühen Hilfen insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Erziehung sowie Sprachförderung haben zwar im Rahmen einer Vielzahl von Förderprojekten, die häufig auch mit kommunalen Regeldiensten verbunden waren, einen Teilaspekt gebildet, standen aber nie so im Focus, dass sie dezidiert dokumentiert sind. Selbst die Internationale Bauausstellung Emscherpark - in der Marxloh mit einem Projekt vertreten war, die als Innovation im Fördergeschäft weitgehend auf den Erfahrungen der Vorläuferprogramme basierte, hat die im Zuge des Niedergangs der wirtschaftlichen Strukturen im Ruhrgebiet entstandenen sozialen Verwerfungen mit ihren Langzeitwirkungen bspw. im Bildungsbereich nicht zum eigenständigen Gegenstand ihrer Konzepte und Maßnahmen gemacht, sondern eher `Leuchtturmprojekte` wie den Innenhafen Duisburg und den Landschaftspark Nord gefördert.

- Internationale Bauausstellung Emscherpark (1995): Weiterentwicklung und Erneuerung eines überwiegend von Türken bewohnten Baublocks in Duisburg-Marxloh im Rahmen des URBAN-Projekts. o.O.
- Ganser (1999): Liebe auf den 2. Blick: Internationale Bauausstellung Emscher Park. Dortmund
- Internationale Bauausstellung Emscherpark (Hrsg.) (1999): Memorandum III: Erfahrungen der IBA Emscher Park: Programmbausteine für die Zukunft. Gelsenkirchen
- Faust, H. (1999): Das Ruhrgebiet – Erneuerung einer europäischen Industrieregion. Impulse für den Strukturwandel durch die Internationale Bauausstellung Emscherpark. In: Europa Regional 7 (S.10-18)
- Linne, M./Stadt Duisburg (2007): Stadtumbau in Nordrhein-Westfalen (Jahrestagung). Duisburg – Projekte & Perspektiven (www.stadtumbaunrw.de)
- Prognos/InWis (2015): Lehren aus dem Strukturwandel im Ruhrgebiet. Endbericht der Prognos AG in Zusammenarbeit mit InWis Institut/InWis Forschung und Beratung GmbH, Projekt-Nr. 08/14. Bremen/Berlin/Bochum

2. Die in diesem Zeitraum bundes- und landesweit förderseitig vorherrschende 'Investition in Steine' - bspw. in Technologiezentren, Wohnumfeldverschönerung und bauliche Infrastrukturen aller Art - findet ihre Fortsetzung auch in den ersten Initiativen zur Stadterneuerung, die als Vorläufer des Projekts Marxloh auf den Weg gebracht worden sind. Dies gilt nur noch in Ansätzen für das NRW-Programm 'Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf' (ab 1993/94), mit dem diesbezüglich ein Umdenken verbunden ist. Dementsprechend kommen hier erstmals zentral Themen wie Armut, Segregationsprozesse und dauerhafte Perspektivlosigkeit in Stadtteilen und bei bestimmten sozialen Gruppen in den Blick – wie bspw. Bildungsbenachteiligung und Langzeitarbeitslosigkeit, (öffentlich) dokumentiert sind aber schwerpunktmäßig die Initiativen und Maßnahmen auf der Schwelle Schule-Ausbildung und Beruf, die dann 1998 in Duisburg in die Gründung der Gesellschaft für Beschäftigungsförderung (GfB) einmünden.

Dass Armut in bestimmten Quartieren und sozialen Schichten geradezu vererbt wird und damit aktuell sowie perspektivisch insbesondere auch Kinder betroffen sind, wird in der Forschung bereits seit den 80er Jahren zunehmend wahrgenommen, was aber bis weit in die 90er in den meisten Fällen nicht dazu führt, dass diese als eigenständige Zielgruppe von Handlungskonzepten thematisiert werden.

- Krummacker et al. (1985): Regionalentwicklung zwischen Technologieboom und Resteverwertung. Die Beispiele Ruhrgebiet und München. Bochum
- Krummacker, M./Rommelspacher, Th./Wienemann, M. (1985): Niedergang einer alten Industrieregion. Analysen zur Perspektive des Ruhrgebiets. In: Krummacker et al. (S.17-113)
- Rommelspacher, Th./Oelschlegel, D. (1986): Armut im Ruhrgebiet. Regionale Entwicklungstrends und kleinräumige Prozesse am Beispiel eines Duisburger Elendsgebiets. In: Häußermann et al., Nord-Süd-Gefälle in der Bundesrepublik. Opladen (S. 214-234)
- Institut für Landes- und Stadtentwicklung (ILS) (1995): Handlungskonzept Duisburg-Marxloh. Materialien für die weitere Diskussion. Dortmund
- Rommelspacher et al. (1998): „Marxloh“. Ansichten über einen Duisburger Stadtteil. Duisburger Beiträge zur Soziologischen Forschung No 2/1998
- Hanhörster (1999): Wohnungspolitik und Segregationsprozesse. Fallstudie Duisburg-Marxloh. In: Journal für Konflikt- und Gewaltforschung Vol. 1, 1/1999 (S. 97-117)
- NUREC-Institute e.V. (2000): Arbeitsmarktpolitische Rahmenkonzeption für die Duisburger Stadtteile mit Erneuerungsbedarf. Duisburg

Selbst das Ratsinformationssystem (ab 2002) thematisiert - wenn es um Marxloh geht - schwerpunktmäßig Flächennutzungs- und Bebauungspläne, Denkmalschutz und andere bauliche Maßnahmen; eine hier nicht mögliche Sichtung des Vorläufer-

system KSD und der im Stadtarchiv vorhandenen Dokumente könnte sicherlich die Informationslage erheblich verbessern.

Mit dieser Dokumentationslage stellt sich allerdings eine gravierende Anschlussfrage: Was hat in diesem Zeitraum praktisch in Bezug auf die Zielgruppe stattgefunden?

3. Bemerkenswert ist, dass für einen großen Zeitraum – insbesondere in den 90ern des vorigen Jahrhunderts - Analysen, Initiativen und Projekte bzgl. der bis zu 10 Jahre alten Kinder kaum dokumentiert sind, obwohl sie definitiv und in erheblichem Umfang stattgefunden haben. Öffentlich und zugänglich dokumentiert sind fast nur die konzeptionellen Überlegungen und praktischen Maßnahmen, die im Kontext von Förderprogrammen von Bund und Land stattgefunden haben. Da diese bezüglich der hier angesprochenen Zielgruppe häufig nur *‘nebenbei’* fördernd tätig geworden sind (bspw. mit arbeitsmarktfördernden Maßnahmen für Alleinerziehende oder Verbesserungen im Wohnumfeld), kommt die Zielgruppe nicht explizit vor und der Stadtteil häufig auch nur randständig.

Dabei ist allerdings auf Basis der Hinweise einiger Mitarbeiterinnen aus der Entwicklungsgesellschaft Duisburg (EG-DU) und der Verwaltung der Kommune zu berücksichtigen, dass Vorlagen, Mitteilungen und Berichte zumindest seit etwa 2000 durchaus (auch im Ratsinformationssystem seit 2002) dokumentiert sind.

Auf der Basis dieser Hinweise nehmen wir hier dann doch einige Handlungsschwerpunkte und Maßnahmen (mit zugehörigen Quellen) auf, auch wenn diese schlecht dokumentiert sind oder sie nicht Marxloh und/oder die Zielgruppe unmittelbar thematisieren, aber deutlich ist, dass der Stadtteil und die Kinder mit *‘betroffen’* sind:

- Es gibt einen massiven Ausbau der Kindertagesstätten (bereits seit 1993/94) auf Basis von Kindergartenbedarfsplänen (jährliche Berichte, zuletzt Drucksache/DS 18-0066);
- ebenso einen ersten (Jugend-) Freizeitbedarfsplan (schon 1990)
- sowie Kinder- und Jugendförderpläne (alle 4 Jahre, 3./2014-2019 zuletzt in DS 15-0231);
- eine schon frühzeitige Sprachförderung, beginnend Anfang der 1990er Jahre in Kindergärten, seit 2010 mit Berichten in 2011 und 2014 (Maßnahmen zur sprachlichen Bildung in Duisburg, DS 14-0895 v. 19.8.2014);
- die Ausbildung von Erzieherinnen und Kindergärtnerinnen mit Migrationshintergrund (1994-2000), die fast vollständig übernommen wurden;
- die Einrichtung von (Schul-) Kinderhäusern,

- die Einrichtung von Spielstuben,
- die frühzeitige Einführung von Ganztagschulen (offene Ganztagschulen seit 2003),
- Hilfen zur Erziehung, die bereits frühzeitig Präventionsansätze beinhaltet haben;
- Maßnahmen zu 'Frühen Hilfen' ('Fonds Frühe Hilfen über die Bundesstiftung Frühe Hilfen', DS 17-1125 v. 6.11.2017);
- auch eine öffentliche Anerkennung von Trägern der Jugendhilfe (durch den Rat) gehört in diesen Kontext (zuletzt DS 18-0167 und 18-0168),
- die Etablierung von Familienzentren (DS 06-0424/15).

Diese Aufzählung ist nicht abschließend, sondern beispielhaft, und mit den 'frühen Hilfen' und den 'Familienzentren' (seit 2006) sind dann schon programmatisch fundierte Initiativen der Integration unterschiedlicher, in der Regel niedrigschwelliger Angebote für Eltern verbunden, die ansonsten häufig mit anderen Angeboten (anderer Anbieter) nicht erreichbar sind. Deren Wirksamkeit ist begleitend evaluiert worden und ausgesprochen gut dokumentiert.

- Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ) vom 11.1.2018
- Stöbe-Blossey (Hrsg.) (2010): Kinderbetreuung im Wandel. Perspektiven für die Organisationsentwicklung. Wiesbaden (mit einer Vielzahl von thematisch einschlägigen Aufsätzen)
- Drathen, S. et al. (2017): Familienzentren – Ergebnisse einer kommunalen Analyse. Duisburg (www.iaq.uni-due.de/iaq-report/2017/report2017-07.php)

Die im Weiteren (insbesondere Punkte 5 und 7) aufgeführten Analysen und Initiativen von Stadt Duisburg (insbesondere auch KI und Bildungsbüro) sowie EG-DU thematisieren dann den aktuellen Stand von Einrichtungen, Maßnahmen und Vernetzungen derselben als Grundlage ihrer konzeptionellen Planungen für den Stadtteil.

Obwohl bereits 1991 für Bruckhausen eine Bündelung von Mitteln und eine maßnahmenbezogene Beteiligung der Menschen vor Ort stattgefunden hat und das 'Sonderprogramm zur Stadtentwicklung Hamborn/Marxloh (im Rahmen von 'Duisburg 2000')' konzipiert wurde, das dann 1993 Aufnahme in das 'Landesprogramm für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf' gefunden hat, ist die (öffentliche) Dokumentationslage für die 1990er in Hinblick auf Marxloh und die Zielgruppe doch eher dürftig.

Ausnahmen bilden die Beiträge von B. Grandt, die sich auf das bereits seit 1994 laufende 'Projekt Marxloh' bezieht, und von K.-A. Schwarthans, der für die AWO verdeutlicht, dass sein Verband bereits sehr frühzeitig und in der Breite die im

Stadtteil entstandenen und neu entstehenden Problemlagen (nicht nur) im Blick hatte. Vergleichbares gilt für den Beitrag von Böttcher (der im Rahmen von 20 Interviews auch Planungen und Maßnahmen für Kinder abfragt) und des ISK, dessen Bericht über das Projekt Marxloh aber bemerkenswerterweise gar nicht veröffentlicht worden ist:

- Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung (Electronic ed.) (1998): Ghettos oder ethnische Kolonie, Entwicklungschancen von Stadtteilen mit hohem Zuwandereranteil. Bonn. darin
- Grandt, B.: Von Nachbarschaften und Nahkampfzonen, Fremdheit und Vertrauen (S. 59-70)
- Idik, E./Maschke, H.: Wirtschaftsförderung in Duisburg-Marxloh (S. 71-76)
- Schwarthans, K.-A.: Ein Stadtteil im Wandel – Konsequenzen für einen Wohlfahrtsverband (S. 77-81)
- Institut für Sozial- und Kulturforschung e.V. (ISK) (Hrsg.): Endbericht der wissenschaftlichen Begleitung zum Projekt Marxloh (unveröffentlicht)
- Böttner, J. (2002): Vom tapferen Schneiderlein. Fallstudie des integrierten Handelns – eine Evaluation. Opladen

Die folgenden Dokumente und Zwischenberichte sind – entgegen den obigen Aussagen zur Dokumentationslage – ausgesprochen informativ sowie auf Marxloh und in Teilen auch auf die Zielgruppe bezogen, leider aber allenfalls in Archiven auffindbar:

- Entwicklungsgesellschaft Duisburg-Marxloh (EGM) (1996): Das Projekt Marxloh. Neue Wege der Stadterneuerung. Aktivitäten bis 1996. Duisburg
- EGM (1996): Projekt Marxloh. Marxloh – Stadtteilprojekt. Projektbericht für die Zeit vom 1.07.1994 bis zum 30.04.1996. Duisburg (S. 39-42)
- EGM (1998): Projekt Marxloh. Marxloh – Stadtteilprojekt. Projektbericht (01.05.1996 – 28.02.1998) (S. 16-19)
- EG-DU/Stadtteilprojekt (1998): Projekt Marxloh Nachhaltige Stadtentwicklung. Duisburg.
- Grandt, B./EG-DU: Kinder und Jugendliche in Duisburg-Marxloh. Duisburg. o.J. (wahrscheinlich 1999)
- Marxloh-Stadtteilprojekt: Wir arbeiten für Marxloh. Duisburg. o.J.
- Weck, S./Zimmer-Hegmann, R./ILS (1999): Zusammenfassung der Ergebnisse Studie „Duisburg-Marxloh“. (entstanden im Rahmen eines Urban-Projekts 1/1998 – 12/1999).

Das Projekt Marxloh, das aus zwei Teilen bestand (Entwicklungsgesellschaft Marxloh und Stadtteilprojekt) hat bereits vor der Übernahme in das Landesprogramm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ neben eher städtebau-

lichen auch soziale und kulturell orientierte Maßnahmen initiiert (s. Seitenangaben), eine integrative Perspektive konnte aber – so wie im Land insgesamt – erst nach und nach herausgearbeitet werden.

Der Rahmen, in dem dieses Projekt dann im Weiteren umgesetzt wurde, und eine Analyse seiner Umsetzung, sind skizziert in:

- Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes NRW (MSKS) (1994): Integriertes Handlungsprogramm der Landesregierung „Politik für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ – Konzeptpapier. Düsseldorf
- ILS (2000): Analyse der Umsetzung des integrierten Handlungsprogramms für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf. Dortmund

4. Auf Basis der zeitlich parallel zur Implementation des Bund-Länderprogramms `Soziale Stadt` erfolgten Gründung der EG-DU werden die angesprochenen Förderlinien zwar bis heute fortgesetzt, aber zunächst nur ergänzt durch, dann zunehmend vernetzt mit zielgruppenbezogenen Maßnahmen.

Gegen Ende der 1990er Jahre wird gleichzeitig die Dokumentationslage hinsichtlich des notwendigen (Handlungs-)Wissens und der vorausgesetzten (kleinräumigen) Problemlagen umfangreicher und differenzierter:

- NUREC-Institute e.V. (1997-1999): Monitoring kleinräumiger Entwicklungsprozesse (1-7)
- NUREC-Institute e.V. (Hrsg.) (1999) Sozioökonomischer Strukturwandel und Lebensbedingungen in Duisburg-Marxloh. Stadtteilentwicklung und Umsetzung des Operationellen Programms URBAN. Monitoring kleinräumiger Entwicklungsprozesse. Projektergebnisse 1996-1999. Duisburg
- Stadt Duisburg/EG-DU (2010): Meilensteine und Projektbeispiele 1985-2010 (www.soziale-stadt.nrw.de/stadtteile_projekte/profil)
- Die Homepage der EG-DU bietet insgesamt einen breiten und fundierten Überblick (www.eg-du.de)

5. Mit der Etablierung der Entwicklungsgesellschaft-Duisburg (EG-DU) wird nicht nur die Dokumentationslage – auch (randständig) für die Zielgruppe – in quantitativer wie qualitativer Hinsicht eindeutig besser. Darüber hinaus ist festzustellen, dass die Erneuerung der besonders problematischen Stadtteile – wie Marxloh – verstärkt gemeinsam mit den Menschen und Organisationen vor Ort in Angriff genommen wird. Darüber hinaus nehmen die Handlungskonzepte soziale, ökonomische (Stichwort `Lokale Ökonomie`) und städtebauliche Aspekte unter integrativer Perspektive in den Blick, Analysen wie praktische Maßnahmen werden

stärker kleinräumig akzentuiert und unter Rückbezug auf die Philosophie und Leitlinien des Programms `Soziale Stadt` umgesetzt.

Parallel dazu werden sozialräumliche Untersuchungen für das Ruhrgebiet durchgeführt und es entstehen eine Reihe von (zunächst Forschungs-) Initiativen zur Bildung Ruhr mit regionalem Schwerpunkt Emscherzone, also auch für Duisburgs Norden, und unterschiedlichen thematischen Bezügen wie dem perspektivischen Fachkräftemangel oder der Ausbildungsfähigkeit in der Region; Letzteres insbesondere deshalb, weil zunehmend deutlich geworden ist, dass Bildung und frühe Förderung von Kindern nicht nur über deren Zukunft entscheiden werden:

- Becker, H./Löhr, R.-P.(2002): „Soziale Stadt“. Ein Programm gegen die sozialräumliche Spaltung in den Städten. (Bundeszentrale für politische Bildung: www.bpb.de)
- Deutsches Institut für Urbanistik (2003): Strategien für die Soziale Stadt. Erfahrungen und Perspektiven. Umsetzung des Bund-Länderprogramms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“. Bochum
- Strohmeier, K.P. (2002): Bevölkerungsentwicklung und Sozialraumstruktur im Ruhrgebiet. Bochum
- Derselbe (2007): Bevölkerungsentwicklung und Sozialräumliche Differenzierungen im Ruhrgebiet – empirische Befunde und Perspektiven. Bochum
- Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) (2007): Förderung der lokalen Ökonomie. Essen
- Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH (ifs)/Institut für Politikwissenschaften der Universität Duisburg-Essen (2008): Analyse qualitativer Prozesse bei der Umsetzung des Programms `Soziale Stadt NRW. Berlin/Duisburg
- Böckler, M. et al. (2009): Konzept Masterplan Bildung Ruhrgebiet. Diskussionsentwurf Stand 22.5.2009. Internet-Dokument. Duisburg: Institut Arbeit und Qualifikation
- Derselbe (2010): Perspektiven des Arbeitskräftepotenzials in der Konkurrenz der Regionen. Internet-Dokument. Duisburg: Institut Arbeit und Qualifikation. IAQ-Report, Nr. 2010-05
- EG-DU/Eichholz (2010): Verstetigung in der `Sozialen Stadt` Marxloh (www.eg-du.de)
- EG-DU: Integriertes Handlungskonzept Marxloh/Integriertes Stadtentwicklungskonzept (ISEK) Marxloh (Managementfassung, 2016) und Nachqualifizierung (2017, S. 21 ff, `Projekte` und `Bildungsstandort Marxloh`).
- Böckler, S./Richter, R. (2010): Kleinräumiges Sozialraummonitoring in Duisburg, trendinfo 08/2010

- Stadt Duisburg, Der Oberbürgermeister (2011): Bildung in Duisburg, 1. Teilbericht: Elementar-/Primarbereich (S.36ff)
- Özmal L./Pater E. (30.04.2013): Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums in Duisburg (unter Rückbezug auf die Drucksache 13-0202)
- Stadt Duisburg (2014-2017): 1.-4. Duisburger Bildungskonferenz, insbesondere die 3. und 4. mit ihren Schwerpunkten bei 'Neuzugewanderte' und 'Bildung im Sozialraum'.

Die Vorlage von Özmal/Pater bietet eine detaillierte Verlaufsdocumentation einschlägiger Entscheidungen und Maßnahmen seit den beiden Integrationskonferenzen von 2005 und 2006, insbesondere auch hinsichtlich der Drucksachen (Ratsvorlagen etc.), die ansonsten schwierig zu recherchieren sind.

Das ISEK Marxloh skizziert – neben den bereits angesprochenen konzeptionellen Überlegungen (Standort) und einschlägigen praktischen (Förder-) Projekten – auch deren empirische und institutionelle Voraussetzungen vor Ort. Die Fassung aus dem März 2016 enthält (in der Anlage 3) auch eine detaillierte 'Übersicht über laufende Co-Programme zu Sozialer Stadt Marxloh' (Bildung/Prävention: S. 4-6).

Die enge konzeptionelle und projektbezogene Verzahnung des aktuellen Handlungskonzepts für Marxloh mit dem Landesprogramm 'Starke Quartiere – starke Menschen' (s. www.mags.nrw/starke-quartiere-starke-menschen.de) und dessen Fördermöglichkeiten aus ESF- und EFRE-Mitteln dürfte unter den absehbaren Veränderungen in diesen Bereichen zu einer Überprüfung von Schwerpunkten, Projekten und Fördermöglichkeiten führen.

6. Im Zuge der Implementation, Umsetzung und wissenschaftlichen Begleitung des KEKIZ-Programms ist eine große Anzahl von Veröffentlichungen und Broschüren entstanden, die thematisch in hohem Maße auch hinsichtlich der Zielgruppen einschlägig sind, aber keine direkten Analyse- oder Auswertungsbezüge zu Marxloh aufweisen. Die von der Bertelsmann Stiftung (mit-)geförderten Teilprojekte konzentrieren sich auch in erheblichem Umfang und in vielerlei Hinsicht auf die Zielgruppe der 0-10-jährigen bzw. deren Eltern:

- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2016): Die Wirkungsweise kommunaler Prävention. Zusammenfassender Endbericht der wissenschaftlichen Begleitforschung des Modellvorhabens „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ (KeKiz) des Landes Nordrhein-Westfalen und der Bertelsmann Stiftung. Gütersloh (www.bertelsmann-stiftung.de)
- Landeskoordinierungsstelle „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ (Hrsg.)/Institut für soziale Arbeit e.V. (ISA) (Landeskoor-

dinierungsstelle) (2016): Bericht zur fachlichen Begleitung des Lernnetzwerks und der Modellkommunen (insbesondere S.70ff: Gelungene Beispiele rund um Kindertagesstätte sowie Schwangerschaft). Münster (www.isa-muenster.de)

- ISA Newsletter 3/2017: Präventionsketten. Münster

Trotz der fast durchgängig fehlenden Bezüge zu Marxloh gäbe es durchaus einen Sinn ab, vor Vorschlägen zu neuen Maßnahmen, zu deren institutioneller Verknüpfung oder auch nur Erweiterung die dementsprechenden Auswertungen aus diesem Kontext auf verwertbare Erfahrungen hin zu checken (bspw. hinsichtlich einer zielgruppendifferenzierten Analyse der Erreichbarkeit mit Angeboten, handlungsorientierter, kleinräumiger Bildungs- und Sozialanalysen):

- Zu finden sind diese unter www.bertelsmann-stiftung.de/publikation/did/

7. Mit der massiven Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien verdichten sich naturgemäß die analytischen und praktischen Initiativen, parallel dazu auch ihre Dokumentation sowie ihre öffentliche Wahrnehmung.

War die journalistische Aufbereitung zunächst in erheblichem Umfang alarmistisch und grobschlächtig, mit besonderer Thematisierung von Kriminalität/Clans, Dreck und Schrottimmobilien, so gilt dies mittlerweile zumindest für die regionale Presse nicht mehr: es rücken zunehmend die wirklich drängenden Probleme in den Focus: bspw. Probleme und Defizite in den Bereichen Gesundheit, Kinderbetreuung und Beschulung. Gleichzeitig werden auch zunehmend Initiativen und Personen vorgestellt, die sich mit bemerkenswertem Engagement den besonderen Herausforderungen stellen.

Wichtiger als die journalistische, häufig doch recht plakative Verarbeitung der besonderen Problemkonstellationen in Marxloh sind die wissenschaftlichen Befunde zur Neuzuwanderungssituation und insbesondere die mit der Initiative `Campus Marxloh` verbundenen Bestandsaufnahmen, die unter Beteiligung aller Handelnden und Betroffenen vor Ort zustande gekommen sind:

- Stadt Duisburg (2011): Handlungskonzept zum Umgang mit der Zuwanderung von Menschen aus Südosteuropa. Duisburg
- Stadt Duisburg (2013): Zuwanderung von Menschen aus Südosteuropa. Sachstandsbericht zur Umsetzung des Duisburger Handlungskonzepts. Duisburg
- Stadt Duisburg/Kommunales Integrationszentrum (2014/2015): II./III. Sachstandsbericht zur Umsetzung des Duisburger Handlungskonzepts. Duisburg

- Böckler, S. (2013): Einwohner mit Migrationshintergrund in Duisburg. Die neue Zuwanderung aus den EU-Staaten. In: trendinfo 3
- Böckler, S./Beyersdorff, B. (2014): Die Beschäftigungs- und Bildungssituation bulgarischer und rumänischer Zuwanderer in Deutschland und den deutschen Kommunen. In: In Stadtforschung und Statistik 1 (S. 53-64).
- Stabstelle für Wahlen, Europaangelegenheiten und Informationslogistik der Stadt Duisburg (2016): Sozialraumanalyse Marxloh. In: IHKo Duisburg-Marxloh. Duisburg
- steg NRW GmbH in Zusammenarbeit mit Schamp & Schmalöer (2017): Campus Marxloh – Ein Community Center am Standort der Herbert Grillo-Gesamtschule. Machbarkeitsstudie. Abschlussbericht (S. 42-58). Dortmund
- NUREC-Institute e.V. (2017): Neuzuwanderer und Alteingesessene in Duisburg-Marxloh. Bulgarische und Rumänische Zuwanderer und ihre Wahrnehmung durch die alteingesessene Bevölkerung. Duisburg
- Böckler, S. (NUREC)/Gestmann, M. (Uni DuE)/Handke, T. (ILS) (2018): Neuzuwanderung in Duisburg-Marxloh. Bulgarische und rumänische Zuwanderer und Alteingesessene im Ankunftsquartier. Wiesbaden

8. Insbesondere die neueren Veröffentlichungen kleinräumig ausgerichteter Sozialstatistik und qualitativer Erhebung – bspw. NUREC-Institute e.V. und Stabstelle für Wahlen, Statistik und Informationslogistik - bieten eine Fülle von Anknüpfungspunkten in konzeptioneller und Handlungshinsicht.

Vergleichbares gilt für die Thematisierung von Bildung durch die Stadt im Rahmen insbesondere der beiden letzten Bildungskonferenzen (2016/2017) und der Bildungsberichte sowie der Planungen und Sachstandsberichte des kommunalen Integrationszentrums.

Da die Machbarkeitsstudie der steg NRW GmbH auf einer breiten Beteiligung vor Ort basiert und die konkreten Anknüpfungspunkte für den Campus Marxloh detailliert aufführt, bildet sie eine gute Grundlage für konkrete Maßnahmen oder auch deren kommunikative Vorbereitung.

Mit dem ISEK Marxloh liegt ein elaboriertes strategisches Konzept vor, das empirisch gut abgesichert ist und mit seiner praktischen Operationalisierung in Schwerpunkten und (20) Projekten eine gute Blaupause für die Erneuerung des Stadtteils sein könnte, so (Finanz-)Mittel und Personal angemessen zur Verfügung ständen.

Bei deren Umsetzung werden sich allerdings – auf Basis der mit der massiven Zuwanderung aus Südosteuropa veränderten Bedingungen vor Ort sowie der lan-

desseitigen Veränderung der Förderpolitik – eine Vielzahl von Anschlussfragestellungen ergeben.

Gerade die Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien stellt die Kommunalpolitik in Bezug auf die Zielgruppe Kinder vor besondere Herausforderungen, weil deren Anteil an der Zuwanderung hoch ist und sie gleichzeitig - bspw. hinsichtlich Gesundheit und Bildung – häufig sehr schlechte Voraussetzungen aufweisen.

Auch die Frage einer programmbegleitenden wissenschaftlichen Evaluation dürfte sich insbesondere deshalb stellen, weil diese erstens bereits seit den Anfängen des Marxloh-Projekts eher unterdimensioniert ist und zweitens gerade angesichts der mit den angesprochenen Problemen wachsenden Komplexität von Handlungsanforderungen, Konzepten und Maßnahmen noch erheblich dringlicher wird.

LEITFADEN EXPERTENGESPRÄCHE DUISBURG-MARXLOH

Allgemeine Situation im Stadtteil und Zielgruppen

- Was ist Ihre Aufgabe im Stadtteil? Mit welchen Personengruppen/ Zielgruppen haben Sie zu tun? Was charakterisiert die Vulnerabilität und resultierenden Handlungsbedarfe dieser Personengruppen?
- Was sind für Ihre Aufgaben die zentralen Herausforderungen?
- Welche zentralen Herausforderungen gibt es aus Ihrer Sicht in Marxloh insgesamt im Bereich der Prävention? Welche zentralen Herausforderungen gibt es darüber hinaus in anderen Bereichen?

Querschnittsaufgabe „Vermeidung prekärer Lebenssituationen“

Herausforderungen, bestehende Ansätze und bestehende Lücken für Familien in extremer Armut (ohne Leistungsansprüche im SGB II)

- Zugang zu Anlaufstellen und ausreichende aufsuchende Beratungskapazitäten um alle Familien anzusprechen (Kontakte zu allen Familien)?
- Grundversorgung Lebensmittel
 - Gibt es bei Kindern Hinweise zu Mangel- /Fehlernährung?
 - Bestehen Handlungsbedarfe?
- Zugang zu Gesundheitsversorgung:
 - Wo bestehen Lücken der Gesundheitsversorgung (insbesondere für Kinder)?
 - Sind diese systematisch erfasst und dokumentiert?
 - Welche Lösungen sind erforderlich (was steht im Weg)?
- Angemessene Wohnverhältnisse
 - Ist die Zahl der Familien und Kinder bekannt, die nicht in „angemessenen“ Wohnverhältnissen leben (Hygiene, Sicherheit, Strom, Wasser, Heizung, vertragliche Sicherheit, Größe)?
 - Gibt es Lösungsansätze? Gibt es eine Erfassung und Priorisierung (u. a. nach Alter und Zahl der Kinder)?

Vorschwangerschaft

- Besteht nach Ihrer Erfahrung Beratungsbedarf frühzeitig zum Thema Schwangerschaft (ggf. auch Geburt) zu informieren? Erfolgt dies bisher in ausreichendem Maß?
- Welche Formen eignen sich (für welche Gruppen)?
- Gibt es Beratungsangebote in allen weiterführenden und beruflichen Schulen sowie Jugendeinrichtungen?
- Gibt es Zugangshemmnisse zur Zielgruppe junger Frauen (und Männer)?
- Gibt es Handlungsansätze und mögliche Lösungen?

Schwangerschaft

- Gibt es Fälle, in denen Schwangere während der Schwangerschaft keine medizinische Betreuung/ keine Betreuung durch Hebammen haben? (Kapazitätsprobleme, Zugangsprobleme)?
- Gibt es ausreichend „niederschwelliger“ Anlässe und Kontaktmöglichkeiten in bestehenden Einrichtungen zum „informellen“ Austausch mit den Themen der Schwangerschaft und Geburt?
- Gibt es eine ausreichende Einbindung von „Multiplikatoren“ (MiMi, Familienlotsen) – Ver-

knüpfung mit dem Netzwerk Frühe Hilfen um eine flächendeckende Ansprechmöglichkeit zu gewährleisten?

- Wenn Kontakte hergestellt sind, ist bei Unterstützungsbedarf eine Vermittlung Schwangerer an Familienhebammen sichergestellt? Welche Hemmnisse bestehen?
- Welche Lösungen gibt es für mögliche Zugangshemmnisse (auch Kontakte halten, z.B. nach Inanspruchnahme von Beratungsangeboten) und Engpässe?

Geburt und Mutterschutz

- Gibt es eine systematische Kontaktaufnahme und Hausbesuche bei/nach allen Geburten? Gibt es Mütter, zu denen kein Kontakt hergestellt werden kann?
- Ist die Geburt nach Ihrer Erfahrung das wichtigste Zeitfenster für eine Kontaktaufnahme zu Familien? Wird dieses entsprechend genutzt?
- Reicht das bestehende Netzwerk und die Ansprachen/Kontaktaufnahmen (Geburtsklinik, Beratungsstellen, ASD) für eine systematische Prävention in der Phase Geburt und Mutterschutz?
- Welche Engpässe gibt es und wie soll damit umgegangen werden?
- Wie erfolgt die Priorisierung von Müttern nach Unterstützungsbedarfen? Gibt es eine „Liste“ von Müttern mit „vermuteten“ Unterstützungsbedarfen (nach Lebenslagen) und priorisierte Vermittlung an Familienhebammen (anonymisierte Erfassung der Zahl und Lebenslagen)?
- Können muttersprachliche Ehrenamtler (z. B. mit Aufwandsentschädigung und Qualifizierung) als Familienbegleitung (z. B. Mimi, Familienlotsen) helfen? In welchen Bereichen (Unterstützung/ Ergänzung der Profis/ Grenzen)? Kann man entsprechende Personen finden und zu passenden Familien „matchen“? Welche Anforderungen und Aufgaben entstehen?

Erstes Lebensjahr

- Haben alle Mütter mit Kindern im ersten Lebensjahr Zugang zu den Angeboten/ Kursen (welche Angebote)? Gibt es mögliche Zugangshemmnisse oder Engpässe?
- Gibt es Unterschiede zwischen medizinischen, pädagogischen und alltagsweltlichen/sozialen oder anderen relevanten Themen?
- Sind Mütter nach Ihrer Erfahrung ausreichend informiert/ sensibilisiert über die Entwicklung und Entwicklungsförderung ihrer Kinder? Gibt es Defizite (welche) und was ist daraus zu folgern?
- Welche Herausforderungen bestehen und was sollte gemacht werden?
- Können muttersprachliche Ehrenamtler (z. B. mit Aufwandsentschädigung und Qualifizierung) als Familienbegleitung (z. B. Mimi, Familienlotsen) helfen? In welchen Bereichen (Unterstützung/ Ergänzung der Profis/ Grenzen)? Kann man entsprechende Personen finden und zu passenden Familien „matchen“? Welche Anforderungen und Aufgaben entstehen?
- Gibt es nach Ihrer Erfahrung Familien, die nicht an Vorsorgeuntersuchungen teilnehmen? Was sind die Gründe? Sollten Gründe hier systematischer geklärt werden?

Entwicklungsphase U3

- Anzahl der Kinder in der Einrichtung? Davon mit Migrationshintergrund? Einteilung der stärksten Nationalitäten/ Einteilung nach Sprachkenntnissen?
- Welche Engpässe der Kitaarbeit gibt es im U3 Bereich? Sind diese bereits systematisch

erfasst (z. B. Kapazitäten/Wartelisten, Elternarbeit, räumliche Engpässe, Ernährung, medizinische/ psychologische Situation), priorisiert und Handlungsansätze entwickelt? Wie soll damit umgegangen werden?

- Können Sie Zusammenhänge der Entwicklung der Kinder und der familiären Lebenslage erkennen? Welche Zusammenhänge bestehen? Welche Handlungsbedarfe resultieren daraus?
- Ist bekannt, wie viele Kinder U3 es in Marxloh gibt, die keine Kita besuchen (ggf. Schätzung, gibt es einzelne Personengruppen die hier auffallen)? Was sind Gründe (kein Bedarf, Bedarf aber kein Angebot, Anspruch auf Kita nicht bekannt, unklar)?
- Gibt es für Kleinkinder, die nicht in Kitas sind, alternative Anlaufstellen (z.B. mehrmals die Woche) mit Angeboten?
- Gibt es ggf. aufsuchende Kontaktaufnahmen zu Familien mit Kindern U3 (Information/ Klärung Kita-Besuch)?
- Können Patenschaften für Familien in der Phase hilfreich sein (was wäre Anknüpfungspunkte für Paten/ auch Gewinnung von Paten aus anderen Stadtteilen)? Ist die Entwicklung/ Weiterentwicklung von Patenprogrammen hierfür aus Ihrer Sicht zielführend?
- Bestehen Zugangshemmnisse zur kinderärztlicher Versorgung? Gibt es Lösungen hierfür?
- Verfügen die Einrichtungen über „kostenfreie Frühstücks- und Mittagsangebote“? Wie wichtig ist/ wäre das? Was ist erforderlich?

Entwicklungsphase Ü3 bis Grundschulübergang

- Anzahl der Kinder in der Einrichtung? Davon mit Migrationshintergrund? Einteilung der stärksten Nationalitäten/ Einteilung nach Sprachkenntnissen?
- Welche Engpässe der Kitaarbeit gibt es im Ü3 Bereich? Sind diese bereits systematisch erfasst (z. B. Kapazitäten/Wartelisten, Elternarbeit, räumliche Engpässe, Ernährung, medizinische/ psychologische Situation), priorisiert und Handlungsansätze entwickelt? Wie soll damit umgegangen werden?
- Können Sie Zusammenhänge der Entwicklung der Kinder und der familiären Lebenslage erkennen? Welche Zusammenhänge bestehen? Welche Handlungsbedarfe resultieren daraus?
- Ist bekannt, wie viele Kinder Ü3 es in Marxloh gibt, die keine Kita besuchen (ggf. Schätzung, gibt es einzelne Personengruppen die hier auffallen)? Was sind Gründe (kein Bedarf, Bedarf aber kein Angebot, Anspruch auf Kita nicht bekannt, unklar)?
- Gibt es für Kinder, die nicht in Kitas sind, alternative Anlaufstellen (z.B. mehrmals die Woche) mit Angeboten? Wie schätzen Sie das Projekt ESM ein?
- Gibt es ggf. aufsuchende Kontaktaufnahmen zu Familien mit Kindern Ü3 (Information/ Klärung Kita-Besuch)? Wäre das zielführend?
- Ist nach Ihrer Erfahrung flächendeckend in den Einrichtungen in Marxloh die regelmäßige medizinische Untersuchung aller Kinder gewährleistet? Gibt es Engpässe, fehlende Kapazitäten? Was ist zu tun?
- Können Patenschaften für Familien in der Phase hilfreich sein, z.B. auch für die Übergangsbegleitung in die Schule? (welche Rolle/ Grenzen)
- Ist das Übergangsmanagement zur Grundschule ausreichend oder besteht Weiterentwicklungsbedarf (z.B. nutzbare Entwicklungsdokumentation/ Kontakte Erzieher-Lehrer bei Übergang)?

Grundschule

- Anzahl der Kinder in der Einrichtung? Davon mit Migrationshintergrund? Einteilung der stärksten Nationalitäten/ Einteilung nach Sprachkenntnissen?
- Sind alle Erstklässler ausreichend für die Schule vorbereitet?
- Welche Hemmnisse/ Mängel gibt es bei der Einschulung?
- Reichen Projekte wie „ESM“ (erweitertes Schulmodell)? Weitere Handlungsbedarfe?
- Wie viele Schüler nehmen aktuell an dem Angebot der Offenen Ganztagsschule teil (Warteliste)? Welche Engpässe der Ganztagsbetreuung gibt es? Welche Lösungen werden entwickelt? ..sollten entwickelt werden?
- Verfügen alle Grundschulen über kostenfreie Frühstücks- und Mittagsangebote? Gibt es Ansatzpunkte dazu?
- Welche Schwierigkeiten gibt es bei der Elternarbeit (Kapazitäten, Zugänge, Sprache)? An welchen Lösungen (z. B. Einsatz von Mittlern, Paten, Lotsen, Sozialpädagogen, etc.) sollten vorrangig gearbeitet werden?
- Gibt es Erfahrungen zu Schulbegleitung für Familien durch Beratung/ Paten? Welchen Stellenwert hätten solche Angebote?
- Sind Zugangshemmnisse der Eltern zu Beratungsangeboten bekannt? Was sollte gemacht werden?
- Welche weiteren Engpässe bestehen? Z.B. der Hausaufgabenunterstützung (z. B. mangelnde Angebote oder mangelnde Zugänge zu Angeboten)?
- Gibt es Hemmnisse der Inanspruchnahme von Vereinsangeboten? (fehlende Angebote im Stadtteile, Kosten, Akzeptanz)?
- Welche Probleme bereitet der Zugang zu BuT? Welche Lösungen sind denkbar?

Ergänzungsfragen

- Gibt es zu Ihrem Arbeitsbereich in Marxloh sowie anderen Präventionsbereichen Reflektionen/Evaluationen? Was sind die Ergebnisse und wichtigsten Erkenntnisse daraus?
- Was kann die Kommunale Prävention aus Ihrer Sicht für Marxloh erreichen?
- Was ist aus Ihrer Einschätzung themen- und aufgabenübergreifend der wichtigste Handlungsbedarf?
- Welchen Nutzen haben Sie aus den bestehenden Netzwerken, in die Sie eingebunden sind? Wie beurteilen Sie die Zusammenarbeit der Träger/Vereine etc. in Marxloh?
- Sind die bestehenden Informationsmedien der Angebote in Marxloh sowohl für die Bewohner als auch für die Fachkräfte vor Ort ausreichend (guter und umfassender Überblick)?

TEILNEHMER EXPERTENGESPRÄCHE DUISBURG-MARXLOH

Fr. Balthaus-Küper	Katholische Grundschule Henriettenstraße
Fr. Barlogie	Rapunzel Kinderhaus e.V.
Hr. Becker	Allgemeiner sozialer Dienst (ASD)
Fr. Beckers	Haus im Hof
Fr. Bornschlegl	Kommunales Integrationszentrum
Hr. Davidoaia	ZOF e.V.
Fr. Drost	Jugendhilfeplanung
Fr. Frensch	Frühe Hilfen
Fr. Jildis	Ev. Beratungsstelle
Fr. Klabuhn	Quartiersmanagerin
Fr. Komossa	Rapunzel Kinderhaus e.V.
Hr. Krauß	AWO Integrationsdienst
Fr. Lorek	Kita Julius-Birck-Straße
Fr. Nöckel	Tausche Bildung für Wohnung e.V.
Fr. Ostermann	Die Kurbel Oberhausen e.V.
Fr. Pagels	Familienhebamme
Fr. Priebe	Runder Tisch Marxloh e.V.
Fr. Ridder	Haus im Hof
Fr. Riemer	DRK Familienbildung
Fr. Rombeck	Kommunales Integrationszentrum
Dr. Seiffert	Helios Klinik, Geburtsklinik
Fr. Weber	Amt für Schulische Bildung
Fr. Zalac	DRK Familienbildung

DANKE!

Unser Dank gilt allen interviewten Expertinnen und Experten, die mit ihrem Fachwissen vor Ort wertvolle Informationen zur Lage Marxlohs beigetragen haben. Weiterhin danken wir dem AK DU 11, dessen hervorragende Vernetzung die Vermittlung zahlreicher Interviewpartner vor Ort ermöglichte und dessen Hinweise und Ergänzungen wichtige Impulse für die Schwerpunktsetzung des Berichts lieferten.

Besonderer Dank auch den Kolleginnen und Kollegen des Amtes für Schulische Bildung, des Amtes für Soziales und Wohnen, des Jugendamtes, des Gesundheitsamtes, der Stabsstelle für Wahlen, Europaangelegenheiten und Informationslogistik, des Büros Bildungsregion Duisburg, der Entwicklungsgesellschaft Duisburg, der Bertelsmann Stiftung und von empirica, die teilweise als Mitglieder der Steuerungsgruppe nicht nur den Grundstein für den Bericht gelegt, sondern mit ihren Beiträgen und ihrer Teilnahme an zahlreichen Abstimmungsrunden während der Berichterstellung maßgeblich zur Fertigstellung des Berichts beigetragen haben. Unser Dank gilt auch allen Kolleginnen und Kollegen, die diesen Bericht mit Daten ihrer Häuser erst ermöglicht haben und die anschließend die Steuerungsgruppe bei der Erstellung des Berichts unterstützt und mit ihrer Kritik und ihren Anmerkungen zum Gelingen dieses Berichts beigetragen haben.

TABELLEN- UND ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Bevölkerungsentwicklung nach ausgewählten Altersgruppen in Duisburg und Marxloh, 2010-2016, Index (2010 = 100)	13
Tabelle 1: Räumliche Bevölkerungsbewegung in Duisburg und Marxloh, 2010 - 2016	14
Tabelle 2: Bevölkerungszusammensetzung in Duisburg und Marxloh, 2010-2016	15
Tabelle 3: Zusammensetzung der Kinder bis unter 11 Jahren in Duisburg und Marxloh, 2010 - 2016	16
Tabelle 4: Zusammensetzung der ausländischen Kinder in Marxloh und Duisburg, 2010 - 2016	17
Tabelle 5: Zu und Fortzüge der bulgarischen und rumänischen Einwohner in Duisburg und Marxloh, 2010 - 2016	18
Abbildung 2: Bevölkerungsentwicklung der bulgarischen Einwohner nach Altersgruppen in Duisburg und Marxloh, Index (2010 = 100)	18
Abbildung 3: Bevölkerungsentwicklung der rumänischen Einwohnernach Altersgruppen in Duisburg und Marxloh, Index (2010 = 100)	19
Tabelle 6: Familienhaushalte in Marxloh und Duisburg, 2010 - 2016	20
Tabelle 7: Kinder in Bedarfsgemeinschaften in Marxloh und Duisburg, 2010 - 2016	20
Tabelle 8: Segregationsindex der Familienhaushalte in Duisburg, 2010, 2013, 2016	21
Tabelle 9: Schuleingangsuntersuchung – Untersuchte Kinder nach Erstsprache in Marxloh, 2010 - 2016	25
Tabelle 10: Schuleingangsuntersuchung – Sprach- und Sprechstörung nach Erstsprache in Marxloh, 2010 - 2016	26
Tabelle 11: Schuleingangsuntersuchung – Zahngesundheit nach Erstsprache in Marxloh, 2010 - 2016	26
Tabelle 12: Schuleingangsuntersuchung – Übergewicht nach Erstsprache in Marxloh, 2010 – 2016	27
Tabelle 13: Schuleingangsuntersuchung - ausgewählte Befunde in Duisburg 2010 - 2016	28
Tabelle 14: Schuleingangsuntersuchung – Früherkennungsuntersuchung nach Erstsprache in Marxloh, 2010 - 2016	28
Tabelle 15: Seiteneinsteiger nach Herkunftsländern in Marxloh, 2010 - 2016	29
Tabelle 16: Seiteneinsteiger nach ausgewählten Befunden in Marxloh, 2010 - 2016	29
Tabelle 17: Seiteneinsteiger nach ausgewählten Befunden (%) in Marxloh, 2010 - 2016	29
Tabelle 18: Kindertagesbetreuung in Marxloh und Duisburg, 2010 - 2016	30
Tabelle 19: Inanspruchnahme von Leistungen für Bildung und Teilhabe in Marxloh und Duisburg, 2015 und 2016	31
Tabelle 20: Empfehlungsquote für Übergänge zur Sekundarstufe in Marxloh und Duisburg, Summe Schuljahre 2014 - 2016	32
Tabelle 21: Tatsächliche Übergangsquoten zur Sekundarstufe in Marxloh und Duisburg, Summe Schuljahre 2014 - 2016	32
Abbildung 4: Wohndauer in Marxloh und Duisburg, 2010 - 2016	34
Tabelle 22: Wohndauer der EU II-Zuwanderer in Marxloh und Duisburg in %, 2010 - 2016	35
Abbildung 5: Entwicklung des Mietniveaus* in Marxloh und Duisburg seit 2012	35
Tabelle 23: Wahlbeteiligung zur Bundestagswahl 2017 in Marxloh und Duisburg	36
Tabelle 24: Wahlbeteiligung zur Oberbürgermeisterwahl 2017 in Marxloh und Duisburg	36
Tabelle 25: Geburten nach Herkunft und Alter der Mütter in Marxloh und Duisburg, 2010 - 2016	39

